

Friedhelm Boll (Hrsg.)

„Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“

40 Jahre deutsch-polnische Verständigung



Reihe
Gesprächskreis
Geschichte
Heft 68



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Gesprächskreis Geschichte

Heft 68

Friedhelm Boll (Hrsg.)

**“Wir gewähren Vergebung
und bitten um Vergebung”**

40 Jahre deutsch-polnische Verständigung

Veranstaltung am Mittwoch, den 19. Oktober 2005
in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin
in Kooperation mit

Deutsches Historisches Institut Warschau
Evangelische Akademie zu Berlin
Katholische Akademie in Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung
Historisches Forschungszentrum

Reihe: Gesprächskreis Geschichte
Herausgegeben von Dieter Dowe
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung
Redaktionelle Bearbeitung von Heft 68: Thomas Roth

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel.: (0228) 883-473
E-Mail: Doris.Fassbender@fes.de

© 2006 by Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn (-Bad Godesberg)

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn
Fotos: Stefan Nikolay, Archiv der sozialen Demokratie in der
Friedrich-Ebert-Stiftung (außer S. 118)
Druck: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2006

ISSN 0941-6862
ISBN 3-89892-507-2

Inhalt

Prof. Dr. Peter Brandt

Begrüßung 5

Dr. Gerburg Thunig-Nittner

Thematische Einführung 13

Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej

„Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“
Entstehungsbedingungen und Nachwirkungen des
polnischen Bischofsbriefes von 1965 21

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Der Einfluss der kirchlichen Versöhnungsinitiativen
auf Gesellschaft und Politik in Deutschland 33

Podium I

Wegbereiter der Aussöhnung: Kirchliche Versöhnungs-
initiativen und staatliche Verständigung in den 1960er-
und 1970er-Jahren 55

Prof. Egon Bahr

Dr. Erhard Eppler

Bischof (em.) Dr. Josef Homeyer

Bischof (em.) Ignacy Jeż

Prof. Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde

Moderation: Dr. Hansjakob Stehle

Podium II

Aussöhnung als gesellschaftliche Aufgabe:

Wie können die Beziehungen zwischen Deutschland
und Polen vertieft werden?

95

Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber

Prof. Dr. Irena Lipowicz

Prof. Dr. Heinrich August Winkler

Annemarie Franke

Moderation: Adam Krzemiński

Prof. Dr. h.c. Robert Leicht

Schlusswort

135

Zu den Referentinnen und Referenten

143

Peter Brandt

Begrüßung

Exzellenzen, sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst möchte ich Anke Fuchs entschuldigen, die heute leider verhindert ist. Sie hätte sehr gerne an der heutigen Veranstaltung teilgenommen. Sie hat mich gebeten, Sie im Namen des gesamten Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung recht herzlich zu begrüßen.

Ich begrüße namentlich Bischof Professor Dr. Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Ignacy Jeż, Altbischof der Diözese Köslin, Bischof Dr. Josef Homeyer, Altbischof der Diözese Hildesheim, Herrn Dr. Andrzej Byrt, Botschafter der Republik Polen, Frau Professor Dr. Irena Lipowicz, Sonderbeauftragte Botschafterin des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten für Polnisch-Deutsche Zusammenarbeit der Republik Polen; lieber Egon Bahr, lieber Erhard Eppler; nicht zu vergessen Herr Professor Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde, ehemals Richter am Bundesverfassungsgericht.

Selten waren kirchliche Initiativen und staatliches Handeln in der Geschichte der Bundesrepublik so eng miteinander verflochten wie im Falle der deutsch-polnischen Aussöhnung. Die berühmte Denkschrift der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD vom 1. Oktober 1965 und der revolutionäre Brief der polnischen Bischöfe mit dem denkwürdigen Satz „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ wurden kurze Zeit nach ihrem Erscheinen bereits zu äußerst wichtigen Bausteinen der deutsch-polnischen Verständigung und fanden in der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel ihre Anerkennung und vertragliche Bestä-

tigung. Völlig zu Recht hat der in unserer Einladung bereits zitierte Willy Brandt daher das vorbereitende Wirken der Kirchen ausdrücklich als wegweisend gewürdigt mit dem Satz: „Das Gespräch der Kirchen und ihrer Gemeinden war dem Dialog der Politiker voraus.“¹



Prof. Dr. Peter Brandt bei der Begrüßung

Diese historischen Bemühungen um einen offenen und verstehenden deutsch-polnischen Dialog und die darin liegenden positiven Ansätze erneut zu vergegenwärtigen, liegt vor allem dann nahe, wenn die historisch so unendlich belasteten deutsch-polnischen Beziehungen 60 Jahre nach Kriegsende in eine Schlechtwetterzone zu geraten drohen.

Sich ihrer zu erinnern, kann jedoch auch das Bewusstsein dafür schaffen, auf welch' breitem Fundament die Beziehungen der

¹ Vgl. Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, Hamburg 1976, S. 240 f.

beiden Länder mittlerweile ruhen. Im Streit um die Ostverträge des Jahres 1970 war es in der BRD verständlicherweise nicht möglich, die Zustimmung der Vertriebenenverbände zu gewinnen. Und auch in Polen gab es, wie man gut nachvollziehen kann, viele Vorbehalte gegen die Verständigung mit Deutschland. Heute sind jedoch, trotz der gerade angedeuteten Irritationen, wesentlich bessere Voraussetzungen gegeben, in den Dialog und die Versöhnung zwischen den beiden Völkern in der Mitte Europas auch diejenigen Kräfte einzubeziehen, die bislang noch ganz oder teilweise beiseite stehen. Und es lohnt sich, das sage ich in beide Richtungen, sich gezielt darum zu bemühen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat daher den Jahrestag des Kriegsendes sowie das Deutsch-Polnische Jahr zum Anlass genommen, an den Beginn der Versöhnung und des staatlichen Ausgleichs vor vierzig Jahren zu erinnern. Damit setzt unsere Stiftung eine Politik fort, die sie schon zur Zeit Willy Brandts begonnen und mit außerordentlichem Engagement betrieben hat. Als erste der politischen Stiftungen und lange Jahre auch als einzige hat sie 1971 ein Stipendienprogramm für osteuropäische Wissenschaftler aufgelegt, das mit keinem anderen Staat des damaligen Ostblocks so intensiv und anhaltend gestaltet wurde wie mit Polen.

In keinem anderen Fall konnte sie, wie mit ihrem polnischen Partner, vereinbaren, dass nicht nur die von der Kommunistischen Partei ausgesuchten Stipendiaten in den Genuss von Westkontakten kamen, sondern auch solche, die von sich aus den Kontakt zur Friedrich-Ebert-Stiftung suchten. Ja, es wurde schließlich vereinbart, dass auch Wissenschaftler der Katholischen Universität in Lublin in dieses Stipendienprogramm aufgenommen wurden.



V.l.n.r.: Prof. Dr. Peter Brandt, Botschafter Dr. Andrzej Byrt, Prof. Dr. Włodzimirz Borodziej

Auf anderen Feldern lässt sich ein ähnliches Engagement beobachten: Zweimal sprang die Friedrich-Ebert-Stiftung ein, als es darum ging, die festgefahrenen Beratungen der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission wieder flott zu machen. In der Zeit des Ende 1981 verhängten Kriegsrechts organisierten Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Lebensmittelsendungen und Barspenden, die über Kanäle der polnischen Kirche ihre Adressaten, nämlich verfolgte Solidarność-Mitglieder, erreichten.

Es würde zu weit führen, die vielfältigen Kontakte und gemeinsamen Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung mit den polnischen Partnern aufzuzählen. Erwähnt sei jedoch, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung regelmäßig Veranstaltungen mit dem Jüdischen Historischen Institut Warschau und dem Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europa-Studien in Breslau durchführt und dass

sie für sich in Anspruch nehmen kann, Initiator des „Netzwerks Zwangsmigrationen in Europa“ zu sein, das schließlich zur Einrichtung des wichtigen „Netzwerks Erinnerung und Solidarität“ in Warschau geführt hat. In dieser Einrichtung sollen die Initiativen zusammengefasst werden, die sich – entsprechend der Danziger Erklärung der Präsidenten Rau und Kwaśniewski – in europäischem Geist und transnationaler Kooperation den traumatischen Ereignissen der Vergangenheit, auch denen der unterschiedlichsten Formen der Vertreibung, widmen und sie aufarbeiten werden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fühlt sich den Anfängen der deutsch-polnischen Verständigung auch nicht zuletzt deshalb verpflichtet, weil der Kreis deutscher Katholiken, der die „ausgestreckte Hand“ der polnischen Bischöfe am intensivsten und freudigsten aufnahm, der Bensberger Kreis und sein Spiritus Rector Walter Dirks, schon vor Jahren seine schriftlichen Hinterlassenschaften unserem Archiv übergeben hat. Das uns entgegengebrachte Vertrauen ist eine zusätzliche Verpflichtung, die deutsch-polnische Verständigung zu schützen und zu stärken.

Dass die Evangelische Akademie zu Berlin, die Katholische Akademie in Berlin und das Deutsche Historische Institut Warschau als Mitveranstalter auftreten, betrachten wir als bedeutungsvolles Symbol der gesellschaftlichen Breite und Tiefe, die der polnisch-deutsche Versöhnungsprozess seit 1965 gewonnen hat. Wir sind von dieser für eine politische Stiftung eher seltenen Kooperation außerordentlich angetan.

Wer in den Archivbestand des Bensberger Kreises schaut, kann erstaunliche Funde machen: Hier findet sich zum Beispiel ein Brief Joseph Ratzingers, des jetzigen Papstes Benedikt XVI., in dem dieser seine Unterstützung für das „Polen-Memorandum“ des Bensberger Kreises per Unterschrift signalisierte und gleich-

zeitig kund tat, dass er schon lange auf ein solches Zeichen der Aussöhnung gewartet habe.²

So kann es nicht verwundern, dass der Heilige Stuhl unserer Veranstaltung einen guten Erfolg wünscht. Das Staatssekretariat der römischen Kurie teilte den Veranstaltern mit, dass „das vielfältige und beständige Engagement verschiedener kirchlicher wie auch politischer Einrichtungen“ im Rahmen der deutsch-polnischen Verständigung „vom Heiligen Stuhl mit Wohlwollen begleitet“ werde.

Meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen, dass unser heutiges Treffen im Kontext von zwei weiteren Veranstaltungen zu sehen ist, die aus stärker wissenschaftlicher Perspektive die gleiche Problematik behandeln.

Am 4. und 5. November 2005 findet in der Evangelischen Bildungsstätte in Berlin-Schwanenwerder eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Kirchliche Versöhnungsinitiativen und deutsch-polnische Verständigung“ statt, die noch tiefer, als es uns heute in wenigen Stunden möglich ist, in die Materie eindringen soll.

Gemeinsam mit der Kardinal-Wyszyński-Universität Warschau und dem Deutschen Historischen Institut Warschau veranstalten wir am 26. und 27. November in Warschau eine Konferenz, die dem Thema „Von der Versöhnung zur Zusammenarbeit“ gewidmet sein wird.³

² Vgl. Friedhelm Boll, *Seiner Zeit voraus*. Joseph Ratzinger unterstützte 1968 die deutsch-polnische Aussöhnung. Ein Dokument beweist es, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* Nr. 33 vom 21.8.2005.

³ Zu Programm und Ergebnissen der wissenschaftlichen Konferenzen vom 4./5. und 26./27.11.2005 vgl. URL: <<http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2005/144-05.pdf>> sowie <http://www.zeitgeschichte-online.de/zol/portals/_rainbow/documents/pdf/zol_int/gerster_briefwechsel.pdf> [März 2006]. Eine Veröffentlichung der Beiträge beider Tagungen ist geplant.

Mit allen drei Veranstaltungen hoffen wir, der bedeutenden historisch-politischen Problematik der kirchlichen Versöhnungsinitiativen von 1965 und ihrer Ausstrahlungen bis in die Gegenwart gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, unsere heutige Veranstaltung wird in der ersten Stunde von einem historischen Rückblick bestimmt sein.

Frau Dr. Gerburg Thunig-Nittner, die Leiterin des Forums für Ost-Mitteleuropa der Katholischen Akademie in Berlin, die nach ihrer Tätigkeit im Bundeskanzleramt und in der Ständigen Vertretung schließlich in der Brandenburgischen Landesregierung die deutsch-polnischen Beziehungen mitgestaltet hat, wird eine knappe thematische Einführung bieten.

Danach werden Herr Professor Dr. Włodzimierz Borodziej und Herr Professor Dr. Bernd Faulenbach, die sich beide neben ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit in umfassender Weise mit Fragen der Erinnerungskultur befassen, die Bedeutung der kirchlichen Versöhnungsinitiativen von 1965 aus polnischer beziehungsweise deutscher Sicht skizzieren.

Die Teilnehmer der beiden anschließenden Podien werden von den Moderatoren vorgestellt, Herrn Dr. Hansjakob Stehle und Herrn Adam Krzemiński. Beide sind bedeutende Publizisten und bekannt über die Ländergrenzen hinaus. Das Schlusswort wird als Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin der bekannte Publizist Professor Dr. Robert Leicht sprechen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und der Veranstaltung ein gutes Gelingen!



Frau Dr. Gerburg Thunig-Nittner

Gerburg Thunig-Nittner
Thematische Einführung

Exzellenzen, sehr geehrte Damen und Herren!

Meine Aufgabe ist die „Thematische Einführung“ in die heutige Tagung – in zehn Minuten. Dies ist eigentlich eine Zumutung oder eine Anmaßung angesichts der Vielfalt des Themas und der Masse des Materials. Ich will es dennoch versuchen – bitte verstehen Sie, dass das Ergebnis etwas holzschnittartig bleiben wird.

Wir schreiben also das Jahr 1965. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mit dem wir „eigentlich“ anfangen müssten (soweit

die Dinge nicht viel weiter in die europäische Geschichte und die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen zurückreichen), sind 20 Jahre vergangen – 20 Jahre seit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches, seit der Potsdamer Konferenz, seit der Teilung Deutschlands und Berlins, seit dem Beginn der Vertreibungen der Deutschen aus den Ostgebieten und dem Sudetenland.

Wie sieht die europäische Szene aus? In Westeuropa entwickeln sich die Staaten aufeinander zu, die Bundesrepublik Deutschland nimmt allmählich eine normalere Position unter den westeuropäischen Partnern ein. Allgemein wird die Wirtschaftslage schon schwieriger. Gegenüber dem „Ostblock“ herrscht „Kalter Krieg“ auf der ganzen Linie. Immerhin aber zeigen die beiden großen Weltmächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, allmählich die Absicht, einen vernichtenden Waffengang zu vermeiden.

Historiker sprechen vom „Ende der Nachkriegszeit“. In der BRD geht das „Wirtschaftswunder“ zu Ende. Nach den Bundestagswahlen im September 1965 bildet Ludwig Erhard mühsam eine Regierung aus CDU/CSU und FDP, die aber nur bis November 1966 hält. Es folgt die erste Große Koalition in der deutschen Nachkriegsgeschichte – aber so weit sind wir noch nicht.

Die DDR gewinnt nach dem Bau der Mauer 1961 an Selbstbewusstsein und konsolidiert sich politisch nach innen und im System des Ostblocks. Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sind, eben auf der staatlichen Ebene, praktisch nicht vorhanden. Einen Reiseverkehr gibt es fast nicht, die Passierscheinverhandlungen in Berlin verlaufen mühsam. Der Umgangston ist grob.

Die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung lässt sich, schlicht gesagt, umschreiben mit Begriffen wie „Alleinvertretungsanspruch“ beziehungsweise „Nichtanerkennung“ der DDR und der Oder-Neiße-Grenze oder lässt sich konkret an Be-

zeichnungsrichtlinien für den amtlichen Verkehr ablesen, wie sie das Gesamtdeutsche Ministerium 1965 erlassen hat: Demnach kann anstelle der Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ auch der Ausdruck „Deutschland“ benutzt, für die „Sowjetische Besatzungszone Deutschlands“ der Begriff „Sowjetzone“ oder die Abkürzung „SBZ“ verwendet werden. (Was dergleichen für das Selbstwertgefühl der DDR-Bevölkerung bedeutet hat, lasse ich einmal dahingestellt.) Die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie sollen als „Deutsche Ostgebiete z.Zt. unter fremder Verwaltung“, das nördliche Ostpreußen als „Deutsche Ostgebiete z.Zt. unter sowjetischer Verwaltung“ und das südliche Ostpreußen sowie die östlich der Oder-Neiße-Linie gelegenen Gebiete von Pommern, Brandenburg und Schlesien als „Deutsche Ostgebiete z.Zt. unter polnischer Verwaltung“ bezeichnet werden.

Damit ist auch gleich die Beziehung der Bundesrepublik Deutschland zu Polen beschrieben. Die Politik beschränkt sich auf Forderungen, Ansprüche – Rechtsansprüche – und die Relativierung der Folgen des Zweiten Weltkrieges.

Die stark besuchten Vertriebenentreffen werden zur Artikulation dieser Positionen genutzt und stabilisieren dort die Stimmung gegen die „Vertreiberstaaten“. Unter den Vertriebenen gibt es nur wenige kleine – übrigens christliche – Gruppen, die sich schon früh um Verständigung und Versöhnung bemühen. (In der DDR gibt es kirchliche Gruppen, die sich in diesem Sinne Gedanken machen.)

In diese politische Szenerie „platzt“ die so genannte Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), eben die Denkschrift über die „Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ vom 1. Oktober 1965. Dort geht es auch ganz ausdrücklich um die Oder-Neiße-Linie, deren bisher vorherrschende Ablehnung in eine „Relativität“ gesetzt wird.

Es heißt dort unter anderem: „Die Überprüfung der völkerrechtlichen und der theologisch-ethischen Aspekte hat gezeigt, daß die Frage der deutschen Ostgrenzen sich nicht mit absoluten Fragen des Rechtes und der Ethik, mit den Mitteln einer Theologie der Schöpfung und der Geschichte lösen läßt. Von hier aus kann nur eine Hilfe für Entscheidungen geleistet werden, denen das deutsche Volk und seine Nachbarn nicht ausweichen können. Es handelt sich dabei um politische Entscheidungen, die in vernünftiger Einschätzung der Situation und in verantwortungsvoller Mitarbeit an einer dauerhaften Friedensordnung zwischen den Völkern getroffen werden müssen.“ Dann spricht die Denkschrift davon, dass ein Dialog „auf neuer Ebene“ stattfinden soll: „In diesem Dialog geht es konkret um die Fragen, wieweit die deutschen Vertriebenen ein Recht auf Rückkehr in die alte Heimat haben und wieweit ein Recht auf Rückgabe der abgetrennten Gebiete besteht.“⁴ Das nur als Probe, um deutlich zu machen, was in dieser Denkschrift verhandelt wird. Es werden Tabus gebrochen. Die innenpolitische Diskussion im Westen ist kontrovers, scharf, ja aggressiv. Es sind Nerven getroffen.

Mich persönlich hat – bei erneutem Lesen des Textes – allerdings sehr angesprochen, wie hoch differenziert und sensibel das Papier mit den verschiedenen Kategorien oder Ebenen der Problematik, den politischen, ethischen, den religiösen Fragen umgeht.

Während die Denkschrift der EKD entwickelt wird, tut sich auch etwas in Rom. Dort geht das Zweite Vatikanische Konzil nach über drei Jahren seinem Ende entgegen. Und mit dem Datum des

⁴ Vgl. „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“, in: Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, hrsg. von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, mit einer Einführung von Ludwig Raiser. Bd. 1/1: Frieden, Versöhnung und Menschenrechte, Gütersloh 1978, S. 77-126, hier: S. 123.

18. November 1965 richteten die polnischen Bischöfe eine Botschaft an „ihre deutschen Brüder in Christi Hirtenamt“.

Es ist ein langer gehaltvoller Brief, eigentlich eine Einladung zum polnischen Millennium 1966, und eine sehr polnische Kommentierung der deutsch-polnischen Geschichte, die kritischen Stellungnahmen zu Belastungen und schwierigen Phasen der Geschichte nicht ausweicht und auch – mit Verlaub gesagt – die eine oder andere interessante Einseitigkeit enthält. Insgesamt handelt es sich ebenfalls um einen sehr eindrucksvollen Text, an dessen Schluss sich dann die folgenden Formulierungen finden: „Wir bitten Sie, katholische Hirten des deutschen Volkes, versuchen Sie auf Ihre eigene Art und Weise unser christliches Millennium mitzufeiern, sei es durch Gebet, sei es durch einen besonderen Gedenktag. Für jede Geste dieser Art werden wir Ihnen dankbar sein. Überbringen Sie auch, wir bitten Sie darum, unsere Grüße und unseren Dank den deutschen evangelischen Brüdern, die sich mit uns und mit Ihnen abmühen, Lösungen für unsere Schwierigkeiten zu finden. In diesem allerchristlichsten und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art unser Millennium feiern. Wir laden Sie dazu herzlichst nach Polen ein.“⁵

Die Antwort der deutschen Bischöfe – aller deutschen Bischöfe, also auch der Bischöfe beziehungsweise Weihbischöfe aus Ber-

⁵ Zit. nach: Wir gewähren Vergebung – Wir erbitten Vergebung. Die Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe vom 18. November 1965, in: Begegnung der Konferenz des Polnischen Episkopats mit der Deutschen Bischofskonferenz in Deutschland im September 1978. Dokumentation der Predigten und Ansprachen, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1978, S. 76-87, hier: S. 86 f.

lin, Görlitz, Meißen, Schwerin und Magdeburg – ist als eher blass charakterisiert worden. Manche Formulierungen waren wohl der Rücksichtnahme auf die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland und der Lage der katholischen Kirche in der DDR geschuldet. Im katholischen Polen stieß der Brief dessen ungeachtet auf Enttäuschung. Auch der Briefwechsel – insbesondere die Aussage der polnischen Bischöfe – erregte hohe Aufmerksamkeit in West und Ost und viel Kritik und Widerspruch.

Welche Fülle von Meldungen, Nachrichten und Kommentaren in der Zeit kurz nach der Denkschrift und kurz nach dem Briefwechsel in Zeitungen erschienen ist, hat mir eine Anfrage beim *Tagesspiegel* gezeigt: Von einem freundlichen Rechercheur habe ich aus dem *unmittelbaren* zeitlichen Zusammenhang 16 von oben bis unten voll kopierte Seiten solcher Mitteilungen erhalten. Dass die Diskussion um die kirchlichen Versöhnungsinitiativen auch in den folgenden Jahren weiterging, und unter anderem durch den Bensberger Kreis neue Impulse erhielt, ist bekannt.

Was bedeutet es und was ist nun der Zweck der Übung, wenn wir uns heute, nach 40 Jahren, mit den genannten Aussagen von kirchlicher Seite hier im Hause einer der großen deutschen politischen Stiftungen befassen, auf einer gemeinsamen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Evangelischen und der Katholischen Akademie in Berlin sowie dem Deutschen Historischen Institut Warschau? Auf diese Frage gibt es mehrere Antworten.

Es geht bei dieser Tagung mit Sicherheit um Informationen und Fakten. Es geht um die Würdigung wichtiger Impulse von kirchlicher Seite *in* die Politik.

Es geht ebenso um das deutsch-polnische Verhältnis heute und in der Zukunft, gewiss auch darum, dass diese Nachbarschaft beiden Seiten dauerhaft aufgegeben bleibt – „aufgegeben“, gera-

de auch angesichts schärfer werdender Debatten zwischen den Nachbarn nach den Initiativen zum „Zentrum gegen Vertreibungen“, den erwogenen Aktivitäten der Preußischen Treuhand wie auch der national-konservativen und gelegentlich nationalistischen Töne im letzten polnischen Wahlkampf.

Und es geht noch um mehr. Es geht gewissermaßen um den Kern der Sache, also um die Motivation oder das „Movens“! Es geht um den Kernsatz des polnischen Bischofbriefes – „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ – und ähnliche Gedanken in der EKD-Denkschrift. Es geht somit auch um den Begriff der „Versöhnung“, einen schwierigen, nicht wohlfeil zu benutzenden Begriff. Und es könnte dabei erkennbar werden, dass Versöhnung etwas zu tun hat mit Vergeben, *einander* vergeben und Vergebung empfangen, einer vom anderen. Also auch mit Schuld auf beiden Seiten und dem ehrlichen Umgang mit ihr. – Vielleicht waren es deshalb gerade Christen, die auf solche Gedanken kamen, schließlich beten sie ja das Vaterunser, wo es heißt: „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“.

Exzellenzen, sehr geehrte Damen und Herren,
ich denke wir sind bereits mittendrin im Thema der Tagung. Ich freue mich auf die Vorträge und auf die Podien, auf die Diskussionen und Meinungen. Und ich wünsche uns einen spannenden Verlauf der nächsten Stunden.

Włodzimierz Borodziej

**„Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“
Entstehungsbedingungen und Nachwirkungen des
polnischen Bischofsbriefes von 1965**

Es gibt mittlerweile Dutzende Geschichten aus dem Kalten Krieg, die als gut erforscht gelten dürfen. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen katholischen Bischöfe vom November und Dezember 1965 gehört hierzu, wobei sein öffentlicher Charakter und die Debatte um ihn in beiden Ländern schon früh zu einer relativ intensiven Beleuchtung dieses Vorgangs geführt haben. Im Anschluss an die Forschungen des unermüdlichen Hansjakob Stehle nahm Edith Heller noch vor 1989 ihre grundlegende Studie zum Bischofsbriefwechsel auf. Die Öffnung der Archive in Polen nach 1989 nutzte vor allem Piotr Madajczyk für weitergehende Untersuchungen, so dass wir es heute mit einem Thema zu tun haben, bei dem das Auseinanderhalten von Ebenen wie die kritische Sichtung des umfangreichen Materials im Vordergrund stehen sollten – und nicht die Entdeckung von wissenschaftlichem Neuland.⁶ Es ist für die folgende Darstellung ebenfalls nicht unerheblich, dass sie von einem Historiker stammt, nicht von einem Geistlichen und schon gar nicht von einem Anhänger des Begriffs „Versöhnung“; die Nachwirkung des Briefwechsels wird mehrmals angesprochen, die Betrachtung bleibt aber stets eine politikgeschichtliche und keine moralische.

⁶ Der vorliegende Text orientiert sich der Form nach weitgehend an dem Vortragsmanuskript vom 19.10.2005. Es wurde deshalb darauf verzichtet, genauere Nachweise zur benutzten Literatur und zu den zitierten Quellen einzufügen. Die wichtigsten Publikationen zum Thema, denen auch genauere Belege zu entnehmen sind, werden am Ende des Textes genannt. Stand des Beitrags und der Literaturangaben ist Sommer 2005.



Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej

Beginnen wir mit dem ganz Offensichtlichen, dass es sich nämlich bei dem Brief der polnischen Bischöfe um einen der konstitutiven Mythen beziehungsweise um einen Gründungsakt der deutsch-polnischen Normalisierung und Normalität handelt.

Richard von Weizsäcker und Tadeusz Mazowiecki, Stanisław Stomma und Johannes Rau, Helmut Kohl und Władysław Bartoszewski – sie alle, und viele andere mehr, haben in den letzten fünfzehn Jahren auf die Rolle der Kirchen für den deutsch-polnischen Dialog und ganz besonders für dessen Frühphase wiederholt hingewiesen. Das letzte mir bekannte Mal sprach den Brief der polnische Staatspräsident Kwaśniewski an, als er im Juni 2005 dem Darmstädter Polen-Institut zum 25-jährigen Bestehen gratulierte. Er stellte die „Ausöhnung gewissermaßen in Form eines Bildes“ dar, das von vielen Menschen und Kreisen gezeichnet wurde, und fuhr fort: „Die Leinwand für dieses Bild haben die polnischen Bischöfe imprägniert, als sie ihren deutschen Brüdern die berühmte Botschaft übermittelten: ‚Wir vergeben und bitten um Vergebung‘“. So oder so ähnlich haben es mittlerweile viele Redenschreiber formuliert, die in der konfliktgeprägten deutsch-polnischen Realität der Nachkriegszeit nach positiven Bezugspunkten gesucht und mit diesem Satz oder Ereignis eine tragfähige Ausnahme gefunden haben.

Lassen Sie mich kurz auf die strukturellen Zusammenhänge zu sprechen kommen, in deren Kontext die Entstehung beider Briefe zu sehen ist. Zwanzig Jahre nach Kriegsende prägte die Erinnerung an den Krieg beziehungsweise an die Kriegsfolgen noch immer das gegenseitige Verhältnis, auch zwischen den römisch-katholischen Kirchen beider Länder. Es ging um Grundsätzliches, vor allem um die Legitimität der Oder-Neiße-Linie, aber ebenso um die Erinnerung an die deutsche Besatzung, um die polnische (auch kirchliche) Rechtfertigung der – noch immer – neuen Grenze; keine Kleinigkeit war der immer wieder deutscherseits geäußerte Verdacht, dass die polnische Kirchenhierarchie in den ehemals deutschen Ostgebieten gegen den päpstlichen Willen oder zumindest an ihm vorbei errichtet worden war. So sollte es nicht verwundern, dass ein erster Kontakt zwischen deutschen und pol-

nischen Bischöfen genau ein Jahrzehnt nach Kriegsende stattgefunden hat und die Sprachlosigkeit bis in die höchsten Ränge auch zehn Jahre später dominierte – zu einem Zeitpunkt also, als etwa die deutsch-französischen Beziehungen mit symbolischen Gesten wie in Reims, mit einem zwischenstaatlichen Freundschaftsvertrag und dem Jugendwerk völlig neu geordnet worden waren.

Diese strukturellen Zusammenhänge wurden auf einer anderen Ebene ergänzt von neuen Faktoren, die teils die Sprachlosigkeit perpetuierten, teils Elemente der Bewegung in das Bild brachten. Einen Anstoß scheint Bischof Julius Döpfner bereits 1960 gegeben zu haben, als er in einer vielbeachteten Predigt die deutsche Schuld gegenüber Polen thematisierte. Hansjakob Stehle bemerkt dazu erhellend, Döpfner habe damals „deutlicher als er selbst oder ein anderer Bischof“ gesprochen beziehungsweise „später je sprechen würde“. Dieses konnte man zu diesem Zeitpunkt nicht absehen; freilich sollte es den Historiker reizen, das bundesdeutsche Echo auf diese Predigt unter der Fragestellung zu untersuchen, ob es nicht für Döpfners Verhalten fünf Jahre später einen Schlüssel anbietet. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz lieferte aber im unmittelbaren Vorfeld des Briefaustausches noch einen anderen wichtigen Anstoß. Aus einer Darstellung des polnischen Primas Stefan Wyszyński geht hervor, dass Döpfner ihn eindringlich bat, auf die „piastische“ Interpretation der angeblichen Rückkehr Polens an Oder und Ostsee zu verzichten: Historische Argumente, so der Erzbischof von München und Freising, ziehen nicht. Durchaus überzeugend sei aber für deutsche Ohren die Berufung auf deutsches Unrecht, „insbesondere während des letzten Krieges“. „Das zweite Argument ist das Sein oder Nichtsein des polnischen Staates“, das an der Frage der Westverschiebung hänge. Beide Überlegungen gingen, wie wir wissen, in den Text des polnischen Briefes ein; und Geschichte sollte in ihm eine völlig andere Rolle spielen, auf die wir noch zurückkommen werden.

Außer einer bis Herbst 1965 eher auf Umwegen signalisierten Gesprächsbereitschaft der deutschen katholischen Bischöfe seien hier noch zwei weitere Faktoren angesprochen. Zunächst zu nennen ist hier die Bewegung zuerst um, dann innerhalb der evangelischen Kirche, die vom Tübinger Memorandum 1961/62 zur berühmten Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom Oktober 1965 reichte. Sie war Ausdruck einer weit über evangelische Intellektuelle hinausgreifenden Diskussion, die gerade zu dem uns interessierenden Zeitpunkt eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze anvisierte – trotz allerheftigster Widerstände, die ja keineswegs nur von den Vertriebenenorganisationen artikuliert wurden. Nicht, dass aus diesem lauten Umdenken der EKD ein Zugzwang für die deutschen oder gar polnischen Bischöfe erwachsen wäre; ein atmosphärischer Wandel war im Herbst 1965 aber sicher nicht nur für hypersensible Ohren deutlich vernehmbar. Pax Christi und Aktion Sühnezeichen gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang.

Als drittes Element des Wandels sei kurz das Zweite Vatikanische Konzil angesprochen, das uns vor die meisten Rätsel stellt. Es war bereits die Rede von atmosphärischen Veränderungen; der Reigen von Seminaren, Konferenzen und sonstigen Treffen in Rom bedeutete aber mehr als eine Veränderung des Umgangs­tons. Zählt man die Treffen kirchlicher oder kirchennaher Gesprächspartner in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre zusammen, so genügen für die prominenten Namen und Begegnungen nach dem heutigen Wissensstand die Finger beider Hände. Nicht zufällig konnte sich der Breslauer Erzbischof Bolesław Kominek noch Jahre später genau an die Gäste erinnern, die er in seinem Amtssitz vor 1965 empfangen hatte; die Kardinäle Döpfner und Wyszyński hätten mit einer solchen Aufgabe vermutlich noch weniger Probleme gehabt. Der gleichzeitige Aufenthalt deutscher und polnischer Bischöfe in Rom schuf dagegen eine völlig neue Lage: Man begegnete einander sozusagen im Alltag, der bisher

in der Regel persönlich unbekannte Andere erhielt menschliche Züge, man konnte sich ohne viel Aufhebens zu einem Abendessen zusammensetzen – im Kalten Krieg lauter Raritäten, deren Bedeutung aus heutiger Perspektive wohl unterschätzt wird.

Freilich bergen diese Begegnungen des Herbstes 1965 auch manche Rätsel – womit wir auf der Ebene der Ereignisse angekommen sind, die zur Ausformulierung des polnischen Briefes führten. Es hat mehrere Treffen gegeben, zumindest zwei in einem mehrköpfigen Rahmen, die einer Diskussion über den Briefentwurf dienten. Wie weit das Entgegenkommen der polnischen Teilnehmer ging, kann man auch daran ermesen, dass gegen alle Gepflogenheiten der deutsche Text diskutiert wurde und die – später entstandene – polnische Fassung nur eine Übersetzung darstellte. Mit anderen Worten: Kominek tat alles, um die deutschen Partner in den Entstehungsprozess einzubeziehen und auf diesem Weg eine Reaktion mitzugestalten, die den auf polnischer Seite absehbaren Schock durch einen Durchbruch auf deutscher Seite kompensieren könnte. Er selbst hatte dazu weise formuliert: „Die ersten wirklichen Friedensapostel [...] dürfen ziemlich sicher von beiden Seiten angegriffen und vielleicht sogar verleumdet werden. Damit heißt es sich abzufinden.“

Auf eine andere Folge des programmatischen Entgegenkommens der polnischen Bischöfe hat Jahrzehnte später Ryszard Wojna hingewiesen. „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ klang in der Rückübersetzung zwar eindeutig, nichtsdestoweniger fremd. Wären die Reaktionen der polnischen Gläubigen nicht anders ausgefallen, wenn an dieser Stelle der vertraute Satz gestanden hätte: „I odpuść nam nasze winy, jako i my odpuszczamy naszym winowajcom“ („und vergebe uns unsere Sünden, wie wir vergeben unseren Sündigern“)? Grundsätzlich anders wäre die Geschichte kaum verlaufen; andererseits hätte der Brief nach dieser Umformulierung keine geringere Wirkung gehabt. Der Preis für die Missachtung von Gewohnheiten – eben

nicht nur protokollarischer Art – fällt manchmal unerwartet hoch aus.

Wir übergehen an dieser Stelle die innerpolnischen Vorgänge, die mit der Versendung beziehungsweise Nicht-Versendung des Briefes an die Warschauer Parteiführung zusammenhängen. Bekanntlich waren die amtlichen Stellen über die Entstehungsgeschichte des Textes relativ gut informiert. Sie nutzten ihn als einen willkommenen Vorwand für den größten Propagandafeldzug gegen die römisch-katholische Kirche seit der Blütezeit des Stalinismus. Ob dabei das berühmte „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ heftiger attackiert wurde als die in der Grundfrage der Oder-Neiße-Linie ausweichende Antwort der deutschen Bischöfe, sei dahingestellt. Ebenfalls nur kurz erwähnt sei die innerpolnische Verteidigungslinie des Episkopats, dem Brief seine politische Bedeutung abzusprechen und die Vergebungsformel, wie es etwa der Krakauer Erzbischof tat, als eine selbstverständliche christliche Haltung darzustellen: Es sei doch undenkbar, argumentierte Karol Wojtyła, dass die Menschen nach einer langen gemeinsamen Geschichte *keinen* Grund hätten, einander etwas zu verzeihen.

Auf jeden Fall war der polnische Primas Wyszyński, aus Gründen, die wir bis heute nicht präzise benennen können, der Idee Kominéks gefolgt; auch hat er sie – schweren Herzens, wie wir wissen – die ganzen stürmischen Monate nach dem Briefwechsel über mitgetragen, ohne seine Enttäuschung über die deutsche Antwort publik zu machen. Warum nun diese hinter den polnischen Erwartungen weit zurückgeblieben war, wissen wir ebenfalls nicht. Es hätte ja überhaupt keinen Sinn gemacht, die polnischen Bischöfe bewusst ins offene Messer rennen zu lassen; andererseits hätte der „Asbesthandschuh“, auf den die „ausgestreckte Hand“ des polnischen Episkopats stieß, ja gar nicht angezogen werden müssen, wären die Autoren des Briefes nicht zu

einem international unüblichen Verfahren ermutigt worden: einer Vorleistung ohne verbindliche Absprache über die Gegenleistung. Die Erklärung Władysław Bartoszewskis von 1983, der polnische Episkopat sei „über den damaligen durchschnittlichen Bewußtseinsstand und die moralische Reife der polnischen Katholiken weit hinaus“ gegangen, während die Antwort „in gewisser Weise den moralischen Reifegrad der deutschen Katholiken“ gespiegelt habe, trifft den Sachverhalt – ohne freilich erklären zu helfen, welche Hoffnungen jene deutschen Bischöfe gehegt und geweckt hatten, die am Entstehungsprozess der Botschaft beteiligt waren. Man findet in der umfangreichen Literatur zum Thema keine Erklärung. Nachdenklich machen sollte aber die kaum bekannte Episode unmittelbar nach dem 18. November 1965 (auf diesen Tag ist der Brief datiert): Da der Brief irrtümlich an die römische Adresse von Kardinal Frings zugestellt worden war, machte sich die polnische Seite Sorgen um die ausbleibende Antwort, während die deutschen Bischöfe den offiziellen Text noch gar nicht kannten. Andererseits trägt die erste interne deutsche Stellungnahme das Datum des 16. Oktober. War es nicht so, dass nach zwei Jahrzehnten der fast vollkommenen Sprachlosigkeit die Reibungsverluste in dem, was man heute die interkulturelle Kommunikation nennt, eine wesentlich größere Rolle spielen mussten, als man es sich heute vorstellen kann? Dass Erzbischof Kominek die vielleicht einzige Person war, die diese Hürde überwinden konnte, während es sich bei der Entstehung des Briefes um einen Vorgang handelte, der mehrere Teilnehmer involviert hatte? Auch den Zeitfaktor sollte man nicht vergessen: Beide Briefe sind unter ungewöhnlichen Umständen entstanden, der deutsche sogar innerhalb von wenigen Tagen; heute braucht man für vergleichbare Dokumente eher Monate als Wochen.

Wir kommen nun zu dem vorletzten Punkt: der antikirchlichen Kampagne in Polen. Von kirchlicher Anmaßung war von Seiten

der Partei vielleicht am häufigsten die Rede, ebenso vom Ausverkauf polnischer Staatsräson an den westdeutschen Revanchismus; gelegentlich drangen die „spontanen Reaktionen“, offene Briefe von empörten Arbeitern oder besorgten Intellektuellen, bis in die Nähe des Vorwurfs des Landesverrats vor. Bekanntlich gaben und geben polnische Katholiken zu, dem inszenierten Volkszorn anfangs durchaus verständnisvoll beigewohnt zu haben; selbst die „echten“ katholischen Sejmsabgeordneten erlaubten sich ausnahmsweise eine Distanzierung – die sich theoretisch nur auf den Briefwechsel beziehen mochte, in der Praxis aber eine Kritik der kirchlichen Hierarchie bedeutete. Je länger freilich die Kampagne dauerte und je grober die Vorwürfe des Regimes an die polnische Kirche wurden, desto mehr verloren sie an Glaubwürdigkeit. Am 3. Mai 1966 kam es zu jener berühmten Szene in Tschenschow, als der Primas anlässlich der Feier zum 1000-jährigen Jubiläum der Christianisierung Polens das „Wir vergeben“ wiederholte – und die Menge der Gläubigen sich mit ihrer zustimmenden Antwort demonstrativ wieder hinter ihren Hirten stellte.

Dieses „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ wird zu Recht als eines der herausragendsten Ereignisse in der geteilten Welt des Kalten Krieges bezeichnet. Hinter der Wirkungskraft dieses Bekenntnisses und den Auseinandersetzungen um die deutsche Antwort wird jedoch oft vergessen, was der Brief beinhaltet hat. Es war eigentlich ein Geschichtstraktat, aus dem zumeist lediglich der Absatz über das Jahr 1945 und die Anerkennung deutschen Leidens im Gedächtnis geblieben ist. Dies wird auch jene Stelle gewesen sein, welche die Empfänger am meisten interessiert hat, da eine solche Äußerung im deutsch-polnischen Grabenkrieg bisher nicht gefallen war – und es noch Jahrzehnte brauchen sollte, bis sie zum Standard des interkulturellen Dialogs geworden war. Der „Rest“ – die deutsche Ostsied-

lung und die Heilige Hedwig, die Rolle Friedrichs II. wie die Darstellung der nationalsozialistischen Besatzung – interessierte die damalige Öffentlichkeit wenig und interessiert heute wohl überhaupt nicht mehr. Schade, denn zumindest ein prominenter Leser des Briefes hielt die geschichtlichen Ausführungen der polnischen Bischöfe für die Schlüsselstelle des Bekenntnisses und leitete gerade daraus seine völlige und radikale Ablehnung ab. Es war kein geringerer als der Parteichef Władysław Gomułka persönlich, der im Januar 1966 spontan auf eine öffentliche Verteidigung des Briefes durch den Chefredakteur des *Tygodnik Powszechny*, Jerzy Turowicz, reagierte. Nein, die Grenze hätten die Bischöfe nicht infrage gestellt, distanzierte sich Gomułka von dem *Mainstream* der Propaganda der regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Auch billigte er der Kirchenführung das Recht auf politische Stellungnahmen zu – mit der bezeichnenden Einschränkung, dass diese „loyal“ gegenüber der Volksrepublik zu bleiben hätten. Gomułkas eigentliche Anklage lautete anders: Die Kirche solle endlich aufhören zu glauben, „dass sie im Volk die Herrschaft über die Seele ausübt“. Die Bischöfe betrachteten Polen weiterhin als Bollwerk (*antemurale*) des Westens gegen Atheismus und Kommunismus, das heißt im Grunde gegen die Sowjetunion. Aber das größte Unheil sei doch über Polen aus dem Westen eingebrochen, führte der Parteichef unter Berufung auf den Zweiten Weltkrieg aus. Heute wollten die Bischöfe aus Polen zwar wieder ein Bollwerk machen, aber die polnische Nation habe gelernt: „Man kann sie nicht mehr zum Westen hin umorientieren.“

Der aufmerksame Leser des polnischen Briefes wird auch heute bestätigen, dass Gomułka dessen Hauptthese richtig erfasst hat. Die Versöhnung mit Deutschland war den polnischen Bischöfen gewiss aus religiösen Gründen wichtig. Der politische Kern der Aussage bestand aber darin, dass Polen, seine Menschen und seine Kirche durch ihre Zugehörigkeit zum Westen konstitu-

iert werden – 1965 wie schon seit Jahrhunderten. Die Bischöfe führten historische Belege dafür an, dass die Nachbarschaft mit Deutschland vor dem Aufstieg Preußens zur Großmacht diese Zugehörigkeit entscheidend geprägt hat, und waren offenbar bereit, trotz des Zweiten Weltkrieges diese Bindung wiederaufzubauen – was ohne erste Schritte Richtung Annäherung nicht zu bewerkstelligen war. Gomułka war sich der Notwendigkeit der „Normalisierung“ mit der Bundesrepublik bekanntlich durchaus bewusst. Nur verstand er ebenso, dass die römisch-katholische Kirche eine völlig andere Vision des Endpunktes dieser Entwicklung im Auge hatte: Der Chef der PVAP wollte eine völkerrechtliche Bestätigung der Grenzen der Volksrepublik, die Bischöfe strebten eine „Rückkehr nach Europa“ an, das sie nur als ein westliches zu definieren bereit waren. Diese Interpretation würde auch erklären, warum Wyszyński sich zur Unterzeichnung des Briefes bewegen ließ und später konsequent an seinem Inhalt festhielt: Ohne Deutschland war die (Neu-) Verankerung Polens im Westen unmöglich. Die Herausforderung der Staatsmacht nahm er unter diesen Umständen bewusst in Kauf. Dass eine weniger diplomatische Antwort von Seiten der deutschen Bischöfe seine Position in den kommenden Monaten wesentlich gestärkt hätte, wird in dieser Sicht keineswegs zweitrangig, war aber eben nicht entscheidend.

Einmal mehr dachte die Kirche in einer langfristigen Perspektive. Um die Zukunft sofort beginnen zu lassen, wagte sie einen allorts missverstandenen, radikalen Schritt. Das Risiko, das sie einging, und das Opfer, das sie in der Folge brachte, konstituierten die Glaubwürdigkeit des Angebots. Welche Langzeitwirkung eine zunächst fehlgeschlagene Geste entwickeln kann, wird man an diesem Beispiel noch lange nachweisen können.

Weiterführende Literatur

Władysław Bartoszewski, *Aus der Geschichte lernen? Aufsätze und Reden zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Polens*, München 1989.

Edith Heller, *Macht, Kirche, Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965*, Köln 1992.

Włodzimierz Kalicki, *Ostatni jeniec wielkiej wojny. Polacy i Niemcy po 1945 roku*, Warszawa 2002.

Piotr Madajczyk, *Na drodze do pojednania. Wokół orędzia biskupów polskich do biskupów niemieckich w 1965 r.*, Warszawa 1994.

Hansjakob Stehle, *Der Briefwechsel der Kardinäle Wyszyński und Döpfner im deutsch-polnischen Dialog von 1970-1971*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31, 1983, S. 536-553.

Ryszard Wojna, *...et nos mutantur in illis*, in: *W cieniu przeszłości. O stosunkach polsko – niemieckich*, Warszawa 1986.



Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Bernd Faulenbach

Der Einfluss der kirchlichen Versöhnungsinitiativen auf Gesellschaft und Politik in Deutschland

1. Thema und Fragestellungen

In den 1960er-Jahren veränderte sich das deutsch-polnische Verhältnis, das während der 1950er-Jahre durch ausgesprochene Gegensätzlichkeit, ja Feindseligkeit geprägt war. Mit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages und seiner Ratifizierung 1970/72 wurde eine wesentliche Etappe im Prozess der deutsch-polnischen Verständigung erreicht. Fragt man nach Faktoren und Ereignissen, die diesen Wandel bewirkt haben, so stößt man auf kirchliche Versöhnungsinitiativen – die so genannte Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und

den Briefwechsel zwischen den katholischen Bischöfen Polens und Deutschlands –, bevor man zur „neuen Ostpolitik“ der Sozialdemokratie kommt.

Ich möchte die Bedeutung der kirchlichen Initiativen im Kontext des Bemühens um ein neues deutsch-polnischen Verhältnis aus deutscher Sicht bestimmen, insbesondere auch im Hinblick auf den konkreten politischen Prozess, in dem die deutsche Sozialdemokratie wachsenden Einfluss gewann, in dem sie aber auch ihre Positionen modifizierte.

2. Zum deutsch-polnischen Verhältnis in den 1950er-Jahren

Während der 1950er-Jahre war das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen durch ausgesprochene Gegensätzlichkeit geprägt.⁷ Flucht und Vertreibung waren – entgegen dem, was heute manchmal behauptet wird – zusammen mit anderen Leiderfahrungen der Deutschen in Krieg und Nachkriegszeit ein wichtiges Thema der deutschen Öffentlichkeit.⁸ In einem großen, vom Bundesministerium für Vertriebene initiierten Forschungsprojekt wurden Flucht und Vertreibung umfassend dokumentiert, um diese Dokumentation in Friedensverhandlungen einbringen zu können.⁹ Jedenfalls beharrte

⁷ Vgl. dazu Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hrsg.), *Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1945–1949. Eine Einführung*, Osnabrück 2000, darin insbes. der Beitrag von Edmund Dmitrów, *Vergangenheitspolitik in Polen 1945–1989*, S. 235–264.

⁸ Vgl. dazu Bernd Faulenbach, *Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 51-52*, 2002, S. 44–54.

⁹ Vgl. *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, in *Verbindung mit Adolf Distelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow* (und ab Bd. I/3

die bundesdeutsche Politik auf den Grenzen von 1937, was auch die Forderung eines Rückkehrrechts der Vertriebenen einschloss. „Dreigeteilt – niemals!“ war ein Grundsatz, der von nahezu allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, geteilt wurde. Keine Frage, dass die Millionen von Heimatvertriebenen, die zeitweilig im Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) eine eigene Interessenvertretung auf parlamentarischer Ebene (Bundestag und Länderparlamente) hatten, eine von allen Parteien, auch den großen Volksparteien, umworbene Wählergruppe bildeten. Nationalpolitische und antikommunistische Momente prägten die vorherrschende bundesdeutsche Haltung gegenüber Polen.

Für das durch die Konferenzen von Teheran und Potsdam nach Westen verschobene Polen war die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eine existenzielle Frage. Die Haltung der bundesdeutschen Politik, auf der Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 zu beharren, wurde in Polen als Revisionismus und Revanchismus aufgefasst und attackiert. Zweifellos wurde die Furcht vor der Bonner Politik vom kommunistischen Regime instrumental zur Festigung seiner Herrschaft eingesetzt, was freilich nur funktionieren konnte, weil es diese Furcht tatsächlich gab und sie durch die Politik der Bundesrepublik genährt wurde.¹⁰

Zwar forderten einzelne bundesdeutsche Politiker ein neues Verhältnis zu Polen, doch waren damit nicht unbedingt Konsequenzen für die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ge-

auch Werner Conze) bearbeitet von Theodor Schieder, hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1954-1963, nachgedruckt München 1984. Zur Entstehung und Entwicklung des Projektes vgl. Mathias Beer, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46, 1998, S. 345-389.

¹⁰ Vgl. Jörg Hackmann, Vergangenheitspolitik in der Bundesrepublik und das Verhältnis zu Polen, in: Borodziej/Ziemer (Hrsg.), Deutsch-polnische Beziehungen, S. 297-327.

meint. Zu den Ausnahmen gehörten Gustav Heinemann und seine Mitstreiter von der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), die 1957 den Weg zur SPD fanden.¹¹ Vehement setzte sich Carlo Schmid für die deutsch-polnische Aussöhnung ein und war im Gegensatz zu anderen bereit, entsprechende politische Konsequenzen zu ziehen. Gleich in der ersten Fraktionssitzung nach der Bundestagswahl 1957 skizzierte der prominente Sozialdemokrat sein außenpolitisches Programm, das auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern beinhaltete. In diesem Kontext regte er an, eine öffentliche Diskussion über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu entfachen, ein Vorschlag, der in der Fraktion zurückgewiesen wurde; Schmid's Position war zu diesem Zeitpunkt nicht mehrheitsfähig.¹²

Der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer verfolgte 1957/58 das mit Carlo Schmid's Intentionen inkompatible Ziel, ehemaligen Mitgliedern und Anhängern des BHE, der bei der Bundestagswahl an der 5-Prozent-Grenze gescheitert war, in der SPD eine neue Heimat zu geben. Auch Herbert Wehner, der sich noch in den 1960er-Jahren besonders für die Anliegen der Heimatvertriebenen engagierte, widersprach Schmid's Ansatz. Selbst Willy Brandt hob sich lange nicht von der vorherrschenden Linie ab. In seinen Erinnerungen schreibt er, er habe tatsächlich seinen Namen unter einem Text gefunden, der mit „Verzicht ist Verrat“ geendet habe; er sei damals der Ansicht gewesen, dass Ostpolitik nicht hinter dem Rücken der Vertriebenen gemacht werden solle, diese sollten selbst mit abwägen.¹³

¹¹ Zu Heinemann und zur GVP vgl. Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972; Josef Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950-1957, Düsseldorf 1990.

¹² Vgl. dazu und zum Folgenden Petra Weber, Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie, München 1996, S. 593 f.

¹³ Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt/Main 1989, S. 216 f.

Kurz: Auf's Ganze gesehen herrschte während der 1950er-Jahre in der Bundesrepublik Deutschland eine Politik vor, die sich mit Nachdruck und Erfolg für eine Integration der Heimatvertriebenen einsetzte, doch zugleich den Anspruch auf die Ostgebiete aufrechterhielt, was Illusionen auf eine Rückkehr bei Heimatvertriebenen nährte, auch wenn es vorrangig um die Behauptung eines Rechtsstandpunktes im Hinblick auf eine friedensvertragliche Regelung ging. Die Forderung nach einem neuen Verhältnis zu Polen blieb auf diesem Hintergrund weitgehend Rhetorik.

3. Tübinger Memorandum und Ostdenkschrift der EKD – Beiträge des Protestantismus zur Veränderung des deutsch-polnischen Verhältnisses

Im Protestantismus der 1950er-Jahre gab es eine hauptsächlich aus der Bekennenden Kirche erwachsene Strömung, die in Opposition zur Politik Adenauers stand und manche Affinitäten zu Positionen der Sozialdemokratie aufwies. Als die Sozialdemokratie sich jedoch – unmissverständlich von Herbert Wehner in der Bundestagsdebatte vom 30. Juni 1960 zum Ausdruck gebracht – auf den Boden der vollzogenen außen- und deutschlandpolitischen Entscheidungen der 1950er-Jahre stellte, fand dies hier nicht nur Beifall.¹⁴ In diesem Kontext ist das so genannte Tübinger Memorandum aus dem Jahre 1961 zu sehen. Es ging auf einen Kreis von acht angesehenen protestantischen Persönlichkeiten zurück, zu denen der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker, der Jurist Ludwig Raiser und der Philologe Georg Picht gehörten.¹⁵

¹⁴ Vgl. dazu Martin Greschat, Protestantismus und Evangelische Kirche in den 60er Jahren, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 544-581, hier: S. 547 ff.

¹⁵ Entstehungsprozess, Zielsetzungen und Folgen des Memorandums bei Mar-

Das Memorandum, das „für mehr Wahrheit in der Politik“ plädierte, setzte sich mit verschiedenen Themen auseinander, im Mittelpunkt stand jedoch die Außenpolitik. Die Schrift setzte sich nachdrücklich für die Normalisierung der politischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Deutschlands ein und regte zu diesem Zwecke vertrauensbildende Maßnahmen an: materielle Wiedergutmachung, einen Nichtangriffspakt, Verhandlungen über Möglichkeiten von Deutschen, in die Heimat zurückzukehren, nicht zuletzt aber die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

In der Folgezeit führten die Initiatoren Gespräche mit den Parteien, so mit der CDU, bei der die Anerkennung der Grenze allerdings auf einhellige Ablehnung stieß. In den Austausch mit der SPD setzten die Verfasser besondere Hoffnungen, die jedoch enttäuscht wurden.¹⁶ Für die SPD nahmen Martin Hirsch, Adolf Arndt, Gustav Heinemann und Herbert Wehner an dem Gespräch teil. Und es war Wehner, der ein eindeutiges Nein zur Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie formulierte, was die Verfasser des Memorandums wegen seiner Apodiktik irritierte. Am 28. September 1964 schrieb Gustav Heinemann an Ludwig Raiser und forderte ihn und seine Mitstreiter auf, sich nicht entmutigen zu lassen. Die „Lobbyisten der Vernunft“ – so hatte Marion Gräfin Dönhoff die acht Verfasser des Tübinger Memorandums genannt – könnten wagen, was die Politiker nicht formulieren dürften. Die SPD könne unmöglich alleine „die Liquidation des Hitler-Krieges mit seinen bitteren Konsequenzen übernehmen“. Heinemann bat aber Raiser und seine Freunde „bei der Fahne zu bleiben, die sie mit dem Memorandum gehisst“ hätten.¹⁷

tin Greschat, „Mehr Wahrheit in der Politik!“ Das Tübinger Memorandum von 1961, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48, 2000, S. 491-513.

¹⁶ Zu den Gesprächen: Greschat, Protestantismus und Evangelische Kirche, S. 557 ff.

¹⁷ Zitat nach Greschat, Protestantismus und Evangelische Kirche, S. 558.

Ab Herbst 1963 arbeitete dann die von Ludwig Raiser geleitete Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD an einer Denkschrift, die am 1. Oktober 1965 mit einem Vorwort des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kurt Scharf, unter dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ veröffentlicht wurde.¹⁸ Sie gilt zu Recht als ein Meilenstein im deutsch-polnischen Verhältnis der Nachkriegszeit. Bemerkenswert ist, dass sich die Denkschrift sorgfältig mit dem Schicksal der Vertriebenen auseinandersetzte, doch gleichzeitig die Vertreibung in historische Zusammenhänge einordnete und die Frage einer gemeinsamen europäischen Zukunft aufwarf. Die Denkschrift lässt keinen Zweifel daran, dass auch das „menschliche und geschichtliche Schicksal der östlichen Nachbarn Deutschlands mit ins Auge gefaßt“ werden musste, wodurch eine die Vertreibung isolierende national verengte Betrachtungsweise, die bis dahin in der deutschen Öffentlichkeit vorgeherrschte hatte, überwunden werden sollte.

Dies aber bedeutete auch, dass damit auf die NS-Politik eingegangen werden musste.¹⁹ Die von den Deutschen verübten Verbrechen, mit denen man sich in den 1960er-Jahren im Kontext des Auschwitz-Prozesses und einer neuen öffentlichen Debatte neu auseinandersetzen begann, wurden erstmals in einem derartigen Papier ausgesprochen: Mehr als 6 ½ Millionen Polen waren als Folge der NS-Politik umgekommen und zu einem be-

¹⁸ Der Text der Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“, mit einem Vorwort von Präses Dr. Kurt Scharf ist abgedruckt in: Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, hrsg. von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, mit einer Einführung von Ludwig Raiser. Bd. 1/1: Frieden, Versöhnung und Menschenrechte, Gütersloh 1978, S. 77-126. Nach dieser Fassung wird im Folgenden zitiert.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 81.

trächtlichen Teil geplant umgebracht worden. Der Gegensatz zwischen Deutschen und Polen ging mithin über die „ideologische Gegensätzlichkeit“ weit hinaus.

Auf der anderen Seite aber nahm die Denkschrift die Frage nach der Lage der Vertriebenen in der damaligen Gegenwart ernst und beantwortete sie – mit dem Willen zum Verständnis für das Schicksal der Betroffenen – ausgesprochen differenziert. Die Eingliederung der Vertriebenen war aus der Sicht der Denkschrift nicht als soziales Problem zu betrachten, das „allein mit wirtschaftlichen Mitteln zu lösen“ sei: „Wir müssen [...] fragen, wie weit außer der wirtschaftlichen Sicherung sich auch eine innere menschliche, gesellschaftliche, geistige und politische Eingliederung vollzogen hat.“ Die Denkschrift gelangte zu dem Ergebnis, dass „nicht so sehr der Staat mit seinen Maßnahmen der Daseinsvorsorge, als vielmehr die westdeutsche Gesellschaft“ den Vertriebenen „Vieles und Wesentliches schuldig“ geblieben sei.²⁰

Neue Wege beschritt die Denkschrift auch darin, dass sie die „gegenwärtige Lage in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie“ in den Blick nahm.²¹ Dabei wurde die immense politische und wirtschaftliche Bedeutung der Gebiete für das nach Westen verschobene Polen ebenso deutlich wie das Schicksal der Polen und Ukrainer, die aus den polnischen Ostgebieten in den Westen umgesiedelt worden waren. Man kam nicht an der Einsicht vorbei, dass die früheren deutschen Ostgebiete für Polen eine existenzielle Bedeutung hatten, und auch die Menschen, die hier angesiedelt worden waren, Rechte hatten, die zu respektieren waren.

Die Denkschrift mahnte „zur Nüchternheit in der politischen Verwendung völkerrechtlicher Argumente“. Die Vertreibung der Deutschen wurde zwar als völkerrechtswidrig betrachtet, doch

²⁰ Vgl. ebd., S. 83 ff., Zitate S. 85 und 89.

²¹ Ebd., S. 94 ff.

zugleich erklärt: „Die leidvolle Geschichte deutscher Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber dem immer wieder seiner politischen Selbständigkeit beraubten polnischen Volk und die völkerrechtswidrige Behandlung, die dieses Volk während des Zweiten Weltkrieges auf Anordnung der nationalsozialistischen Staatsführung erfuhr, stellt uns heute unausweichlich vor die Frage, ob sich daraus nicht politische, vielleicht aber auch völkerrechtliche Einwendungen gegen einen deutschen Anspruch auf unverminderte Wiederherstellung seines früheren Staatsgebietes ergeben.“ Das Erbe einer bösen Vergangenheit lege dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auf, „in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Volkes zu respektieren und ihm den Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf.“²² Aufs Ganze gesehen konstatierte die Denkschrift, dass sich zwei rechtlich begründete Positionen gegenüberstanden: „Recht steht gegen Recht oder – noch deutlicher – Unrecht gegen Unrecht“. Es ist von einer „Schuldverflechtung der Völker“ die Rede. Und entgegen der Bonner Politik dieser Jahre folgerte die Denkschrift daraus, dass das Beharren auf gegensätzlichen Rechtspositionen unfruchtbar sei und eine „Gefahr für den Frieden zwischen beiden Völkern“ darstelle.²³

Die Denkschrift sollte nach Absicht der Verfasser einer neuen Ostpolitik den Weg bereiten, welche die Bereitschaft einschloss, Folgen der Schuld zu tragen und Wiedergutmachung für begangenes Unrecht zu leisten. Sie intendierte nicht, diese neue Politik zu konzipieren, doch politische Entscheidungen zu ermöglichen, „die in vernünftiger Einschätzung der Situation und in verantwortungsvoller Mitarbeit an einer dauerhaften Friedensordnung zwischen den Völkern getroffen werden müssen“. Die Denkschrift hatte die deutsche Gesellschaft zum Adressaten, sie wollte

²² Ebd., S. 103 ff., Zitate S. 103, 107 f.

²³ Ebd., S. 109 (beide Zitate).

„eine neue Bewegung in die politischen Vorstellungen des deutschen Volkes hineinbringen“. Zugleich aber wollte sie auch „den Nachbarn im Osten einen Dialog auf neuer Ebene“ anbieten.²⁴ Zu beidem hat sie zweifellos beigetragen.

Die Denkschrift, die innerkirchliche Kontroversen aufgriff²⁵, löste vielfältige Diskussionen im kirchlichen Raum und in der Öffentlichkeit aus. Hinter ihr stand – wie Martin Greschat formuliert – „eine für den deutschen Protestantismus ungewöhnlich breite theologische und kirchenpolitische Front“.²⁶ Dennoch gab es vielfältige Auseinandersetzungen in den Gemeinden, auch in den Evangelischen Akademien, die eine bedeutsame Rolle bei der Verbreitung der Gedanken der Denkschrift spielten. Wie nicht anders zu erwarten, protestierten die Vertriebenenverbände. Die von CDU und FDP getragene Bundesregierung sah keinen Anlass, ihre Positionen zu überprüfen. Die SPD zögerte mit einer eindeutigen Stellungnahme, was in Berlin zu innerparteilicher Kritik führte.²⁷ Die Synoden in Berlin-Spandau und Potsdam-Babelsberg stimmten im März 1966 der Denkschrift zu, wobei deutlich wurde, dass die Denkschrift die Kirchen des Westens ungleich mehr beschäftigte als die des Ostens – gab es doch in der DDR keine Vertriebenenverbände, auch hatte man sich hier ein eigenes Bild von den Zuständen in Polen machen können.

In der Erklärung der Spandauer Synode wurden einige zusätzliche Akzente zur Interpretation der Denkschrift hinzugefügt. So wurde von der „Haftungsgemeinschaft“ der Deutschen gesprochen, in der diese „sowohl für die Folgen der im deutschen Na-

²⁴ Ebd., S. 123 ff.

²⁵ Vgl. ebd., S. 113 ff.

²⁶ Greschat, Protestantismus und Evangelische Kirche, S. 566.

²⁷ Ebd. – Zur Diskussion über die Denkschrift vgl. auch Reinhard Henkys (Hrsg.), Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift, Stuttgart/Berlin 1966.

men begangenen Unrechtstatten als auch für das Unglück“ einzustehen hätten, „das Mitbürger ohne persönliche Schuld erlitten haben“.²⁸ Nachdrücklich sprach sich die Synode dagegen aus, begangenes oder erlittenes Unrecht gegeneinander aufzurechnen. Nicht zuletzt nahmen die Synodalen aus dem Brief der katholischen Bischöfe Polens vom 18. November 1965 „mit Bewegung und Dankbarkeit“ zur Kenntnis, „daß hier Vergebung für deutsche Schuld gewährt und um Vergebung für polnische Schuld gebeten wird“.²⁹ Die polnischen Bischöfe aber hatten ihrerseits auf die EKD-Denkschrift Bezug genommen. Es kam zu einer bemerkenswerten interkonfessionellen binationalen Kommunikation zwischen der deutschen evangelischen und der polnischen Seite. Doch wie verhielt sich der deutsche Katholizismus?

4. Versöhnungsinitiativen aus dem katholischen Bereich

Da Polen konfessionell ein katholisch geprägtes Land ist, waren Initiativen aus dem Bereich der katholischen Kirche von besonderem Gewicht, Initiativen, über die in jüngster Zeit erneut wissenschaftlich gearbeitet worden ist.³⁰ Dabei steht der Briefwech-

²⁸ Erklärung der Synode in Berlin-Spandau im März 1966, abgedruckt in: Vertriebung und Versöhnung. Die Synode der EKD zur Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“, im Auftrag der Synode hrsg. v. Erwin Wilkens, Berlin 1966, S. 59-63, Zitate S. 60.

²⁹ Ebd., S. 62.

³⁰ Robert Żurek, Die Rolle der Katholischen Kirche Polens bei der deutsch-polnischen Aussöhnung 1966-1972, in: Archiv für Sozialgeschichte 45, 2005, S. 141-164; Karl-Joseph Hummel, Der Heilige Stuhl, deutsche und polnische Katholiken 1945-1978, in: ebd., S. 165-214. Vgl. auch Piotr Madajczyk, Annäherung durch Vergebung. Die Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder im Hirtenamt vom 18. November 1965, in: Vierteljahrshefte für

sel der polnischen und der deutschen Bischöfe aus dem Jahre 1965 im Mittelpunkt der Diskussion.

In der Nachkriegszeit teilte der katholische Bevölkerungsteil – nach allem, was wir feststellen können – die in Deutschland verbreitete polenkritische Sichtweise. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass am 16. Oktober 1960 der damalige katholische Bischof von Berlin, Julius Döpfner, als erster deutscher Bischof in einer Predigt darüber sprach, dass Polen ein Opfer schrecklicher deutscher Verbrechen geworden sei und dass diese Verbrechen die Vertreibung der Deutschen und den Verlust der Ostgebiete verursacht hätten. Der Bischof verurteilte die Vertreibung, meinte aber im Hinblick auf die Grenzfrage, dass die Deutschen zu „sehr großen Opfern“ bereit sein müssten, wenn sie Frieden mit Polen erreichen wollten.³¹ Dies waren Überlegungen, die noch allein standen, doch erkennen lassen, dass vereinzelt auch im katholischen Bereich über eine Versöhnung mit Polen nachgedacht wurde.

Jedenfalls kam es im Kontext des Zweiten Vatikanischen Konzils zur Kommunikation von deutschen und polnischen Bischöfen, die den Brief der polnischen Bischöfe vom 18. November 1965 ermöglichte. Der Brief enthielt eine Einladung an die deutschen Bischöfe zur 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Polens, legte zugleich aber eine Sicht der polnischen Geschichte und des polnischen Selbstverständnisses dar, die sich sehr deutlich von der der polnischen Kommunisten unterschied, indem sie Polen als Teil (West-)Europas begriff.³² Bezogen auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete wurde nicht – wie sonst in Polen – mit der Rückgewinnung einst geraubten „urpolnischen Gebietes“ argumentiert, auch das Leid der deutschen Heimatvertriebenen blieb

Zeitgeschichte 40, 1992, S. 223-240.

³¹ Vgl. dazu Żurek, Die Rolle der Katholischen Kirche Polens, S. 146 f.

³² Vgl. dazu den Beitrag von Włodzimierz Borodziej in dieser Publikation.

nicht ausgeklammert. Hervorgehoben wurde, dass Polen „aus den Massenmorden nicht als Siegerstaat, sondern bis zum äußersten geschwächt hervorging“.³³ Von herausragender Bedeutung aber war, dass der Brief die Formel enthielt: „[Wir] gewähren [...] Vergebung und bitten um Vergebung.“

Mit dem maßgeblich vom Breslauer Erzbischof Kominek verfassten Brief gingen die polnischen Bischöfe zweifellos ein hohes Risiko ein. Bei großen Teilen des Kirchenvolkes stieß der Brief auf Unverständnis. Und die kommunistische Partei nahm ihn zum Anlass, eine regelrechte Kampagne gegen die Bischöfe und die katholische Kirche zu starten.³⁴ Angesichts dieser Kampagne wich der Primas der katholischen Kirche Wyszyński teilweise zurück, während der Krakauer Erzbischof Wojtyła an der Vergebensbereitschaft der polnischen Bischöfe als einer christlichen Haltung festhielt. Am 3. Mai 1966 anlässlich der Millenniumsfeier bekannte sich freilich auch Wyszyński erneut zur Auffassung einer christlichen Vergebungspflicht. Unter Anspielung auf den Briefwechsel sagte er: „Im Zeichen jenes am schwersten zu erringenden Sieges, des Sieges über uns selbst, vergeben wir, die polnischen Bischöfe mit dem Volk Gottes.“ Und Tausende aus der Menge antworteten mit dem Ruf „Wir vergeben“ und klatschten Beifall.³⁵

Die Reaktion der deutschen Bischöfe war aus der Sicht der polnischen Bischöfe ausgesprochen enttäuschend ausgefallen. Sie griff die Bereitschaft zu einem neuen Dialog, der die deut-

³³ Der Brief der Bischöfe ist abgedruckt bei Edith Heller, Macht, Kirche, Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965, Köln 1992, S. 203-210. Vgl. Żurek, Die Rolle der Katholischen Kirche Polens, S. 147 f.; Hummel, Der Heilige Stuhl, S. 195 ff.

³⁴ Vgl. Hansjakob Stehle, Seit 1960. Der mühsame Dialog über die Grenze, in: Werner Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984, S. 155-178; Żurek, Die Rolle der Katholischen Kirche Polens, S. 147 ff.

³⁵ Vgl. ebd., S. 151.

sche Schuld gegenüber Polen berücksichtigte, nicht wirklich auf, wick vor allem in der Grenzfrage aus, sprach von Differenzen und konnte angesichts unverbindlicher versöhnlicher Worte seitens der polnischen Bischöfe nur mit Mühe als gerade noch positiv eingeschätzt werden. Fragt man nach den Ursachen dieser Haltung der deutschen Bischöfe, dann greift der Erklärungsversuch, dass die Antwort unter Zeitdruck formuliert wurde, zu kurz. Die Bischöfe waren vielmehr – im Gleichklang mit der damaligen Bundesregierung – nicht bereit, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Wenn man auf der Formel beharrte, „alle unseligen Folgen des Krieges“ seien „in einer alle Seiten befriedigenden und gerechten Lösung zu überwinden“, so standen dahinter nicht zuletzt kirchenpolitische Interessen; der deutsche Episkopat stemmte sich gegen eine Neuordnung der Bistümer in den früheren deutschen Ostgebieten, bevor eine staatliche Regelung gefunden wurde. Auch gegenüber dem Vatikan vertrat man mit Nachdruck diese Position, die Rechtsansprüche der Deutschen und der deutschen katholischen Kirche verteidigte. Es kam angesichts dieser Haltung schließlich zu einem – wie Robert Żurek formuliert hat – „exotischen Bündnis zwischen dem konservativen polnischen Primas Wyszyński und der SPD-Spitze“.³⁶

Immerhin entwickelte sich jedoch auch im Bereich des deutschen Katholizismus, im so genannten „Bensberger Kreis“, einer Gruppe katholischer Intellektueller, angeregt durch die EKD-Denkschrift wie durch den Brief der polnischen Bischöfe, eine Initiative, die im Bensberger Memorandum von 1968 die Bereitschaft zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und zur Akzeptierung der seit 1945 nur vorläufigen Kirchenverwaltung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten aussprach.³⁷ Kardinal Wyszyński re-

³⁶ Ebd., S. 156.

³⁷ Ein Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen,

agierte in einem Brief im Namen des gesamten polnischen Episkopats, in dem er das „wohl durchdachte Memorandum“ als vom Geist des Evangeliums und des Zweiten Vatikanischen Konzils getragen lobte. Doch anders als bei der EKD-Denkschrift, die von der Kammer für öffentliche Verantwortung ausgearbeitet worden war und von der EKD getragen wurde, distanzieren sich die deutschen Bischöfe und die Amtskirche vom Bensberger Memorandum. Sie gehörten allenfalls bedingt zu den Wegbereitern der Aussöhnung mit Polen.

Die deutsch-polnische Aussöhnung war wegen der Grenzfrage und der Vertriebenenproblematik allerdings auch für die Politik eine schwierige Frage, wie selbst das Beispiel der Sozialdemokratie zeigt.

5. Die Neuorientierung der SPD in der Frage der Oder-Neiße-Grenze und der deutsch-polnischen Aussöhnung

In der Sozialdemokratie erhoben sich früher als in anderen Parteien Stimmen, die ernsthaft für einen deutsch-polnischen Ausgleich plädierten und dabei auch bereit waren, in der Grenzfrage Polen entgegenzukommen: Herauszuheben sind hier neben den bereits genannten Carlo Schmid und Gustav Heinemann Ernst Reuter und auch Fritz Erler. Erler zum Beispiel wies im Januar 1965 darauf hin, dass das Beharren auf Grenzrevisionen leicht eine geschlossene Staatenfront gegen die deutsche Einheit hervorrufen könne, eine Feststellung, die sogleich von Regierungssprecher von Hase als „Aufweichung“ getadelt und in die Nähe

hrsg. vom Bensberger Kreis, Mainz 1968. Zum Bensberger Kreis und dessen „Polen-Memorandum“ von 1968 vgl. auch Żurek, Die Rolle der Katholischen Kirche Polens, S. 152; Hummel, Der Heilige Stuhl, S. 205 ff.

von „Verzichtspolitik“ gerückt wurde.³⁸ Seit Mitte der 1960er-Jahre veränderte die SPD behutsam ihre bisherige Position, die in der Vertretung des Rechtsstandpunktes auf Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 bestanden hatte. Diese Neuorientierung geschah nicht zuletzt unter dem Eindruck der Initiativen aus dem kirchlichen Bereich, der EKD-Denkschrift und des Briefwechsels zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen; Willy Brandt konstatierte später in „Begegnungen und Einsichten“, die EKD-Denkschrift sei „der Anfang einer psychologischen Entkrampfung“ gewesen.³⁹ In der Tat veränderte sie das Klima, indem sie das deutsch-polnische Verhältnis unter Einschluss der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze erörterte. Keine Frage: „Das Gespräch der Kirchen und ihrer Gemeinden war dem Dialog der Politiker voraus.“⁴⁰

Die Parteitage der SPD lassen die Veränderungen der Position der SPD seit Mitte der 1960er-Jahre erkennen. Noch auf dem Karlsruher Parteitag 1964 zierte die Stirnseite des Saales eine Karte Deutschlands mit den Grenzen von 1937 sowie dem Motto „Erbe und Auftrag!“, flankiert von den Porträts der beiden verstorbenen SPD-Vorsitzenden der Nachkriegszeit, Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer. Auf dem Dortmunder Parteitag 1966 waren jedoch bereits neue Töne zu vernehmen. Willy Brandt betonte, zur Wahrhaftigkeit gehöre zu sagen, wenn es eines Tages zur Friedensregelung komme, so werde diese Opfer verlangen: „Diese Opfer werden in der Welt verstanden werden als internatio-

³⁸ Vgl. dazu Hartmut Soell, Fritz Erler – Eine politische Biographie. 2 Bde., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976, hier: Bd. 1, S. 498 ff.

³⁹ Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976, S. 240 f. Bereits in seiner Parteitagsrede auf dem Parteitag in Dortmund im Juni 1966 nahm Brandt Bezug auf die kirchlichen Initiativen. Siehe Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund, Protokoll der Verhandlungen, Bonn o.J., S. 64.

⁴⁰ Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 241.

nal-rechtlicher Preis für den von Hitler begonnenen und verlorenen Krieg.“ Brandt verwies auf die Haltung auch befreundeter Länder in dieser Frage: „Keiner tut gut daran mehr zu versprechen, als er geben kann.“⁴¹ Ganz ähnlich plädierte in Dortmund auch Helmut Schmidt für mehr Realismus im Hinblick auf die Oder-Neiße-Grenze. Es gebe kein Volk in Europa, das eine Beseitigung der Oder-Neiße-Grenze wünsche – für die meisten sei im Übrigen auch die Wiedervereinigung keine vordringliche Aufgabe: „Wir Deutschen können von keiner deutschen Regierung der Zukunft erwarten, daß sie den von Hitler begonnenen total geführten, total verlorenen Krieg am Konferenztisch [...] ungeschehen machen oder gar nachträglich gewinnen kann.“⁴² Schmidts Einschätzung wurde von Ernst Paul von den sudeten-deutschen Sozialdemokraten in der Parteitagsdebatte kritisiert, ein Hinweis darauf, dass die neue Position in der Partei nicht unumstritten war.⁴³ Die Regierung der Großen Koalition als ganze insistierte jedoch nicht mehr auf den Grenzen von 1937 und zeigte Verständnis für „sichere Grenzen“ Polens.

Auf dem SPD-Bundesparteitag 1968 in Nürnberg bekannte sich Willy Brandt deutlicher als vorher zu der „längst überfälligen Kurskorrektur“ in der Ost- und insbesondere der Polenpolitik, die – wie in manchen Gliederungen der Partei bereits gefordert – eine neue Haltung zur Oder-Neiße-Grenze einschloss. Brandt wies darauf hin, dass inzwischen vierzig Prozent derer, die derzeit in den früheren deutschen Ostgebieten lebten, dort ge-

⁴¹ Brandts Rede über „Die Lage der Nation“, in: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966, S. 59-91, hier: S. 79.

⁴² Rede Helmut Schmidts „Einleitung zur Arbeitsgemeinschaft Deutschlandpolitik unter sich ändernden außenpolitischen Bedingungen“, in: ebd., S. 433-465, insb. S. 443, 459 f. (Zitat). – Zu Schmidts Position vgl. Hartmut Soell, Helmut Schmidt 1918-1969. Vernunft und Leidenschaft, München 2003, S. 516 ff.

⁴³ Ernst Paul MdB, in: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966, S. 529 ff.

boren seien, und niemand könne an eine neue Vertreibung denken: „Das deutsche Volk braucht die Versöhnung mit Polen, ohne zu wissen, wann es seine staatliche Einheit durch einen Friedensvertrag finden wird. [...] Daraus ergibt sich die Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Grenze bis zur friedensvertraglichen Regelung.“⁴⁴ Die Formulierung „Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Grenze“ ging in die Resolution ein, die der Parteitag verabschiedete. Bemerkenswerterweise argumentierte Brandt nicht nur realpolitisch, sondern auch moralisch. Für die „innere Gesundheit unseres Volkes“ sei es nötig, „den Mut zu unangenehmen Wahrheiten zu haben“.

Unübersehbar hatten die kirchlichen Initiativen dazu beigetragen, dass der „Mut zu unangenehmen Wahrheiten“ wuchs. Gerade dieser Anspruch, Illusionen und Lebenslügen aufzugeben, gehörte zu den wesentlichen Motiven für eine neue Politik. Selbstverständlich protestierten der von dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs geführte Bund der Vertriebenen und die CDU/CSU, die eine Erklärung verabschiedete, in der sie der SPD vorwarf, Positionen zu beziehen, die sich von denen der CDU/CSU wesentlich unterschieden. Und auch im Kabinett der Großen Koalition kam der Vorgang zur Sprache; Kiesinger monierte das Wort „Anerkennung“.⁴⁵ Auch wenn die Große Koalition dadurch nicht gefährdet wurde, so entwickelten sich doch die Positionen von SPD und CDU/CSU in dieser Frage deutlich auseinander. Und das lange Zeit gute Verhältnis zwischen SPD und Vertriebenenverbänden erhielt – wie Klaus Schönhoven formuliert hat⁴⁶ – „einen tiefen

⁴⁴ So Willy Brandt in seinem Rechenschaftsbericht, in: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg. Protokoll der Verhandlungen, Bonn o.J., S. 78-113, hier: S. 111.

⁴⁵ Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S. 242 f. Vgl. auch Brandt, *Erinnerungen*, S. 178.

⁴⁶ Klaus Schönhoven, *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Groß-*

Riss, der auch in der Folgezeit nicht mehr gekittet werden konnte“.

Verschiedene Sozialdemokraten bekannten in diesen Jahren, dass sie die Oder-Neiße-Grenze für nicht mehr veränderbar hielten, so Erhard Eppler, der am 27. Oktober 1967 in *DIE ZEIT* schrieb, dass niemand in Europa einen Finger rühren werde, um die Grenze an Oder und Neiße zu verändern.⁴⁷

Deutlich ist, dass die Sozialdemokraten in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre in ihrer Politik gegenüber Polen schrittweise neue Positionen entwickelten. Sicherlich trugen verschiedene Faktoren dazu bei, nicht zuletzt aber die Initiativen aus dem kirchlichen Raum.

6. Der Warschauer Vertrag und die Kirchen

Nach dem Machtantritt der sozial-liberalen Koalition überraschte es die deutsche Öffentlichkeit nicht, dass die neue Regierung im Rahmen der „neuen Ostpolitik“ nach dem Moskauer Vertrag, in dem die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen anerkannt wurden, den Warschauer Vertrag abschloss, der zehn Jahre zuvor gänzlich undenkbar gewesen wäre. In seiner Fernsehansprache aus Warschau anlässlich der Vertragsunterzeichnung griff Bundeskanzler Brandt wesentliche Gedanken auf, die in der Diskussion über die Aussöhnung, etwa durch die EKD-Denkschrift,

en Koalition 1966-1969, Bonn 2004, S. 393 ff., Zitat S. 397. Vgl. auch Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2004.

⁴⁷ Erhard Eppler, Eine Funktion für die Deutschen. Bonn muss sich an Gesamt-europa orientieren, Beitrag für die Wochenzeitung *DIE ZEIT* vom 27. Oktober 1967, wieder abgedruckt in: Erhard Eppler, Reden auf die Politik. Deutschlandpolitische Texte 1952-1990, München 1990, S. 85-95, hier: S. 89.

entwickelt worden waren. Brandt betonte, dass der Vertrag nichts preisgebe, „was nicht längst verspielt worden ist [...], verspielt von einem verbrecherischen Regime, vom Nationalsozialismus“. Nicht vergessen werden dürfe, „daß dem polnischen Volk nach 1939 das Schlimmste zugefügt wurde, was es in seiner Geschichte hat durchmachen müssen. Dieses Unrecht ist nicht ohne Folgen geblieben.“ Brandt fand aber auch für die Heimatvertriebenen Anteil nehmende Worte. Der Vertrag bedeute nicht, „daß wir das Unrecht anerkennen oder Gewalttaten rechtfertigen [...], daß wir Vertreibungen nachträglich legitimieren.“⁴⁸ Brandt plädierte auch hier für Realismus und ein klares Geschichtsbewusstsein, das an Auschwitz nicht vorbei sehe.

Mit dem Warschauer Vertrag kamen in mancher Hinsicht die kirchlichen Initiativen an ihr Ziel. Das Verhalten der Kirchen in der konkreten Auseinandersetzung um die Ostverträge lässt dies freilich kaum erkennen. Bemerkenswerterweise sah der Rat der EKD sich trotz intensiver Diskussion nicht in der Lage, ein klares Votum für die Ratifizierung der Ostverträge im Bundestag abzugeben. In sehr allgemeiner Form forderte er die Politiker auf, „den Weg der Versöhnung mit den östlichen Nachbarn, den die evangelische Kirche seit langem beschritten hat, nach vorn zu gehen“.⁴⁹ Die EKD hatte die Neuorientierung der deutschen Politik gefördert, doch jetzt scheute sie eine eindeutige Stellungnahme. Offensichtlich wollte man nicht in parteipolitische Auseinandersetzungen verwickelt werden.

Noch passiver verhielten sich die Deutsche Bischofskonferenz und die katholische Kirche, für die eine Distanzierung von der

⁴⁸ Fernsehansprache des Bundeskanzlers aus Warschau, abgedruckt in: Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn o.J., S. 21-24.

⁴⁹ Erklärung des Rates der EKD vom 20.3.1972, zitiert nach Greschat, Protestantismus und Evangelische Kirche, S. 581.

CDU/CSU offensichtlich undenkbar war. Allerdings musste die deutsche katholische Kirche nun erleben, dass der Vatikan auf der Basis des Warschauer Vertrages geradezu umgehend eine Neuordnung der Bistumsgrenzen zwischen Deutschland und Polen vornahm, ohne die deutsche katholische Seite zu konsultieren.⁵⁰ Die geschichtliche Entwicklung ging über die Positionen der Union und die offizielle Haltung der katholischen Bischofskonferenz hinweg.

7. Fazit

Das konkrete Verhalten der Kirchen in der Auseinandersetzung um die Ostverträge darf den Tatbestand nicht verdecken, dass die kirchlichen Initiativen ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen vorbereitet hatten, wesentlich zum Wandel des Klimas gegenüber Polen in der Bundesrepublik Deutschland beitrugen und die Auflösung der Dominanz parteikommunistischer Positionen in der Volksrepublik Polen förderten. Auch wirkte der ethisch-moralische Impuls der kirchlichen Initiativen in einer veränderten Politik, insbesondere in der „neuen deutschen Ostpolitik“, nach und legitimierte sie. Die erhebliche moralische Aufladung dieser Politik hatte darin eine ihrer Wurzeln.

⁵⁰ Vgl. Hummel, Der Heilige Stuhl, S. 206 ff.



V.l.n.r.: Bischof (em.) Ignacy Jeż, Bischof (em.) Dr. Josef Homeyer, Dr. Hansjakob Stehle, Prof. Egon Bahr, Dr. Erhard Eppler

Podium I

Wegbereiter der Aussöhnung: Kirchliche Versöhnungsinitiativen und staatliche Verständigung in den 1960er- und 1970er-Jahren

Hansjakob Stehle (Moderation):

Meine Damen und Herren,

die kirchliche Annäherung in jener Zeit wäre eigentlich gar nicht möglich und vor allem nicht aktuell geworden, wenn es nicht auch in der europäischen, insbesondere in der deutschen Politik ein Entspannungselement gegeben hätte. Dazu trug ganz wesentlich das bei, was mein Nachbar auf dem Podium Egon Bahr damals mit in den Begriff eines „Wandels durch Annäherung“ setzte. Das heißt: die Hoffnung und die Möglichkeit, dass sich etwas im Ostblock wandeln würde, wenn man die Politik der



Dr. Hansjakob Stehle

Konfrontation aufgabe, dass durch die Aufnahme von Gesprächen Entspannung möglicher würde. Ich möchte Egon Bahr, als einem, der sich entscheidend für diese Idee einer Entspannungspolitik eingesetzt hat, bitten, uns zu sagen, wie er die damalige Situation erlebt hat.

Egon Bahr:

Verehrte Anwesende, ich bin mit großer Aufmerksamkeit dem ersten Teil unserer Zusammenkunft gefolgt und habe auch das eine oder andere an Feinheiten neu gelernt. Ich kann mich noch erinnern an meine Reaktion auf den Austausch zwischen den Bischöfen. Meine Reaktion war eigentlich fast ein Erschrecken. Deshalb, weil ich in meiner Naivität gedacht habe, Vergebung von polnischer Seite für die, die angefangen haben, mit der Bitte um Vergebung für das, was an Schuld durch die Vertreibung entstanden ist – das ist eigentlich kein gerechtes Gleichgewicht, und die polnische Seite hat hier eigentlich mehr als die deutsche gesagt und getan. Der zweite Punkt war für mich, dass wir uns gewundert haben, dass die Polen so etwas dürfen. Denn die Polen waren doch eingebunden in ein System, das ein solches Ausreißen von der Linie eigentlich nicht erwarten ließ. Wir haben außerdem gesehen, dass in einer gewissen Parallelität dazu der polnische Außenminister Adam Rapacki (1957) den Plan einer atomwaffenfreien Zone für Mitteleuropa vorgelegt und damit eine Anregung gegeben hatte, die auch nicht identisch gewesen war mit der Moskowiter Linie der Außenpolitik.

All das hat Willy Brandt dazu verlasst, mutiger zu sein, als es eigentlich angemessen war. Und die vorhin genannte Formulierung auf dem Nürnberger Parteitag der SPD 1968 – mit diesem Eiertanz zwischen „Anerkennung“ oder „Respektierung“ –, die natürlich von der Bonner Regierung mit einer Zurechtweisung beantwortet wurde, hat mich wiederum daran erinnert, dass die Bischofsworte mutig waren, aber nicht entscheidend gewesen sind für den Mut, den die Politik letztlich haben musste, um daraus etwas Konkretes zu machen. Ich habe natürlich mit größtem Interesse gehört, was im Vortrag von Herrn Faulenbach zu den damaligen Verrenkungen der Sozialdemokraten gesagt wurde. Aber es ist natürlich sehr seltsam, dass die Parteien es an sich haben, die nächsten Wahlen gewinnen zu wollen, und deshalb



Prof. Egon Bahr

natürlich den Zwang zur Anpassung an die jeweilige Mode empfinden und vorsichtiger sind, als sie eigentlich sein wollen. Natürlich kann man im Bezug auf das, was die Sozialdemokraten damals gemacht haben, in schwierigster, langsamer, allmählicher Annäherung an die Realität, rückblickend sagen: „Ihr hättet mutiger sein können!“ Aber bitte nehmen Sie es mir nicht übel: Ich

habe einen ähnlichen, vergleichbaren Mut bei den Kollegen von der CDU/CSU während der ganzen Jahrzehnte nicht erlebt. Wir haben seinerzeit riskiert, wegen unserer Auffassung in der Grenzfrage verteufelt zu werden, und das Wort „Verrat“ hing nicht nur in der Luft, sondern wurde ausgesprochen.

Dabei will ich nicht verhehlen, dass die Frage nach der Respektierung und die praktische Anerkennung der Oder-Neiße-Linie nicht allein durch das Wissen um die Schuld der Deutschen an dem, was Polen passiert ist, motiviert gewesen sind. Mindestens in gleicher Weise motiviert worden sind wir durch die Erkenntnis, dass die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie die Voraussetzung für die deutsche Einheit sein würde. Denn es war nicht damit zu rechnen, dass die vier alliierten Mächte Deutschland jemals in die Freiheit seiner Einheit entlassen würden, ohne sicher sein zu können, dass im Ergebnis der Einheit nicht neue (beziehungsweise alte) territoriale Ansprüche erhoben werden würden.

Bevor ich auf den Warschauer Vertrag von 1970 zu sprechen komme, lassen Sie mich noch vorher auf einen Punkt eingehen, der Herrn Stehle betrifft. Wir haben auf Brandts Veranlassung hin im Frühjahr 1968 – und zwar als erste in Europa – die Polen von dem unterrichtet, was Brandt als Regierungschef vorhatte, und zwar über Herrn Stehle, der in Wien gute Beziehungen zu einem polnischen Diplomaten hatte. Insofern kann man sagen, dass die Polen noch vor den Amerikanern, vor der deutschen Öffentlichkeit und vor den Russen unterrichtet worden sind ...

Hansjakob Stehle:

... und zwar, wenn ich das noch einfügen darf, dadurch unterrichtet worden sind, dass Sie damals nach Wien kamen. Ich wohnte und arbeitete zu diesem Zeitpunkt in Wien, wo Sie sich damals aufgrund unserer Absprache bei mir zu Hause mit einem Diplomaten von der polnischen Botschaft getroffen und ausge-

tauscht haben. Die ganze Begegnung ist in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* 25 Jahre später dokumentiert worden.⁵¹

Egon Bahr:

Aber erst, als wir in Warschau ankamen, im Dezember 1970, haben wir dann erfahren, dass die von mir übermittelte Botschaft gar nicht auf den Tisch dessen gekommen ist, für den sie bestimmt gewesen war. So geht das manchmal mit vorzeitigen Informationen.

Die Begegnung mit der polnischen Führung in Warschau war für Brandt mit einem gewissen Grad von Enttäuschung verbunden. Natürlich wussten wir: Wir haben eigentlich eine Sünde begangen, indem wir abermals mit den Russen über den Kopf der Polen hinweg verhandelt haben. Aber das ging gar nicht anders, was die Polen letztlich wohl auch verstanden, jedenfalls nicht moniert haben. Für Brandt war aber ein gewisses Gefühl der Enttäuschung dadurch entstanden, dass er eigentlich sehr viel mehr wollte. Er wollte den Beziehungen zwischen der alten Bundesrepublik und Polen den gleichen Charakter und die gleiche Qualität geben wie den Beziehungen zu Frankreich. Antwort von polnischer Seite? Null. Brandt wollte ein deutsch-polnisches Jugendwerk ins Leben rufen. Antwort: Null. Das heißt, er ist mit einem Gefühl weggefahren, dass eigentlich mehr hätte erreicht werden können. Offenbar wollte oder durfte die polnische Seite aber nicht mehr. Die Enttäuschung Brandts ist übrigens nicht geringer geworden, als er dann 1989 gehört hat, wie Kohl in Polen gefeiert wurde als derjenige, der einen historischen Neuanfang gemacht habe, ohne dass die Oder-Neiße-Linie auch nur den Bruchteil eines Quadratmillimeters verändert worden wäre – wobei Brandt gar nicht erwähnt wurde.

⁵¹ Hansjakob Stehle, Zufälle auf dem Weg zur neuen Ostpolitik. Aufzeichnungen über ein geheimes Treffen Egon Bahrs mit einem polnischen Diplomaten, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43, 1995, S. 159-171.

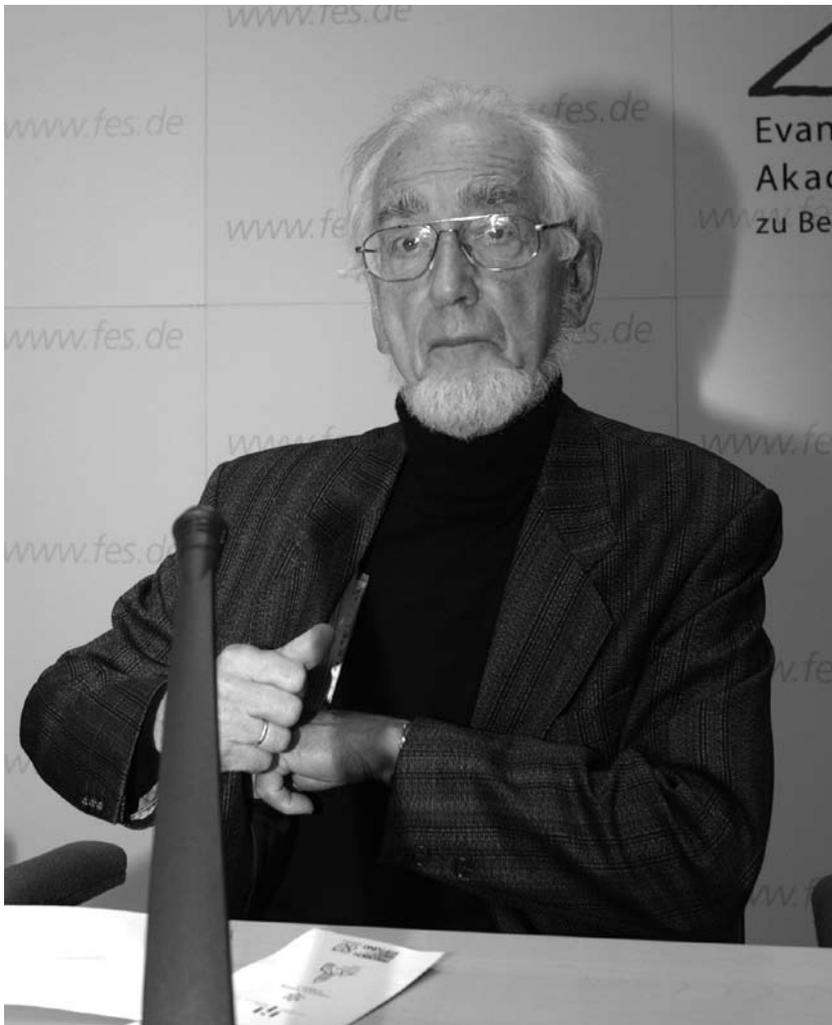
Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Völkern sind schwierig gewesen; sie sind aber auch, wenn man sich das recht ansieht, trotz aller Fortschritte schwierig geblieben. Ich habe vollen Respekt vor der kollektiven Erinnerung in Polen. Doch ich frage mich: Es müsste doch im Grunde klar sein, dass Deutschland heute nicht zu vergleichen ist mit dem „Dritten Reich“ oder dem Reich überhaupt und dass das Russland von heute nicht zu vergleichen ist mit der Sowjetunion. Beide sind im Verhältnis zur Vergangenheit ungleich kleiner und schwächer geworden. Insofern frage ich mich, warum man sich in Polen nicht stärker konzentriert auf die Zukunft, die Polen als Mitglied der Europäischen Union sieht. Denn Polen wird seine Zukunft in Europa und in der Europäischen Union finden und das ist eigentlich eine Sache, auf die man schauen sollte.

Hansjakob Stehle:

Wie betrachten Sie die damalige Situation, Herr Eppler, als ehemaliger Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags und vor allem als ehemaliger Bundesminister?

Erhard Eppler:

Ich wollte zunächst etwas als ehemaliger Kirchentagspräsident sagen, wenn Sie schon die früheren Funktionen ansprechen. Die erste sensationelle Äußerung zu Polen und zur Oder-Neiße-Grenze stammt meines Wissens aus dem Jahr 1954, als Klaus von Bismarck auf dem Leipziger Kirchentag – bitte: 1954 – gesagt hat: „Ich, als jemand, der seine Güter dort hat, muss feststellen, wir haben das verwirkt und wir werden es nie wieder bekommen und wir wollen es auch nicht wieder bekommen.“ Das war innerhalb der evangelischen Kirche der Beginn des Nachdenkens über das Verhältnis zu Polen und über die Oder-Neiße-Grenze. Und hier möchte ich, ausgerechnet als Sozialdemokrat, noch etwas anfügen: Ich würde mich freuen, lieber Bernd Faulenbach, wenn es



Dr. Erhard Eppler

einmal eine Dissertation darüber gäbe, was ein Teil des preußischen Adels – die Thaddens, die Bismarcks, die Dönhoffs – beigetragen hat zur deutsch-polnischen Aussöhnung. Das sind nämlich die Leute, von denen man es am allerwenigsten erwartet hat und die wirklich etwas Erstaunliches geleistet haben. Fragen Sie

mal Rudolf von Thadden, welche Beziehungen er zu den Menschen hat, die jetzt auf seinen Gütern leben. Ich denke, solche Initiativen werden bei uns vielleicht nicht ernst genug genommen.

Meine zweite Bemerkung möchte ich als ehemaliges Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche Deutschlands machen. Ich bin nämlich genau in dem Augenblick in die Kammer berufen worden, als die Denkschrift fertig war. Ich habe sie also nicht mit formuliert, aber mit vertreten und verteidigt in der Öffentlichkeit. Und ich muss hinzufügen: Eine so großartige Gruppe wie die Kammer für öffentliche Verantwortung unter Ludwig Raiser habe ich allenfalls noch in der Grundwertekommission der SPD in den späten 1970er-Jahren erlebt. Das war ein Team von Theologen und politisch engagierten Leuten, die in einer wunderbaren Weise aufeinander gehört haben und die auch bei verschiedenen Meinungen bereit waren, etwas gemeinsam zu tragen. Und was die Kirche angeht, so ist ja das Wunder nicht nur, dass die Kammer, in der natürlich auch Leute mit CDU-Parteibuch saßen, diese Denkschrift gemeinsam formuliert hat, sondern dass der Rat diese Denkschrift auch genehmigt hat, dass der Rat sie als oberstes Gremium der evangelischen Kirche der Öffentlichkeit übergeben hat.

Schließlich möchte ich noch etwas sagen als Sozialdemokrat. Ich bin nämlich *genau* im fraglichen Jahr 1965 in den Auswärtigen Ausschuss gekommen und war also Mitglied des Arbeitskreises I – Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, als die Denkschrift Ende des Jahres kam. Ich entsinne mich noch sehr gut der Sitzungen, die wir dann hatten, unter Leitung des Berliner Abgeordneten Kurt Mattick und unter massivem Einwirken von Herbert Wehner. In der ersten Sitzung gab es nur zwei Abgeordnete der Sozialdemokratie, die etwas Gutes an der EKD-Denkschrift fanden. Der eine hieß Peter Nellen – der einzige Abgeordnete im Laufe der letzten 50 Jahre, der von der CDU zur SPD übergetreten ist, katholischer Theologe und im Übrigen vielleicht der charmanteste

und liebenswürdigste Abgeordnete, den der Bundestag jemals gehabt hat. Und der andere war ich. Aber ich war damals ein *Greenhorn*. Ich war noch keine 40. Ich war neu in diesen Arbeitskreis gekommen, und wir zwei haben gegen eine Mauer angeredet von Leuten, die sagten: „Das kommt überhaupt nicht in Frage.“ – „Was geht das die an!“ – „Und im Übrigen steht das jetzt nicht zur Debatte!“ Peter Nellen und ich haben es dann schließlich so weit gebracht, dass wir den Auftrag bekamen, eine Stellungnahme zur Denkschrift zu formulieren, und da stand dann nicht drin: Wir sind *für* die Denkschrift. Das hätten wir nie gewagt. Es stand vielmehr nur drin, dass an der Schrift doch einiges ganz interessant sei und dass man darüber noch weiter diskutieren müsse.

Hansjakob Stehle:

Herr Eppler, Sie sprachen von einem Wunder, und in diesem Zusammenhang möchte ich mich jetzt doch an die für Wunder eher Zuständigen wenden und Herrn Bischof Homeyer als ehemaligen Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz und heutiges Mitglied der Kontaktgruppe der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz fragen, wie er den polnischen Bischofsbrief von 1965 aufgenommen hat.

Josef Homeyer:

Ich wurde erst 1972 Sekretär der Bischofskonferenz, habe den Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen allerdings schon ein wenig aus der Ferne mitbekommen. Für uns war damals, für mich persönlich auch, völlig überraschend, was eben schon Herr Bahr angesprochen hat: Dass es die *polnischen Bischöfe* gewesen sind, die den Mut hatten, die Initiative zu ergreifen.

Hansjakob Stehle:

Ich glaube, mit dieser Einschätzung sind Sie gar nicht so sehr

falsch gelegen. Denn den wirklichen Mut dazu hatte tatsächlich nur Boleslaw Kominek, der damalige „Apostolische Administrator“ von Wrocław [Breslau], der die eigentliche Idee dazu hatte. Ich selbst war mit ihm befreundet, und wir haben manches miteinander besprochen. Kominek hatte große Schwierigkeiten, Zustimmung beim Kardinalprimas Wyszyński in Warschau zu finden, der sich eigentlich – so würde ich es heute sehen – erst wirklich bereit dazu fand mitzumachen, als er sah, dass der Bischofsbrief zugleich einen Schlag gegen die Kommunisten darstellen und ihm bei seiner Auseinandersetzung mit dem Regime nützen könnte – ein Argument, das bei Kominek selbst fast keine Rolle spielte.



Bischof (em.) Dr. Josef Homeyer

Josef Homeyer:

Ja, dann will ich damit zusammenhängend, Herr Stehle, auf eine für mich im Laufe der Zeit immer wichtiger gewordene Erinnerung zurückkommen, die vielleicht ein klein wenig den unterschiedlichen Ansatz der Ostdenkschrift der EKD und des Briefwechsels der katholischen Bischöfe deutlich machen mag.

Nach meiner Erinnerung – ich hatte intensive Gespräche, nicht nur mit Kardinal Döpfner, sondern auch

mit dem späteren Kardinal Kominek und dem polnischen Primas Wyszyński sowie vielen polnischen Bischöfen – gab es von Anfang an zwischen dem Primas und Kardinal Döpfner zwei unterschiedliche Ansätze. Primas Wyszyński ging es wesentlich darum, die Position der katholischen Kirche in Polen zu stärken. Ihm ging es auch darum, den Vertriebenen aus Ostpolen, die jetzt in Schlesien lebten, eine größere Sicherheit zu geben, aber es war ihm besonders wichtig, der kommunistischen Partei und Regierung die Stärke der katholischen Kirche zu demonstrieren. Er wollte die Kirche in Position bringen, sie stark machen, in Polen, aber auch gegenüber der Sowjetunion. Dies war ihm ein entscheidendes Anliegen, während Kardinal Döpfner von seiner ganzen Anlage her und auch weil er sich intensiv mit der deutsch-polnischen Geschichte befasst hatte, darauf aus war, das geschichtlich belastete und ungemein lädierte Verhältnis zwischen Polen und Deutschen endlich aufzuarbeiten. Ihm ging es in der Tat um Versöhnung. Das war immer wieder sein Wort: Uns ist als Christen, die von Gott in Jesus Christus versöhnt wurden, diese Versöhnung aufgetragen. Das ist unser Anliegen, eine gründliche Aufarbeitung der Geschichte.

Dabei waren ihm die Klischeevorstellungen, die es in Polen und Deutschland übereinander gab, unerhört wichtig. Die Belastungen aufgrund der drei polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert, die im 19. Jahrhundert entstandenen gegenseitigen Verdächtigungen, die ganzen historischen Lasten waren ja 1965 noch präsent. Ich denke da an ein Wort, das Döpfner immer wieder zitierte – ich kann es fast auswendig. Wie konnte, so Döpfner, ein Ernst Moritz Arndt 1848 in einem Artikel schreiben – jetzt kommt das Zitat, das ich kaum auszusprechen wage –: „Ich behaupte eben mit der richtenden Weltgeschichte vorweg, die Polen und überhaupt der ganze slawische Stamm sind geringhaltiger als die Deutschen ...“. Dieses Wort, das Geschichte gemacht und verheerende Auswirkungen gehabt hat, hat Döpfner massiv belastet. Ihm ging es nicht nur um die Grenzfrage, sondern darum, unsere

gemeinsame Geschichte aufzuarbeiten und neu aufzubauen. Dies einander zu vermitteln, war jedoch nicht ganz einfach.

Wenn ich ein letztes Wort dazu sagen darf: Meines Erachtens lässt sich der entscheidende Schnittpunkt zwischen polnischem und deutschem Episkopat – Sie, Herr Stehle, haben das in einem Ihrer Aufsätze auch gut dargestellt⁵² – fünf Jahre nach dem eigentlichen Briefwechsel finden, 1970, als es zu dem berühmten Gespräch zwischen Primas Wyszyński und Döpfner in Rom kam. In diesem Gespräch (das in einer anschließenden Korrespondenz seine Fortsetzung fand) ist beiden der unterschiedliche Ansatz, zugleich aber eine gemeinsame Überzeugung bewusst geworden: Es geht hier nicht nur um die Oder-Neiße-Grenze. Es geht um eine langfristige Aufarbeitung unserer Geschichte. Und als Ergebnis dieses Gespräches 1970 – von dem mir Döpfner später eine ganze Nacht lang erzählt hat – hat man sich umarmt und erklärt, wir sehen unsere Sendung darin, Versöhnung zwischen unseren Völkern zu stiften. Dabei heißt Versöhnung nicht nur „Schwamm drüber“, sondern Versöhnung heißt: völlig neu anfangen. Wir müssen eine andere Beziehung aufbauen zwischen unseren Völkern und gemeinsam an einem Europa bauen. Das war eigentlich der entscheidende Schritt.

Hansjakob Stehle:

Herr Bischof Jež, wie haben Sie das erlebt? Wie sahen Sie die Begegnung zwischen den deutschen und polnischen Bischöfen damals und wie sehen Sie das heute?

⁵² Hansjakob Stehle, Der Briefwechsel der Kardinäle Wyszyński und Döpfner im deutsch-polnischen Dialog von 1970-1971, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21, 1983, S. 536-553; ders., Seit 1960: Der mühsame katholische Dialog über die Grenze, in: Werner Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984, S. 155-178.

Ignacy Jeż:

Ich war damals ein sehr junger Bischof, zwei Jahre erst im Amt. Ich war 1960 geweiht worden und kam 1962 in die erste Session des Zweiten Vatikanischen Konzils in Rom. Und da muss ich sagen: Das ist alles wahr, was Herr Bahr gesagt hat, was Herr Eppler und Bischof Homeyer gesagt haben, aber ich muss hinzufügen, dass bei der Annäherung zwischen den deutschen und polnischen Bischöfen auch das Klima eine sehr große Rolle gespielt hat, die Atmosphäre auf dem Konzil. Ich war drei Jahre im Konzentrationslager Dachau inhaftiert gewesen, kam in der Stimmung des Häftlings nach Polen zurück, dann kam die Propaganda der Kommunisten gegen die Deutschen auf. Wir waren 20 Jahre unter dem Einfluss dieser Propaganda, die sagte, dass man mit den Deutschen nicht sprechen kann. Das sind unsere Feinde, sprechen kann man höchstens mit den Deutschen aus dem Osten, aus der DDR. Als junge Leute haben wir da immer zugehört, 20 Jahre lang, und auf einmal kamen wir das erste Mal ins Ausland. Bis auf wenige Ausnahmen hatten die Bischöfe nicht ins Ausland reisen können. Wir durften nicht hinaus, wir hatten keine Pässe. Doch auf einmal, zum Konzil, konnten wir weg. Und auf einmal erleben wir eine Atmosphäre, die ganz anders ist. Auf einmal kann man mit den deutschen Bischöfen sprechen, und man kann mit ihnen sprechen wie mit Brüdern. Sie sagen zu uns Brüder, wir sagen zu ihnen Brüder. Also: das Klima, diese Atmosphäre, die herrschte, auch in der zweiten, dritten, vierten Session des Konzils, das hat diesen Brief eigentlich sehr bestimmt. Die politischen Fragen und Überlegungen waren selbstverständlich wichtig. Aber dass die Bischöfe es überhaupt gewagt haben, solche Worte zu schreiben, hat mit der Atmosphäre auf dem Konzil zu tun.

Hansjakob Stehle:

Waren Sie in Rom dabei, als an dem Text des polnischen Bischofsbriefes gearbeitet wurde?



Bischof (em.) Ignacy Jeż

Ignacy Jeż:

In der vierten Session des Konzils, als der Brief verfasst wurde, konnte ich nicht in Rom sein. Aber ich war in der ersten Session dort. Und nachher haben wir in den Bischofskonferenzen darüber sehr viel gesprochen. Und ich wusste von der Vorbereitung des Briefes durch Erzbischof Kominek, dem ich sehr nahe stand.

Doch wollte ich nur hinzufügen, zu den Worten von der politischen Seite, dass nicht allein die Politik den Anstoß gegeben hat, sondern vor allem das Klima und die Atmosphäre der Brüderlichkeit, die wir auf dem Konzil fanden. Deshalb war es für uns auch so eine Überraschung, als die Kommunisten wenig später eine heftige Attacke gegen die katholische Kirche entwickelten, nach der vierten Session des Konzils, als der Text des polnischen Bischofbriefes verbreitet wurde.

Die Worte von der Vergebung im Brief der polnischen Bischöfe waren für sehr viele Polen wichtig. Wir müssen uns vergeben. Aber dass wir *selbst* um Vergebung bitten, das war für viele Polen nicht zu verstehen: Wofür sollen wir um Vergebung bitten?

Die Einzelheiten der Vertreibung sind oft nicht so gut bekannt. Ich war einmal bei Bischof Homeyer, als er zu mir sagte: Weißt du, ich schreibe einen Brief an meine Vertriebenen. Gut, ich habe das zu lesen bekommen, und am nächsten Tag zu ihm gesagt: Weißt du, ich dachte, ich könne den Brief übersetzen und meinen Vertriebenen in polnischer Sprache vortragen. Aber den Text



Bischof (em.) Ignacy Jeż und Bischof (em.) Dr. Josef Homeyer

kann ich nicht übersetzen, wie du ihn geschrieben hast. Denn wenn man an die Vertriebenen denkt, kann man nicht nur an die

deutschen Vertriebenen denken, sondern muss auch an unsere denken, die von den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten in die westpolnischen Gebiete vertrieben wurden. Die kamen doch auch nicht freiwillig. Ich kenne das aus meiner Diözese sehr gut; in Koszalin-Kołobrzeg [Köslin-Kolberg], aber auch in Stettin [Szczecin] und Landsberg an der Warthe [Gorzów Wielkopolski] wohnen viele Leute, die nach dem Krieg aus dem Osten kamen. Das Vertriebenen-Problem muss man also immer viel breiter verstehen, als das hier in Deutschland manchmal getan wird.

Auch deshalb, glaube ich, wegen der Vertreibungen gegen Polen, wurden die polnischen Menschen durch die Worte „Wir bitten um Vergebung“ enttäuscht. Das war für die kommunistische Propaganda ein wichtiges Material in ihrer Kampagne gegen die katholische Kirche.

Hansjakob Stehle:

Es ist ja damals, im Winter 1965, ein starker Konflikt ausgebrochen zwischen dem polnischen Staat und der katholischen Kirche

...

Ignacy Jeż:

Es hat sich dabei aber auch gezeigt, wie schwach die kommunistische Propaganda letztlich war. Am 3. Mai 1966, bei der Feier des 1000-jährigen Jubiläums der Christianisierung Polens in Tschenschostochau, hat Primas Wyszyński die Formulierung des polnischen Bischofsbriefes mehrmals wiederholt, „Wir vergeben“, und die anwesenden Gläubigen haben das auch wiederholt. Nach diesen Feiern waren die Leute in Polen schon überzeugt: „Ja, die Versöhnungsbotschaft der Bischöfe ist doch gut gemacht!“

Hansjakob Stehle:

Haben Sie auch etwas von den Meinungsverschiedenheiten zwischen Wyszyński und Kominek bemerkt?

Ignacy Jeż:

Das waren Einzelheiten, im Grundsatz waren sie sich einig.

Hansjakob Stehle:

Im Grundsatz schon, aber Kominek war entsetzt, dass es einen Konflikt mit dem polnischen Staat gab, während Wyszyński, ich würde sagen, halb froh darüber war, dass es wieder einen Anlass gab, um den Kommunisten zu zeigen, wer eigentlich in Polen das Sagen hat.

Ignacy Jeż:

Das ist auch wahr.

Hansjakob Stehle:

Wenn ich mich noch einmal an Egon Bahr wenden darf: Welche Rolle haben die Vorgänge in den Kirchen aus westdeutscher Sicht, aus Sicht der Politik gespielt?

Egon Bahr:

Wir haben ja jetzt gehört, wie viele unterschiedliche Methoden und Motive es bei den Beteiligten gab. Ungeachtet dessen haben wir Sozialdemokraten jedoch eins 1965 begriffen: Es gibt eine moralische Autorität der Kirchen. Und wenn diese moralische Autorität im Stande ist zu einem solchen Briefwechsel, dann war das für uns eine Befreiung, mutiger sein zu dürfen. Denn wenn die Kirchen von „Versöhnung“ sprechen, dann kann es doch nicht so schlimm sein, wenn wir von „Entspannung“ reden. Ja, es hat uns befreit, mutiger zu werden.

Hansjakob Stehle:

Herr Eppler, haben Sie das auch so erlebt?

Erhard Eppler:

Es hat einige Zeit gedauert, bis die kirchliche Versöhnungsbotschaft in den politischen Raum eingedrungen ist. Es hat diese ganze kontroverse Diskussion in der Öffentlichkeit und in den Medien gebraucht, bis das dann wirklich ankam. Auch im Arbeitskreis I der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Im Übrigen muss ich sagen: Der Streit etwa über die Oder-Neiße-Grenze, der ging unterhalb der Oberfläche weiter. Als ich 1968 – ich war damals außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion – auf den Nürnberger Parteitag kam, steckte mir Willy Brandt ein Papier zu und sagte: „Du, das ist der Entwurf für unsere außenpolitische EntschlieÙung auf diesem Parteitag. Guck dir das mal an und sag mir, was du davon hältst.“ Das habe ich natürlich getan, bin anschließend wieder zu Willy Brandt gegangen und habe gesagt: „Du, das ist eine Büroarbeit. Die kann man nicht verbessern. Die kann man nur ersetzen.“ Da fragte er: „Wärst du bereit, das zu tun?“ – „Ja, ich setze mich heute Nacht hin.“ – „Dann setz’ dich einmal hin, und wenn du fertig bist, zeige es dem Egon.“ Das heißt, er wollte, ehe ich es ihm wiedergebe, noch das Plazet von Egon Bahr haben. So habe ich mich die Nacht über hingesetzt und einen ganz neuen Entwurf geschrieben, in dem über die Oder-NeiÙe-Grenze stand, dass wir sie respektieren und anerkennen, und zwar nicht als deutsche Ostgrenze, sondern als die Westgrenze Polens. (Es ging damals ja offiziell um die Westgrenze Polens, nicht um die Ostgrenze, da wir ja keine Ostgrenze mit Polen hatten.) Egon hat noch ein paar Änderungen an dem Text verlangt, aber in *dem* Punkt nicht. Dann ging der Entwurf in den Parteivorstand, wo er akzeptiert wurde, und von dort aus wieder, wie das bei Sozialdemokraten eben Sitte ist, in die Antragskommission, deren Vorsitzender seit Jahrzehnten Herbert Wehner war. Und der hat das dann noch einmal entschärft. Aus der Antragskommission kam der Text mit der Formulierung heraus, dass wir „die polnische Westgrenze respek-

tieren und anerkennen, bis die deutschen Grenzen in einer friedensvertraglichen Regelung, *die von allen Beteiligten als gerecht und dauerhaft empfunden werden kann*, endgültig festgelegt werden“.⁵³ Diese Formulierung hat dann aber dazu geführt, dass wir Sozialdemokraten für unsere Entschließung von allen Seiten Zunder bekamen. Von der Union wurden wir dafür kritisiert, dass wir so weit gegangen waren, und von denen, die weiter gehen wollten, wurde uns vorgeworfen, das sei ja nun „Wischiwaschi“. Insgesamt wurde durch die Diskussion auf dem Nürnberger Parteitag aber die Brandtsche Linie in der Grenzfrage gestärkt, und darauf konnte er dann mit seiner Polenpolitik aufbauen.

Hansjakob Stehle:

In welcher Atmosphäre die Diskussionen um die Oder-Neiße-Grenze und die Aussöhnung mit Polen stattfanden, kann man auch an einer Anekdote ermessen, die ich kurz einfügen möchte. Ich habe 1963 als Journalist eine Fernsehdokumentation über die Oder-Neiße-Gebiete gedreht. Der Film hieß „Deutschlands Osten, Polens Westen?“, und die Einschaltquote war ungeheuer hoch. Ungeheuer waren aber auch die Reaktionen auf den Film – wie ich mit einem Zitat verdeutlichen möchte. Der Bund der Vertriebenen hat damals in seinem Pressebulletin einen Kommentar zu diesem Film gemacht, der mit folgendem Satz begann: „Stehle, das ist der neue kategorische Imperativ, zugerufen vom deutschen Fernsehen den Polen.“ Das war also die Atmosphäre, in der damals diese Diskussionen geführt wurden. Umso bedeutender war natürlich, dass damals – nicht zuletzt durch die Initiativen von Willy Brandt – der Dialog in Gang kam.

Dieser Dialog wäre allerdings, das muss man auch sagen, nicht in Gang gekommen, wenn nicht zugleich in Polen eine innenpolitische Entspannung eingesetzt hätte und der Kommunis-

⁵³ Den im Zitat kursiv gesetzten Nebensatz hatte Herbert Wehner über die Antragskommission einfügen lassen (Auskunft von Erhard Eppler).

mus in eine Krankheit gefallen wäre, von der er sich letzten Endes nie mehr erholt hat.

Josef Homeyer:

Ich glaube schon, dass es Auswirkungen von politischer Seite gegeben hat. Ich denke aber, es ist nicht richtig, die Initiativen der Kirchenleitungen davon isoliert zu sehen. Und man muss zusätzlich sehen, dass dem Briefwechsel ein mehr als zehnjähriges Bemühen verschiedenster Kreise um Kontakte vorausging. Es ist ja keineswegs so, dass es erst 1965 begonnen hätte. Es hat zum Beispiel schon 1954 begonnen, zwischen dem Berliner Bischof Weskamm und den damaligen Kapitelsvikaren von Breslau und Kattowitz [Katowice] Lagosz und Piskosz, die er eingeladen hatte, um mit ihnen über ganz konkrete Notfälle wie das Verschwinden von über 1.500 Ordensleuten nach der Aufhebung ihrer Klöster in Schlesien zu sprechen. So hat es eine ganze Reihe Kontakte gegeben in den ersten Jahren nach dem Krieg. Es hat vor allem Kontakte gegeben seitens verschiedener Laieninitiativen – Pax Christi oder das Zentralkomitee der deutschen Katholiken sind hier an erster Stelle zu nennen. Man muss aber auch Journalisten nennen, die katholischen deutschen Verbände. So hat zum Beispiel 1957 in Wien ein Treffen katholischer Publizisten stattgefunden, auf dem Stanisław Stomma zu einem Besuch in der Bundesrepublik eingeladen wurde. Er kam dann 1958 nach Bonn und hat dort eine Fülle von Gesprächen geführt und Kontakte mit der Regierung geknüpft. Es sind sowohl 1956 beim Kölner Katholikentag als auch 1958 beim Berliner Katholikentag jeweils polnische Bischöfe eingeladen worden (ohne dass sie allerdings eine Ausreisegenehmigung bekamen).

Es hat also vorher schon eine ganze Reihe von kirchlichen Bemühungen gegeben. Durch den Briefwechsel erhielten solche Bemühungen wiederum eine enorme Bestätigung, Motivation. Er wurde publiziert und hat eine breite Bewegung auf den ver-

schiedensten Ebenen hervorgerufen, von den Gemeinden bis hin zu den Universitäten. Es ist von dorthier auch viel entstanden in Richtung Zivilgesellschaft.

Hansjakob Stehle:

Ich glaube, Sie haben hier einen ganz wichtigen Namen genannt, den von Stanisław Stomma, der erst vor kurzem im Alter von fast 100 Jahren gestorben ist. Er war ein wirklicher Vorkämpfer, nicht nur für die innerkirchliche Entspannung und für die Entspannung gegenüber dem Regime, sondern auch für das deutsch-polnische Verhältnis insgesamt. Das war eben auch eine Besonderheit Polens: In Polen hat der Kommunismus selbst in der Stalinzeit nie so perfekt funktioniert, dort war das kommunistische Regime ideologisch nie so präsent wie in anderen Ländern. So konnten Stomma und die katholische Gruppe von ZNAK – auf Deutsch „das Zeichen“ – immer wieder Zeichen setzen für einen christlich motivierten Versöhnungsprozess und Initiativen entwickeln, um auch in der Beziehung zu den Deutschen und zum Westen einen Wandel herbeizuführen.

Josef Homeyer:

Wenn ich das nur noch zu Ende sagen darf, Herr Stehle: Ich glaube, dass die Bemühungen auf den verschiedenen kirchlichen Ebenen sicherlich nicht die Politik ersetzt haben. Aber ich würde Herrn Bahr widersprechen, wenn er gesagt hat, den eigentlichen Durchbruch hat die Politik gebracht. Da bin ich nicht sicher. Die Politik hat ihren Teil getan, aber die Initiativen der Kirchen haben Politik möglich gemacht.

Hansjakob Stehle:

Sie haben Recht. Ich meine nur, die Politik hat gewisse Öffnungen herbeigeführt, welche die Aktivitäten der Kirchen erst ermöglicht haben.

Josef Homeyer:

Was ich noch gerne hinzufügen möchte, ist dies: So sehr ich glaube, dass die Initiativen der Kirchen im Nachkriegseuropa entscheidend gewirkt haben, so sehr glaube ich, dass deren Auftrag noch nicht erfüllt ist. Ich glaube, zwischen unseren beiden Völkern ist noch einiges aufzuarbeiten. Es gibt noch tief sitzende Vorurteile, die heraus müssen. Worum es mir geht, ist aber auch Folgendes. Ich werde, wenn ich auf dem Balkan bin, häufiger gefragt: Wie konnte das eigentlich zwischen Frankreich und Deutschland und zwischen Polen und Deutschland besser werden? Erzählen Sie doch mal von dem Briefwechsel damals. Ich glaube, was zwischen Polen und Deutschland geschehen ist, stellt schon ein Paradigma dar. Hier ist etwas geschehen, das aus der Geschichte nicht mehr wegzudenken, andererseits aber noch nicht zu Ende geführt ist. Ich glaube, in diesem Europa ist noch furchtbar viel zu versöhnen. Wir haben noch auf dem Balkan tausend Jahre Geschichte aufzuarbeiten. Ich will damit sagen, dass das, was in Polen so erfreulich begonnen hat, sich in anderen Ländern fortsetzen muss.

Erhard Eppler:

Ich möchte an dieser Stelle einsetzen und gewissermaßen eine Bitte an die katholischen Bischöfe formulieren. Ich war letzte Woche in Breslau, wo ich dieses Jahr am Willy-Brandt-Zentrum der Universität den Willy-Brandt-Vortrag gehalten⁵⁴ und anschließend eine längere Diskussion vor allem mit jüngeren Polen geführt habe. Da war mein Eindruck: Gerade bei den jüngeren Polen gibt es schon ein gewisses Maß an Vertrauen im Bezug auf das Deutschland, mit dem man heute in der EU ist. Aber es gibt zugleich einen ganz starken Affekt, sowie ein deutscher Kanzler mit einem russischen

⁵⁴ Erhard Eppler, *Welches Europa wollen wir? Willy-Brandt-Vorlesung 2005*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Warschau, Warschau 2005.

Präsidenten per Du ist. Das hängt natürlich mit den Erinnerungen aus dem 18., 19. und ganz besonders dem 20. Jahrhundert zusammen. Trotzdem fand ich diese Reaktion angesichts der Realitäten von heute nicht völlig berechtigt. Und was ich vor allem in der Diskussion nicht vermitteln konnte, war, dass – ich sage es jetzt so, dass man mir von deutscher Seite wieder Vorwürfe machen kann – wir nicht nur den Polen gegenüber ein „schlechtes Gewissen“ haben, sondern auch den Russen gegenüber. Ich habe es immer für schrecklich gehalten, wenn die Deutschen, etwa im Kalten Krieg, vom hohen moralischen Ross aus auf die Russen eingeredet haben, obgleich sie mehr als 20 Millionen russische Menschen auf dem Gewissen haben. Kann man nicht vielleicht auch einmal über geistliche Kontakte vermitteln, dass wir Deutschen auch mit Russland etwas aufzuarbeiten haben? Und dass wir, wenn wir mit Russland einen guten Kontakt aufzubauen versuchen, das ganz sicher nicht tun, um die nächste polnische Teilung vorzubereiten, sondern um dieses gesamte Europa einschließlich Polens in ein gedeihliches Verhältnis zu diesem riesigen Russland zu bringen. Mein Eindruck aus Breslau war der, dass das schwierigste Thema mit Polen derzeit unser Verhältnis zu Russland ist. Und auch da glaube ich, dass die Politik nicht alles machen kann, sondern dass die Kirchen hilfreich sein könnten.

Egon Bahr:

Das Wichtigste, was ich sagen wollte, hat Erhard Eppler eben gesagt. Ich wollte aber trotzdem – ganz ungern – versuchen, einem Bischof zu widersprechen. Denn ich habe, wenn ich recht erinnere, gesagt: Die Kirchen und ihr Briefwechsel haben uns befreit. Das heißt, sie haben uns die Grundlagen gegeben, mutiger zu sein, weil wir nicht mehr angegriffen wurden. Ich wäre dankbar, wenn respektiert würde, dass die Politik es schwieriger hat als die Kirchen, weil die Parteien gewählt werden müssen, was man von den Kirchen so nicht sagen kann.

Nun noch einmal zu dem, was Erhard Eppler gerade gesagt hat. Wir müssten doch eigentlich anfangen, uns klarzumachen, dass Europa auf Dauer Stabilität nicht erreichen kann, wenn Russland nicht an Europa gebunden wird. Wenn man dies in Polen anerkennen würde – und die Kirchen können vielleicht dazu beitragen, das zu fördern –, dann sähe die Lage für Polen doch ganz anders aus. Dann ist Polen in der Mitte, wenn man so will, mit den ganzen Konsequenzen und ganzen Fähigkeiten und Möglichkeiten, die diese Lage bietet. Wir haben doch gesehen, zu welchen interessanten politischen Aktionen Polen fähig ist, weil es die Ukraine und Weißrussland und Moldawien besser kennt als alle Staaten, die westlich von Polen sind. Da, glaube ich, ist vielleicht auch für die Kirche etwas zu tun.

Hansjakob Stehle:

Glauben Sie aus kirchlicher Sicht, dass da ein Beitrag zu leisten ist?

Ignacy Jeż:

Wenn man in den Westen fährt von unserer Seite aus, dann sieht man, wie weit sie dort alles intellektuell betrachten. Wenn man sich dagegen dem Osten zuwendet, dann sprechen dort mehr die Emotionen, nicht der Intellekt, bloß die Emotionen. Das sehe ich auch, wenn man von Polen und Russland spricht, von Polen und Deutschland oder von Deutschland und Russland. Da spielen die Emotionen immer eine sehr große Rolle. Das ist Ergebnis der Geschichte, einer Geschichte, die uns auch heute noch sagt: Wenn Deutschland mit Russland zusammengeht, das ist für uns immer schlecht. Das kann man den Leuten nicht intellektuell vermitteln. Die haben Angst. Angst ist ein Gefühl und intellektuell nicht zu erledigen. Weshalb meiner Meinung nach die individuellen Kontakte eine sehr große Rolle spielen, der Kontakt von Mensch zu Mensch. Nicht so sehr die großen internationalen Verträge, vor allem die Leute, die zu-

sammenkommen, um sich gegenseitig zu überzeugen. So wie heute ein polnischer Bischof mit Bischof Homeyer als Brüder zusammenkommen kann. Das ist wichtig. So wie ich heute hier bin, so kommen junge polnische Kleriker mit deutschen Klerikern zusammen. Das sind die wichtigen Dinge, dadurch überwindet man langsam mit der Zeit die negativen Emotionen.

Josef Homeyer:

Ich würde gerne doch noch auf die Anmerkungen der Herren Eppler und Bahr eingehen. Was passiert denn eigentlich im östlichen Teil oder im mittelöstlichen Teil unseres Kontinents Europa? Ich glaube, dass wir im Westen dieses Kontinents nicht genügend wahrnehmen, welch enormes Potenzial bevölkerungsmäßig, ökonomisch, aber vor allem emotional-menschlich sich in den neuen EU-Mitgliedsländern befindet. Wenn ich in diesen Ländern zu tun habe, bin ich immer wieder überrascht über die enorme Zukunftsorientierung dort, diese Zukunftsbejahung, diesen enormen Optimismus. Die Arroganz, die bei uns ja so typisch ist, kennt man dort nicht. Ganz im Gegenteil. Ich habe den Eindruck, dass wir das Potenzial, was dort zur Europäischen Union gestoßen ist, in seiner Tiefe und Weite nicht genügend wahrnehmen. Ich glaube, wir unterschätzen, was dort an europäischem Geist und Kooperationswillen vorhanden ist.

Wir unterschätzen auch, dass sich möglicherweise das Zentrum der Europäischen Union auf diese Länder verlagert. Diese Länder sehen selbst ihre Aufgabe für die Zukunft darin, ihr Verhältnis zum großen Nachbarn, vor dem sie nach wie vor zittern, neu zu ordnen. Und das bringt uns, denke ich, in eine neue Pflicht. Wir im Westen – da wird auch die evangelische Kirche nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen –, wir müssen unser Verhältnis zur Orthodoxie überdenken. Wir übersehen weithin, dass es in der Orthodoxie und in den von der Orthodoxie geprägten Gesellschaften eine abgrundtiefe Angst vor dem Westen und eine Enttäuschung über die Ge-

schichte gibt. Das fängt 1204 an, um nur eine Zahl zu nennen, die ich sehr ungern nenne. Sie verweist auf den vierten Kreuzzug, der dem Papst vollständig entglitten war, der gar nicht nach Jerusalem, sondern nach Konstantinopel gezogen ist und dort wie die Vandalen gehaust hat, mit Zigtausenden von Toten. Dies hat sich in den Mythos der Orthodoxie eingegraben.

Meines Erachtens ist das enorme Potenzial in der Orthodoxie und in den von der Orthodoxie geprägten Ländern gewaltig, es gehört zu Europa und zur Identität dieses Kontinents. Wir müssen uns unserer Geschichte und unserer Schuld denen gegenüber erinnern. Wir müssen den Versöhnungsprozess, den wir in zwei Ländern so erfreulich haben durchführen können, in größerem Maße – seitens beider Kirchen – mit der Orthodoxie entwickeln. Das wird nicht ganz einfach sein, aber da sehe ich einen ganz entscheidenden Auftrag für die nächsten Jahre.

Hansjakob Stehle:

Herr Eppler, wie schätzen Sie die Rolle der Kirchen, nicht nur der katholischen, sondern auch der orthodoxen Kirche, für den europäischen Prozess ein?

Erhard Eppler:

Ich möchte an Richard Löwenthal erinnern. Richard Löwenthal hat in der Grundwertekommission, wo er mein Stellvertreter war, immer darauf abgehoben, dass die Unterschiede zwischen Westkirche und Ostkirchen, die aus dem 11. Jahrhundert stammen, fast unüberwindliche Trennungslinien darstellten. Ich habe ihm nie ganz geglaubt, denn immerhin ist Griechenland Mitglied der EU und ein sehr braves Mitglied der EU. Doch geht andererseits die Feindschaft zwischen Kroaten und Serben auch auf diese Spaltungen zurück.

Ich glaube, dass beide großen Kirchen, die katholische wie auch die evangelische Kirche, in den nächsten Jahrzehnten an diesem

Verhältnis sehr arbeiten müssen, weil es sonst nicht gelingen wird, ein gedeihliches Verhältnis zwischen dem „orthodoxen Raum“ und dem „römischen Raum“ (wobei ich die Protestanten dann zum „römischen Raum“ hinzuzähle) herzustellen.

Hansjakob Stehle:

Ich möchte jetzt Herrn Professor Böckenförde bitten, ans Podium zu kommen und noch etwas über die Rolle des Bensberger Kreises im Kontext der kirchlichen Versöhnungsinitiativen und der deutsch-polnischen Verständigung zu sagen.

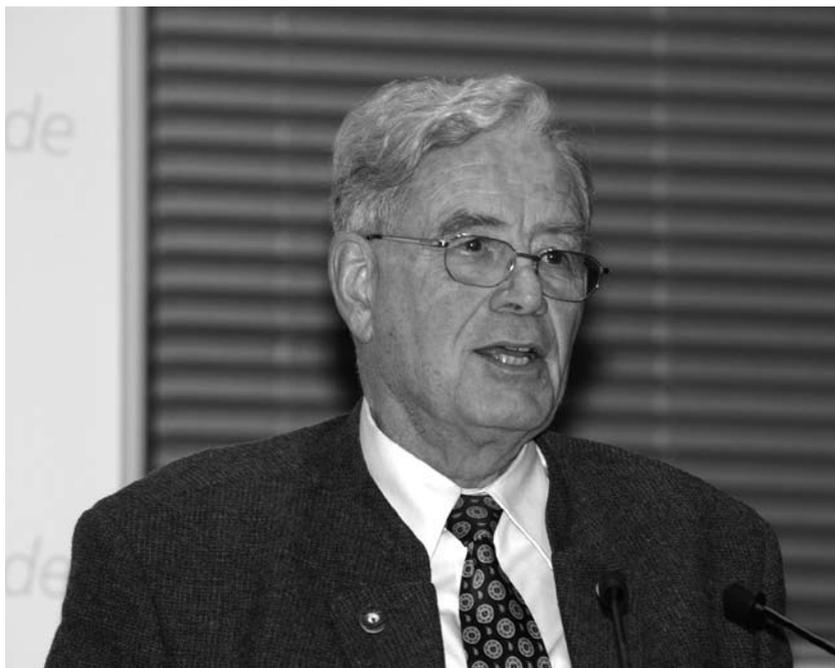
Ernst-Wolfgang Böckenförde:

Vielen Dank. Ich war beteiligt am Bensberger Kreis, vor allen Dingen an der Abfassung des im März 1968 veröffentlichten „Polen-Memorandums“ des Kreises, und da insbesondere an dem dritten Abschnitt, der das zentrale Problem der Grenzfrage behandelte.

Ich darf kurz sagen, was die Bensberger zu ihrem Handeln bewogen hat. Das war einmal natürlich die Botschaft des Zweiten Vatikanischen Konzils – „Gaudium et spes“ –, die Weltverantwortung der Christen ernst zu nehmen. Das zweite war der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe, und das dritte war die Ostdenkschrift der evangelischen Kirche. Das, was uns vor allem bewegte, war: Warum droht die Diskussion im katholischen Bereich jetzt zu versanden? Wir hatten den Eindruck, dass die Antwort der deutschen Bischöfe relativ zurückhaltend war im Hinblick auf das, was die polnischen Bischöfe unter großer Gefahr an Mut gezeigt hatten, und waren der Auffassung, dass das doch nicht so auf den üblichen *Level* von freundlichen Beziehungen herunter fallen dürfe. Als der Bensberger Kreis sich zusammengefunden hatte, war das wesentliche Thema das deutsch-polnische Verhältnis. Wir haben uns dann in bewusster Abstimmung mit der Amtskirche – die Bischofskonferenz ist von unseren Plänen unterrichtet worden – an die Arbeit gemacht und

haben versucht, gewissermaßen im Vorfeld des Politischen wirksam zu werden.

Wenn man das Bensberger Memorandum liest, kann man Folgendes sehen: Das Memorandum versucht einmal innerhalb des katholischen Raumes, also mit eigenen Glaubensbrüdern, zu argumentieren. Zum anderen versucht es, auch auf Polen hin zu argumentieren und drittens, das außenpolitische Denken anzuregen,



Prof. Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde

damit die Politik neue Möglichkeiten erhält, etwas zu tun. Denn demokratische Regierungen sind ja in dem, was sie tun wollen, auch davon abhängig, was sie ihren Bürgern zumuten können. Wenn in der Gesellschaft, in der Öffentlichkeit, eine Diskussion in Gang gekommen ist und vorangebracht werden kann, dann ergeben sich dadurch auch neue Spielräume für die Regierung.

In diesem Zusammenhang war uns vor allen Dingen daran gelegen – ich glaube, das lässt sich auch aus dem Duktus des Textes erkennen –, mit den katholischen Vertriebenen ins Gespräch zu kommen. Da haben nicht nur im Vorfeld kurze Begegnungen stattgefunden; gerade der dritte Teil des Bensberger Memorandums, der sich mit dem „Problem der Oder-Neiße-Gebiete“ befasst, versucht, Argumente der Vertriebenen aufzunehmen. Demnach muss sich ein Friede, wenn er dauerhaft sein soll, auf Gerechtigkeit gründen. Und das heißt, er muss das Recht anerkennen, und wer Verletzungen erfahren hat, beruft sich ja gerne sehr intensiv auf das Recht. Wobei wir daran anknüpfen konnten, was von Seiten der katholischen Vertriebenen auch anerkannt wurde, dass es für den zurückliegenden Krieg, der von Deutschland ausging und im Grunde ein verbrecherischer Krieg war, zwar keine Kollektivschuld, aber eine Haftungsgemeinschaft gibt. (Das war ja auch in der Denkschrift der EKD enthalten.) Und diese Haftung beinhaltet, dass, wenn es wieder zu einer friedlichen Ordnung kommen soll, erhebliche, auch politische Nachteile in Kauf genommen werden müssen. Man kann nicht einfach zum *Status quo ante* zurück, weil man bei einem solchen Krieg sozusagen aus der Ordnung des Rechts herausgebrochen ist. Das gilt gerade im Völkerrecht, wo es keine übergeordnete Instanz gibt. Eine verlässliche Rechtsbasis muss dann gemeinsam (wieder) hergestellt werden. An diese Gedanken haben wir angeknüpft und gesagt: Das muss auch offen angesprochen und diskutiert werden.

Das zweite war – und das halte ich für sehr wichtig – die Diskussion um das „Heimatrecht“, die ja damals sehr lebhaft war. Aus unserer Sicht war diese Diskussion um das Heimatrecht Ausdruck des erfahrenen Unrechts. Natürlich hat es Vertreibungen gegeben von Polen nach Westen hin und zu Lasten von Deutschen, aus ihren Gebieten heraus. Dieses „Recht auf Heimat“ war nach unserer Auffassung ein Recht im Werden, und wenn es anerkannt wird, dann stellt es das Zusammenleben der Völker vielleicht auf eine

bessere und sichere Grundlage. Doch – haben wir dann weiter gefragt – was bedeutet denn „Recht auf Heimat“? Wir haben klarzumachen versucht, dass der Anknüpfungspunkt für ein Recht auf Heimat der persönliche und familiäre, wirtschaftliche und geistige Lebenszusammenhang ist, in dem man steht, auch der territoriale Lebenszusammenhang, das Gebiet, in dem man lebt. Aus diesen Lebenszusammenhängen sind die Vertriebenen herausgerissen worden. Es sind dann aber neue Menschen in die Gebiete gekommen, und wenn man das „Heimatrecht“ ernst nimmt und durchhalten will, dann muss man es auch denen zuerkennen, die in den „Vertreibungs-Gebieten“ den erwähnten Lebenszusammenhang gefunden haben, dort geboren sind und eventuell schon Kinder haben. 1965 begann ja bereits wieder die dritte Generation in den Gebieten östlich von Oder und Neiße zu leben. Nimmt man das Heimatrecht als universelle Grundlage ernst, dann kann man nicht verlangen wollen, dass nun die Polen östlich der Oder-Neiße-Grenze ihrerseits ihre Heimat verlieren. Und wenn man auf der anderen Seite sieht, wie die Vertriebenen doch nach schweren Anfangsjahren allmählich stückweise in Deutschland integriert und Teil der Gesellschaft geworden sind, dann muss auch das Rückwirkungen auf die politischen Gebietsforderungen haben. Es war ja in der politischen Auseinandersetzung immer – das ist heute auch gut herausgekommen – die Parole: Deutschland in den Grenzen von 1937. Man wusste, was das heißt: Rückgliederung der Oder-Neiße-Gebiete. Dagegen haben wir versucht zu sagen: Wenn man das Heimatrecht allgemein anerkennt, dann muss man sich fragen, ob wir im Ernst noch deren Rückgliederung in den deutschen Staatsverband verlangen können.⁵⁵ Das war schließlich auch

⁵⁵ Vgl. Ein Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen, hrsg. vom Bensberger Kreis, Mainz 1968, S. 18: „Daher wird es für uns Deutsche unausweichlich, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß wir die Rückkehr dieser Gebiete in den deutschen Staatsverband nicht mehr fordern können.“

die Formel des Bensberger Memorandums, an der sich die öffentliche Auseinandersetzung entzündete. Das Memorandum sprach bewusst nicht von einem „Verzicht“, sondern stellte einfach die Frage, ob wir die Rückgliederung noch verlangen könnten, um einen Denkprozess in Gang zu setzen.

Die Amtskirche war natürlich sehr bemüht, dass über dieser Frage unter Katholiken kein Zwiespalt, kein Dissens aufkam. Ich weiß noch, wie Anfang Februar 1968 Bischof Tenhumberg, er war damals Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – es waren Vertreter der Vertriebenen und des Bensberger Kreises zu einem



V.l.n.r.: Bischof Dr. Wolfgang Huber, Prof. Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Prof. Dr. Dieter Dowe

Gespräch zusammengerufen –, im Namen des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, also von Kardinal Döpfner, die Bitte überbrachte, wir möchten doch auf die Veröffentlichung des Memorandums verzichten. Auf der einen Seite hat die Kirche sich immer bemüht, auch die katholischen Heimatvertriebenen nicht in

einen Radikalismus abdrängen zu lassen und sie abzuschirmen gegen nationalistische Parolen. Auf der anderen Seite wollte sie natürlich auch die Einheit innerhalb der Kirche erhalten. Die Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz nach der Veröffentlichung des Memorandums war denn auch eine sehr deutliche Distanzierung. Da hieß es: „Die deutsche Bischofskonferenz hat von der Veröffentlichung der Denkschrift des Bensberger Kreises für deutsch-polnische Verständigung Kenntnis genommen. Sie erkennt die Bemühungen ihres Vorsitzenden und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken um einen Ausgleich zwischen dem Bensberger Kreis und den katholischen Heimatvertriebenen dankbar an. Die Bischöfe bedauern es, dass diese Bemühungen erfolglos geblieben sind. Die Denkschrift ist somit die Äußerung einer einzelnen Meinungsgruppe. In nächster Zeit werden sicher andere Gruppen von deutschen Katholiken ihre abweichenden Auffassungen in der Öffentlichkeit darlegen.“⁵⁶

Es gab aber auch eine andere Stellungnahme. Gut sechs Monate nach der Veröffentlichung des Memorandums erreichte den Bensberger Kreis ein Brief des polnischen Primas Kardinal Wyszyński, den ich im Wortlaut wiedergeben möchte. Er lautet:

„Sehr geehrte Herren,
im Monat April dieses Jahres erhielten wir den Text Ihres Memorandums zu den polnisch-deutschen Fragen. Im Namen des polnischen Episkopats sei Ihnen dafür ein herzlicher Dank [übermittelt]. Wir haben seinen Inhalt – seine mutigen Formulierungen – mit größtem Interesse wahrgenommen. Auch die Diskussion darüber bei uns – in der Presse, im Radio und im Fernsehen – haben wir mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Als Hirten des katholischen polnischen Volkes beurteilen wir das Bensberger Me-

⁵⁶ Siehe Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vom 5.3.1968, Katholische Nachrichtenagentur, Ausgabe Nr. 8 vom 6.3.1968.

morandum nicht so sehr vom politischen als vielmehr vom sozial-religiösen Standpunkt.

Es ist für uns eine Freude, Ihnen danken zu dürfen für Ihren christlichen Mut, Ihren ehrlichsten guten Willen und Ihren internationalen Weitblick. Die Seiten Ihres wohldurchdachten Memorandums sind getragen vom Geist des Evangeliums: man spürt Ihn auf Schritt und Tritt. Es ist auch der gute Geist der Konzilskonstitution ‚Gaudium et spes‘, welche die Völker und die ganze Menschheit versucht für die Zukunft zu orientieren – für den Frieden zwischen den Völkern und – Gott gebe es – für eine bessere Zusammenarbeit und [ein besseres] Miteinanderleben der gesamten Familie der Menschheit. Ihr hohes christliches Verantwortungsbewußtsein diktierte wohl den Verfassern, Mitgliedern und Freunden des Bensberger Kreises ihr persönliches Engagement, ihre entschlossene Entscheidung sowie ihr kühnes Zeugnis für das Evangelium Christi, unseres gemeinsamen Herrn und Erlösers, vor dem wir einst Rechenschaft ablegen sollen. Als Christen der heutigen Gegenwart müssen wir uns ihren Aufgaben stellen, wären sie noch so bitter und unpopulär. Echter Fortschritt, Entwicklung und Zukunft, im besten Sinne dieser Worte, erfordern von uns allen Opfer und höchste Anstrengung.

Dies alles erlesen wir aus Ihren Erwägungen und danken den Verfassern und Unterzeichnern des Bensberger Memorandums im Namen des gesamten polnischen Episkopats.⁵⁷

⁵⁷ Brief des polnischen Primas Kardinal Stefan Wyszyński an den Bensberger Kreis, Warschau, 12. September 1968, Archiv der sozialen Demokratie Bonn, Bestand Bensberger Kreis, Korrespondenz, Altregistratur Bd. 59. Dem zunächst in polnischer Sprache verfassten Brief wurde vom Absender die hier zitierte deutsche Übersetzung beigegeben. Die Rechtschreibung wurde im Zitat behutsam angepasst. Zu der von Kardinal Wyszyński unterzeichneten polnischen Fassung vgl. den Faksimile-Abdruck auf der vorherigen Seite.

STEFAN CARDINALIS WYSZYŃSKI
PRIMAS POLONIAE

Warszawa, dn. 12 września 1968 r.
ul. Miodowa 17.

N. 2538/68/P.

Wielce Szanowni Panowie,

W miesiącu kwietniu br. otrzymaliśmy pełny tekst Memorandum w sprawach polsko-niemieckich. W imieniu Episkopatu Polski pragniemy Wam serdecznie podziękować.

Jego treść - jego odważne sformułowania przyjęliśmy do wiadomości z największym zainteresowaniem. Śledziliśmy również z najpilniejszą uwagą dyskusję w tej sprawie, jaka powstała u nas, a również i w Waszym Kraju w prasie, radiu i telewizji.

Jako Pasterze katolickiego narodu polskiego oceniamy Memorandum Bensberskie nie tyle pod kątem politycznym, co społeczno-religijnym.

Cieszymy się, że możemy wyrazić podziękowanie za chrześcijańską odwagę - za Waszą rzetelną dobrą wolę oraz za szerokie spojrzenie międzynarodowe. Karty Waszego przemyślanego Memorandum przenika duch Ewangelii: wyczuwa go się na każdym kroku. Tkwi w nim również dobra atmosfera konstytucji soborowej "Gaudium et spes", która usiłuje dać orientację narodom i ludzkości na przyszłość: dla pokoju międzynarodowego, a również - daj Boże - na lepszą współpracę i współżycie całej rodziny człowieczej.

Głęboka chrześcijańska świadomość odpowiedzialności nakazała Autorom, Uczestnikom i Przyjaciołom " Bensberskiego Koła " ich osobiste zaangażowanie, ich stanowczą decyzję, jak również śmiałe świadectwo Ewangelii Chrystusa, naszego wspólnego Pana i Odkupiciela, któremu jesteśmy zobowiązani zdać sprawę.

Pozostaje naszym obowiązkiem, abyśmy jako chrześcijanie dzisiaj - szel doby stanęli do dyspozycji jej zadań - nawet gdyby były twarde i niepopularne. Prawdziwy postęp, rozwój i przyszłość w najlepszym znaczeniu tych słów, domagają się ofiary od nas i uczciwego natężenia.

To wszystko odczytujemy w Waszych rozważaniach, dziękując Autorom i Sygnatariuszom Bensberskiego Memorandum w imieniu całego Episkopatu Polskiego.

Diese Kopie wurde im „Archiv der sozialen Demokratie“ (FES) hergestellt.
Weitergabe und Veröffentlichung sind nur mit schriftlicher Genehmigung des o.e. Archivs gestattet.

+ Stefan Kardinal Wyszyński
Klaus Pöhl

Brief des polnischen Primas Kardinal Stefan Wyszyński an den Bensberger Kreis, Warschau, 12. September 1968 (Archiv der sozialen Demokratie Bonn, Bestand Bensberger Kreis)

Hier sind ein anderer Duktus und eine primär religiöse, von christlichem Versöhnungswillen getragene Blickrichtung erkennbar, die vielleicht auch Rückschlüsse auf die Intention des ersten Briefes von 1965 zulassen.

In der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland wurde die „einzelne Meinungsgruppe“ des Bensberger Kreises auch als Zusammenschluss von „Links-Katholiken“ bezeichnet. Insofern ist es ganz interessant zu sehen, wer die Anfangsunterzeichner des Memorandums eigentlich waren. Da sieht man ein breites Spektrum: Karl Otmar Freiherr von Aretin, Historiker in Darmstadt, die Professoren Ernst-Otto Czempiel aus Marburg und Richard Hauser aus Heidelberg, dann Prälat Dr. Georg Hüssler aus Freiburg, Professor Walter Kasper aus Münster, Professor Wolfgang Kluxen aus Bochum, Professor Helmut Kuhn aus München. Wer diese Namen kennt, der weiß, das hatte wirklich nichts mit „Links“ zu tun. Weiter: Professor Max Müller aus München, Josef Pawliczek aus Freiburg von der Caritas und Professor Joseph Ratzinger aus Tübingen, Professor Hans Rheinfelder aus München, Professor Alexander Schwan aus Berlin und Professor Robert Spaemann aus Stuttgart. Das illustriert, dass der Bensberger Kreis doch eine breit fundierte Gruppe darstellte, deren gemeinsames Interesse es war, Bewegung in die deutsch-polnischen Beziehungen zu bringen.

Dies ist ja dann auch langsam gelungen. Wahrscheinlich ist es so, dass auch Kardinal Döpfner selbst seine Einstellung geändert hat. Er war anfangs doch sehr zurückhaltend und zögerlich und hat dann später, vielleicht nach dem Gespräch und dem Briefwechsel mit dem polnischen Primas Anfang der 1970er-Jahre, die Sache etwas anders beurteilt. Natürlich war es damals nicht Sache der deutschen Bischöfe zu sagen, die Oder-Neiße-Linie soll anerkannt werden. Das ist etwas, was die Politik tun musste und wofür die Kirche allenfalls den Boden etwas vorbereiten konnte. Aber man hätte natürlich – auch wenn es ein schwieriger

innerkirchlicher Prozess war – die vom Bensberger Kreis ange-regte Diskussion etwas offener begrüßen können. Mit einiger Verzögerung hat sich allerdings gezeigt, dass das Memorandum ein fruchtbarer Antrieb war, um weitere Entwicklungen in der Kirche und auch für die Politik in Gang zu setzen.

Hansjakob Stehle:

Ende der 1960er- und 1970er-Jahre hat sich die Atmosphäre zwischen Deutschland und Polen allmählich entspannt, die Dis-kussion und auch die Begriffe haben sich gewandelt. Doch hat sich die Kirche – und das möchte ich zum Schluss jetzt noch an-schneiden – an bestimmte Veränderungen nicht so leicht ge-wöhnt wie die weltlichen Mächte. Das hat sich gezeigt in der Schwierigkeit, die man damit hatte, nach der 1972 erfolgten Ra-tifizierung des Warschauer Vertrages und der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie auch die Bistumsgrenzen zwischen Deutsch-land und Polen neu zu ziehen. Darüber gab es ja eine ziemlich kontroverse innerkirchliche Diskussion, über die Sie vielleicht zum Schluss noch etwas sagen können.

Josef Homeyer:

Es war recht kompliziert. Diese Entscheidung des Vatikans für die Neuregelung der deutsch-polnischen Bistumsgrenzen im Juni 1972 war kirchengeschichtlich und kirchenrechtlich insofern et-was umstritten, als es uralte Praxis der Kirche ist, kirchliche Strukturen erst dann zu ändern, wenn die Strukturen sich poli-tisch geändert haben. Dies bedeutete praktisch: nach einem Frie-densvertrag.

Diese uralte Praxis war im Falle der Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen nicht eingehalten. Zumindest war es sehr umstritten, ob die abgeschlossenen Verträge ausreichend waren, um eine kirchenrechtliche Neuregelung zu rechtfertigen. Rom hat sich aber ausdrücklich auf den Warschauer Vertrag von 1970 beru-

fen. Und das hat die Deutsche Bischofskonferenz veranlasst, die Neuregelung zu respektieren. Das war der springende Punkt. Man stand auf Seiten der Bischöfe in einem gewissen Dilemma, weil die Grenzfrage für die katholischen Vertriebenen gleichsam *Casus Belli* war. „Wenn Rom das tut, dann ist das ein Zeichen, dass die katholische Kirche uns aufgibt, dass sie uns nicht ernst nimmt.“ Insofern bedeutete die Neuregelung der Bistumsgrenzen ein Ereignis von höchster Herausforderung und eine Bewährungsprobe für die Kirche. Die Situation hat auch zu Zerreißproben geführt innerhalb der Bischofskonferenz. Ich weiß, dass damals – ich bin gerade Sekretär der Bischofskonferenz geworden – die Unruhe mächtig und auch ein gewisses Unverständnis vorhanden war, aber wir waren uns im Klaren darüber, dass die Dinge, wie sie jetzt geworden sind, als Folgen des verheerenden Krieges zu akzeptieren sind. Wir müssen dazu und zu unserem Versöhnungsauftrag stehen.

Infolgedessen sind fast alle Bischöfe wochenlang unterwegs gewesen in den Gemeinden, um verständlich zu machen: Hier geht es nicht nur um Rechthaberei, sondern hier geht es auch um eine langfristige Entwicklung, hier geht es um Versöhnung unter neuen Bedingungen. Das ist dann schließlich auch gelungen. Ich muss allerdings sagen, dass sich hier auch die gute Kommunikation und die geradezu vertrauensvolle Verständigung zwischen Primas Wyszyński und Kardinal Döpfner bewährt haben. Der Primas hat sich sehr klug zurückgehalten und Verständnis bekundet für den Unmut der deutschen Vertriebenen und um Verständnis dafür gebeten, dass diese Entscheidung für die Kirche in Polen notwendig war. Er hat sehr kluge und einfühlsame Worte gefunden, die dann zur Verständigung geführt haben.

Die Anerkennung der neuen Situation war schon ein schmerzhafter Prozess. Er war aber gleichzeitig Ausgangspunkt zu einer völlig neuen Entwicklung in den Gemeinden. Es ist sogar ein neuer Schub entstanden, neue Bemühungen, aufeinander zuzugehen und Partnerschaften zu knüpfen, die bis heute existieren.

Hansjakob Stehle:

Sie, Herr Bischof Jež, sehen das auch so?

Ignacy Jež:

Nein. Unsererseits sah das ganz anders aus. Es gab Erleichterung, dass endlich die neuen Bistumsgrenzen geschaffen wurden. Wir haben darauf gewartet. Die DDR hatte das schon längst gemacht, und jetzt, 1970, war der Vertrag zwischen Westdeutschland und Polen zustande gekommen. Wir waren also vorbereitet auf die kirchenrechtliche Neueinteilung. Die Administratur in Landsberg an der Warthe [Gorzów Wielkopolski] wurde zum Beispiel auf drei neue Diözesen aufgeteilt, Landsberg, Stettin [Szczecin-Kamień] und die Diözese Koszalin-Kołobrzeg [Köslin-Kolberg], die nun meine Diözese wurde. Für uns war die kirchenrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eine Erleichterung.

Von da an hatten wir in der Kirche – politisch gesehen – Ruhe. Bis dahin waren wir Bischöfe unter großem Druck gestanden. „Der Primas, die Bischöfe“, so hieß es, „machen zu wenig, um in der Sache der Oder-Neiße-Grenze mehr zu erreichen“. Deshalb hatte die politische Führung Polens 1951 auch die von Kardinal Hlond in den polnischen Westgebieten eingesetzten Administratoren ausgewechselt und rechtswidrig die Kapitelsvikare ins Amt eingesetzt. Und die polnische Staatsführung hatte der Bischofskonferenz immer wieder den Vorwurf gemacht, dass wir in der Grenzfrage im Vatikan zu wenig Einfluss haben.

Kirchlich gesehen stellte sich die Lage so dar: Die Administratur von Gorzów Wielkopolski, die anfangs fast leer gewesen war, hatte im Jahre 1960 (als ich nach Gorzów kam) schon fast drei Millionen Einwohner, in der großen Mehrheit katholischen Glaubens. Auf einem Siebtel der Fläche von Polen waren allerdings nur drei Bischöfe tätig, die amtlich nur als Weihbischöfe von Gnesen [Gniezno] geführt wurden. So war es auf die Dauer fast unmöglich, alles zu erledigen, was seelsorgerlich nötig war.

Deshalb haben wir die von Papst Paul VI. getroffene Entscheidung für die Neuregelung der Bistumsgrenzen anders wahrgenommen als die deutsche Seite, die auf die Position der Vertriebenenverbände achtete. Wir haben ihre Haltung verstanden, uns aber dennoch über die neue Regelung riesig gefreut – nicht nur in Gorzów, sondern auch in den anderen neuen Diözesen.

Noch eine Bemerkung zum Schluss. Wenn ich, was den Briefwechsel anbelangt, immer wieder vom Klima und der besonderen Atmosphäre des Konzils spreche und wenn ich an die Früchte der Versöhnungsbotschaft denke, die wir heute sammeln, dann denke ich als katholischer Bischof immer auch an die Rolle, die der Heilige Geist hierbei spielt(e). Die Politiker, das ist selbstverständlich, denken daran nicht – Herr Bahr sprach sogar davon, die Reaktion der Politik auf die kirchlichen Versöhnungsinitiativen sei „eigentlich fast ein Erschrecken“ gewesen –, aber wenn man gläubig ist, darf man diese Rolle nicht vergessen.

Die Meinungsverschiedenheiten von damals spielen heute nicht mehr dieselbe Rolle wie 1972. „Der Geist der Versöhnung und der Verständigung“ wird – wie Władysław Bartoszewski einst (anlässlich der Verleihung des Heinrich-Heine-Preises 1996) gesagt hat – „im Namen der gemeinsamen europäischen Werte auf Dauer Einzug halten“. Der Satz handelt von Werten, die ihre Wurzel im christlichen Glauben haben. Und so hoffen auch wir, dass der Geist der Versöhnung auf Dauer Einzug halten möge!

Podium II

Aussöhnung als gesellschaftliche Aufgabe: Wie können die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen vertieft werden?

Adam Krzemiński (Moderation):

Wir haben heute sehr viel über die *Geschichte* der bischöflichen Botschaft gehört. Doch hat diese Botschaft der Bischöfe durchaus eine *aktuelle* Bedeutung. Vor wenigen Tagen oder Wochen gab es eine gemeinsame Erklärung der beiden katholischen Bischofskonferenzen, die mit Recht die Leistung der Bischöfe von 1965 gewürdigt hat, die sich aber auch sehr mahnend, fast mit erhobenem Zeigefinger, an die politische Klasse und die Politiker in beiden Ländern gewandt und erklärt hat, dass es in Deutschland wie in Polen die Tendenz gibt, rechtsnationalen wenn nicht nationalistischen Tendenzen wieder zur Geltung zu verhelfen und die alten historischen Traumata wieder aufleben lassen.

Ich möchte noch mit zwei persönlichen Bemerkungen an die historischen Ereignisse erinnern. Ich habe 1965 den Brief der polnischen Bischöfe in der katholischen Studentengemeinde in Leipzig gelesen, wo ich damals studierte. Ich war beflügelt. Aber ich habe auch die Debatten unter meinen deutschen Kollegen gehört, die es beschämte, dass die Antwort der deutschen Bischöfe so unterkühlt ausgefallen war. Als ich dann nach Warschau zurückkam, merkte ich, dass die Stimmung im Lande, auch in den Kirchen, gar nicht so beflügelt war. Im Gegenteil: Der deutsche Antwortbrief im Dezember hat Widerspruch bei einem großen Teil der polnischen Katholiken hervorgerufen.

Die zweite Bemerkung: Ich muss sagen, ich bin nicht nur das Kind des polnischen Bischofsbriefes, ich bin auch das Kind des Kniefalls von Willy Brandt. Das ist wie eine Brücke, hier die Aufforderung zur Versöhnung, dort eine christliche Geste bei

einem sozialdemokratischen Kanzler evangelischer Prägung, dann, lieber Herr Bahr, der „Wandel durch Annäherung“ und die „Normalisierung“ der 1970er-Jahre als weitere Stufen.

Im Zusammenhang mit der „Normalisierung“ möchte ich allerdings auch an die zahlreichen begrifflichen Fallstricke im deutsch-polnischen Verhältnis erinnern, dessen Entwicklungsgeschichte immer eine Geschichte begrifflicher Auseinandersetzungen war. Welche Begriffe hatten wir damals? Wir hatten die „Freundschaft“ mit der DDR, wir hatten die „Normalisierung“ – von offizieller Seite, weil der christliche Begriff der „Versöhnung“, der in der katholischen Publizistik und im Bischofsbrief benutzt wurde, verpönt war in der offiziellen Propaganda. Doch war auch die „Normalisierung“ wiederum nicht unumstritten, sie war insofern verdächtig, als sie bedeutete, dass wir eine neutrale Beziehung zueinander haben und nichts bewältigen sollten aus unserer Vergangenheit. So kam der Begriff der „Vergangenheitsbewältigung“ hinzu, den wir aus dem deutschen politischen Sprachgebrauch übernahmen. Das war *auch* eine Art Brückenschlag, zwischen den Kategorien der „Versöhnung“ und der „Vergangenheitsbewältigung“. Es gab keine „Versöhnung“ ohne „Vergangenheitsbewältigung“, übrigens auch auf polnischer Seite nicht. Das war auch die Position von Jan Józef Lipski, dessen berühmte Schrift über das Verhältnis Polens zu seinen Nachbarländern zwar über ein Jahrzehnt nach den Initiativen der 1960er-Jahre veröffentlicht wurde, aber Gedanken äußerte, die vorher schon präsent waren.⁵⁸ Weitere zehn Jahre später bekamen wir schließlich eine „Interessengemeinschaft“. Das ist die Entwicklung der 25 Jahre von der Botschaft der Bischöfe bis zu diesem wunderbaren Jahr 1989: von der „Versöhnung“ zur deutsch-polnischen „Interessengemeinschaft“.

⁵⁸ Vgl. den 1981 erschienenen, 1982 in Deutschland publizierten Aufsatz „Zwei Heimatländer – zwei Patriotismen“, enthalten in: Jan Józef Lipski, Wir müssen uns alles sagen ... Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, zweisprachige Ausgabe, Warschau 31998.

Aber heute – und damit schließe ich meine kurzen Assoziationen –, heute bekommen wir in Polen wieder Begriffe, mit denen man gar nicht gerechnet hatte. Zum Beispiel den Begriff „Versöhnungskitsch“, verbunden mit der Aufforderung, Schluss zu machen mit diesen vordergründigen Gesten, weil sie die Sache nicht treffen.⁵⁹ Unsere eher rechts gerichteten Politologen behaupten, Deutschland und Polen befänden sich nicht in einer „Interessengemeinschaft“, sondern in einer „Streitgemeinschaft“. Die „Unversöhnlichkeit der Erinnerungen“ ist ein stehender Begriff in der Publizistik, und das „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist ein wichtiges Beispiel dafür. Und als vor kurzem eine leider viel zu kleine Partei in Polen den Vorschlag formuliert hat, in Breslau ein „Museum der Versöhnung“ zu errichten, kam prompt die Retourkutsche vom eigentlichen Sieger der Parlamentswahlen im September 2005: Nein, das wollen wir nicht. Wir wollen ein Museum des polnischen Freiheitskampfes errichten.

Meine Frage an Frau Professor Lipowicz, die Beauftragte der polnischen Regierung für die deutsch-polnischen Beziehungen: Frau Botschafterin, wo stehen wir jetzt? Wie ist die Bilanz der letzten 15 Jahre? Wir haben sehr viel erreicht, und zugleich gibt es andere Töne, andere Begriffe, von denen wir glaubten, sie schon vor 15 Jahren hinter uns gelassen zu haben.

Irena Lipowicz:

Immerhin: Wir Polen und Deutsche sind in einer Gemeinschaft. Ob das eine „Streitgemeinschaft“ oder eine „Interessengemeinschaft“ ist – es bleibt doch eine Gemeinschaft. Und das wollten wir immer.

⁵⁹ Vgl. Klaus Bachmann, Versöhnungskitsch zwischen Deutschen und Polen, die tageszeitung (taz) vom 5.8.1994; Robert Traba, Der Wandel im deutsch-polnischen Verhältnis – Vom Versöhnungskitsch zur Realität, Vortrag im Internationalen Begegnungszentrum der Universität Rostock, 8.9.2005.



V.l.n.r.: Frau Prof. Dr. Irena Lipowicz, Prof. Dr. Klaus Ziemer, Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Frau Dr. Susanna Schmidt, Leiterin der Katholischen Akademie in Berlin

Wo sind wir also jetzt? Meines Erachtens haben wir eine stabile Infrastruktur unserer Beziehungen. Es ist viel erreicht worden. Und das, worüber wir im ersten Teil dieser Veranstaltung gehört haben, hat ein gemeinsames Kapital zwischen beiden Ländern und Völkern geschaffen. Das hat Bestand und vergeht nicht bei kleinen oder größeren Konflikten. Andererseits gibt es viele Unstimmigkeiten oder Unterschiede, die verdeckt worden sind oder einfach nicht geäußert werden konnten, weil Polen sich auf den EU-Beitritt vorbereitet hat und nur auf dieses Thema konzentriert war. Jetzt befinden wir uns in einer Situation, wo man weiß: Unsere Zukunft ist eigentlich entschieden. Wir sind dort, wo wir so lange sein wollten. Und wenn wir Polen schon in dieser Familie der europäischen Staaten sind, dann kann man sich endlich auch offen etwas sagen. Das gilt auch von Seiten Deutschlands, das so lange unser Anwalt in der EU und NATO war, und

wo plötzlich auch ein Gefühl entstanden ist: Jetzt darf man ganz offen reden.

Andererseits hat man zu oft geglaubt, die einmal entwickelten Beziehungen könnten für alle Zeiten in dieser Form Bestand haben. Wir haben viele Institutionen gebaut: das Deutsch-Polnische Forum, das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz [Gliwice] und Oppeln [Opole], das Willy-Brandt-Zentrum in Breslau und das Westinstitut in Posen [Poznań], das Deutsche Historische Institut in Warschau. Mit Ausnahme des Deutschen Historischen Instituts, das Professor Ziemer hier wunderbar präsentiert hat, habe ich jetzt nach zehn Monaten meiner Arbeit als Repräsentantin des Außenministers von Polen den Eindruck gewonnen, dass fast jede Institution einfach einen Neuanstrich oder eine kleine Renovierung oder eine kleine Umgestaltung braucht – eigentlich völlig normal nach so vielen Jahren. Es könnte doch sein, dass man nach zehn oder 15 Jahren schon so viele Projekte über deutsch-polnische Zusammenarbeit in Schlesien gemacht hat, dass einem langsam die Themen ausgehen und man endlich etwas Neues machen könnte. Doch was könnte diese neuen Impulse bringen?

Zum Beispiel könnten wir ein Weimarer Institut gründen, damit das Weimarer Dreieck Frankreich–Polen–Deutschland dort ein Zuhause bekommt. Mit dieser französischen Komponente wird das deutsch-polnische Verhältnis ein bisschen aufgefrischt, anders. Man bekommt einen neuen Blickwinkel, man wird sich mehr regionaler Zusammenarbeit widmen; die französische Seite ist sehr interessiert.

In Stettin gibt es ein Institut für Deutschland und Nordeuropa oder ein ehemaliges Bismarck-Haus, das von Frau von Zitzewitz geführt wird. Auch dort sinkt langsam irgendwie das Interesse. Aber wir haben gerade das Thema Ukraine auf der Tagesordnung, und die ukrainische Seite ist sehr interessiert an einer Kooperation. Wenn wir ein Zentrum für deutsch-polnisch-

ukrainische Zusammenarbeit schaffen, dann haben wir wieder frische Impulse, neue, interessante Themen, die uns verbinden.

Wenn weiter ein im letzten Jahr geplantes deutsch-polnisches Forum überhaupt nicht zustande gekommen ist, weil das Interesse zu gering war und man plötzlich keine Termine finden konnte, bei all den vielen aktuellen Streitthemen, dann bedeutet das, dass etwas an der Struktur dieses Forums nicht in Ordnung war, dass man alles flexibler, interessanter, lebendiger machen muss und man nicht gleich zehn Themen nimmt, sondern zwei, drei, zum Beispiel das „Zentrum gegen Vertreibungen“ und „Nehmen die Polen die Arbeitsplätze in Deutschland weg?“.

Wenn ich Bilanz ziehen soll, möchte ich aber auch sagen: Wir sind viel besser, als wir glauben – beide Seiten in dieser Gemeinschaft –, und viel ähnlicher, als wir denken. Wir sind einfach Zentraleuropa und begreifen das immer noch nicht. Wir verlieren immer noch viel Zeit und sehen nicht ein, dass die Entwicklung Europas vor allem im Norden und im Süden voranschreitet und dass sich das Zentrum Europas zu verschieben beginnt: in die skandinavischen Länder, nach Irland und Großbritannien oder in den Süden nach Portugal und Spanien. Europa hat schon Zeiten gehabt, wo plötzlich Venedig und Genua nicht mehr Triebwerke der wirtschaftlichen Entwicklung waren, aber Rotterdam und Amsterdam eine Blütezeit erlebten. Vielleicht haben wir nicht begriffen, dass derzeit ganz wichtige Weichenstellungen anstehen und dass wir uns Gedanken machen müssen: Wie ist unsere Rolle als Zentraleuropa? Man muss endlich verstehen, dass Polen die Arbeitsplätze, die mit den großen Konzernen zu uns kommen, höchstens für drei, fünf Jahre behalten können wird und dass diese Arbeitsplätze dann weiter nach Osten oder nach Asien gehen werden. Man muss begreifen, dass wir Polen für Sie Deutsche keine Konkurrenten von Natur her sind und dass die polnischen Arbeiter schon gestreikt haben, um die

Arbeitsplätze für deutsche Kumpel zu retten bei Opel in Gleiwitz – was man in Deutschland gar nicht wahrgenommen hat. Das zeigt, dass man alles neu besprechen muss. Doch seit Monaten kann ich nicht erreichen, dass ein Runder Tisch für Gewerkschaften entsteht, an dem sich die Gewerkschaften endlich zusammensetzen; die polnischen Gewerkschaften wollen es, die deutschen nicht.

Adam Krzemiński:

Ja, das ist ein wichtiger Punkt. Denn wie kann man eine Interessen- beziehungsweise Streitgemeinschaft zustande bringen, wenn man keine Gesprächspartner hat? Auf der polnischen Seite allerdings gibt es dasselbe Problem, wenn einflussreiche Politiker öffentlich im Wahlkampf verlauten lassen, dass sie stolz darauf sind, keine Kontakte mit deutschen Politikern zu pflegen ...

Herr Bischof, welche Rolle können heute die Kirchen spielen bei diesen schwankenden Stimmungen der Politiker, angesichts des Populismus der Gesellschaften und eines gewissen Werteverlusts, angesichts einer großen Verunsicherung innerhalb des Christentums, in der „politischen Theologie“? Ist es so, dass diese wunderbare Geschichte der 1960er-Jahre, als Kirchenleute eine bahnbrechende Rolle spielten und gegen Widerstände in den eigenen Gesellschaften einen Paradigmenwechsel in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführten, als die Kirchen neue Begriffe prägten und neue Horizonte eröffneten, vorbei ist? Oder sind die Kirchen auch heute so stark, dass man ähnliche Impulse von ihnen erwarten kann? Gibt es diese Impulse bereits, nur: wir sehen sie nicht?

Wolfgang Huber:

Ich habe eine große Aversion dagegen, eine goldene Vergangenheit und eine düstere Gegenwart gegeneinander zu stellen. Es ist gut, sich daran zu erinnern, dass es alles andere als klar war, wie



Bischof Dr. Wolfgang Huber

stark die Einigkeit der Kirchen in den 1960er-Jahren bei der Vertretung des Anliegens der Versöhnung sein würde. Und es ist gut, sich auch daran zu erinnern, dass das, was die evangelische Kirche in Deutschland und die katholischen Bischöfe in Polen getan haben, eine höchst brisante und angefochtene Sache war. Aus einem Bericht des damaligen Hannoverschen Bischofs Hanns Lilje, der gar nicht unmittelbar beteiligt war, wissen wir, dass sein Posteingang über ein halbes Jahr zu

dreiviertel aus wütenden Protestbriefen gegen die Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bestanden hat. Bemerkenswert war, dass die gesamte Kirchenführung der evangelischen Kirche zu diesem Dokument stand und es verteidigte. Vor ein paar Wochen habe ich Helmut Kohl in Gnesen über diese Dinge reden hören. In einem Abstand von vierzig Jahren hat er seinen hohen Respekt gegenüber der Ostdenkschrift der EKD bekundet und freimütig hinzugefügt, er sei damals freilich überhaupt nicht dafür gewesen. Die Gründe dafür hat er im Einzelnen dargelegt; sie waren freilich mehr wahltaktischer als inhaltlicher Natur. Was damals geschehen ist, ist nicht schlichtweg aus einer Position der Sicherheit oder der Stärke heraus geschehen.

Es hat nicht nur eine gemeinsame Erklärung der katholischen Bischofskonferenzen zum 40. Jahrestag der kirchlichen Versöhnungsinitiativen gegeben. Es hat auch eine gemeinsame Erklärung des Polnischen Ökumenischen Rates und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland gegeben. Und ich sage hier in aller Offenheit: Viel besser wäre es gewesen, es hätte *eine gemeinsame* Erklärung der Kirchen zu diesem Datum gegeben. Das hätte freilich erfordert, dass man das Verhältnis der Dokumente zueinander bestimmt hätte. Davor scheute mancher offenbar zurück. Denn das hätte in der Konsequenz bedeutet, dass man die Aussagen, zu denen die eine wie die andere Seite damals bereit gewesen ist, zueinander hätte ins Verhältnis setzen müssen.

Adam Krzemiński:

Das heißt, es gab solche Initiativen?

Wolfgang Huber:

Natürlich gab es das Bestreben, eine gemeinsame Erklärung der Kirchen zu entwickeln. Ich habe Ihnen meinen Eindruck geschildert, warum es zu dieser gemeinsamen Erklärung *nicht* gekommen ist. Andernfalls hätte man nicht nur hinsichtlich der Beschreibung der Geschichte ein umfassenderes Bild entwickeln müssen, sondern auch im Blick auf unsere Gegenwart. Herr Krzemiński, Sie haben die Aussage aus der Erklärung der katholischen Bischöfe zitiert, die vor verantwortungslosen Tendenzen in unserer Gegenwart warnt. Es sind starke, eindrucksvolle Worte: „Mit Sorge müssen wir seit einiger Zeit sehen, dass die Erinnerung an die finstersten Stunden unserer gemeinsamen Geschichte nicht nur den Geist der Versöhnung gebiert, sondern auch alte Wunden, die noch nicht geheilt sind, wieder aufreißt und den Ungeist des Aufrechnens hervorbringt. Manche Menschen in Politik und Gesellschaft rühren geradezu leichtfertig an den noch immer schmerzenden Wunden der Vergangenheit. An-

dere wollen sie offenkundig sogar rücksichtslos für persönliche oder politische Zwecke missbrauchen. Der 40. Jahrestag des Briefwechsels ist uns Anlass, solcher Verantwortungslosigkeit im gegenseitigen Verhältnis mit allem Nachdruck zu widersprechen.⁶⁰ So weit dieses Zitat.

In der gemeinsamen Erklärung, die der Polnische Ökumenische Rat und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland veröffentlicht haben, haben wir uns bemüht, konkret zu der Frage Stellung zu nehmen, wie denn das Erinnern an das Geschehen der Vertreibung heute möglich ist und geschehen soll.⁶¹ Wir haben noch einmal versucht, was auch in der Denkschrift der EKD von 1965 geschehen ist, nämlich Empathie für diejenigen zu zeigen, die von der Vertreibung betroffen waren. Gleichzeitig haben wir dazu gemahnt, dass sich die Erinnerung daran so vollziehen muss, dass erstens die deutsche Schuld am Ausbruch dieses ganzen Geschehens nicht relativiert wird und zweitens das Erinnern in den Dienst einer gemeinsamen Zukunft tritt. Das heißt, dass dieses Erinnern in den Dienst der Versöhnung gestellt wird. Deswegen haben wir in unserer Erklärung ausdrücklich gesagt, dass wir uns nur eine gemeinsame europäische Initiative zum Erinnern an das Geschehen der Vertreibung vorstellen können. Wir haben darum klar gegen ein isoliertes „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin Position bezogen.

Ich will keineswegs übertreiben. Mein Posteingang lässt sich mit dem von Bischof Lilje vor 40 Jahren überhaupt nicht verglei-

⁶⁰ Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des 40. Jahrestages des Briefwechsels von 1965, Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz vom 21.9.2005, vgl. URL: <<http://dbk.de/presse/pm2005/Gemeinsame%20Erkl%E4rung.pdf>> [März 2006].

⁶¹ Erklärung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und des Polnischen Ökumenischen Rates (PÖR) aus Anlass des 40. Jahrestages des Erscheinens der „Ostdenkschrift“, 14.9.2005, vgl. URL: <http://www.ekd.de/presse/pm168_2005_ekd_poer_ostdenkschrift.html> [März 2006].

chen. Aber ich erwähne doch, dass ich in der gesamten Zeit als Vorsitzender des Rates der EKD noch nicht so viele vorurteilsge-ladene Briefe bekommen habe wie seit der Veröffentlichung dieser gemeinsamen Erklärung des Rates der EKD und des Pol-nischen Ökumenischen Rates – und zwar Tag für Tag in größerer Zahl. Ich schließe daraus: Wir müssen heute dieselbe Bereitschaft zu unbequemen Wahrheiten haben wie vor 40 Jahren. Das ist die Folgerung, die ich aus diesen Vorgängen ziehe. Und ich sage noch einmal, es wäre das größte Glück, jedenfalls meiner gegen-wärtigen Lebensphase, wenn wir das polnisch-deutsch sowie ka-tholisch-evangelisch-orthodox *gemeinsam* machen könnten. Mich belastet es, dass wir in der gegenwärtigen ökumenischen Situation Faktoren zu berücksichtigen haben, die das nicht zulassen. Und ich hoffe darauf, dass wir – gerade angesichts der evi-denten Notwendigkeit, an dieser Stelle in Zentraleuropa etwas zu tun – auch als Kirchen weiter vorankommen.



Bischof Dr. Wolfgang Huber, Prof. Dr. Heinrich August Winkler

Lassen Sie mich noch etwas dazu sagen, ob die Kirchen das *können*. Ich bin immer stärker von der Frage bestimmt: „*Müssen* die Kirchen das und *wollen* sie das?“ Ich glaube, dass man keine großen Chancen hat, das Können im Vorhinein abzuschätzen. Ich will Ihnen an einer Vision verdeutlichen, was die Kirchen gemeinsam für das deutsch-polnische Verhältnis tun könnten: Wenn die Kirchen gemeinsam eine Initiative dazu ergreifen würden, die konfliktreiche Geschichte beider Länder *gemeinsam* zu beschreiben, dann wäre das ein Schritt von großer Tragweite. Wir haben als evangelische Kirche einen Schritt dieser Art versucht. Zusammen mit der kleinen Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder in Tschechien haben wir eine paritätisch aus beiden Kirchen zusammengesetzte Gruppe gebeten, die gemeinsame tschechisch-deutsche Geschichte zu beschreiben. So konnte die eine wie die andere Seite die Worte, die gewählt wurden, und die Akzente, die gesetzt wurden, mitvollziehen. Ich weiß, dass dies im deutsch-polnischen Verhältnis noch ein Stück schwerer ist, aber es ist auch ein Stück dringlicher. Darum ist mein erster Vorschlag nicht so sehr an der Frage orientiert, was die Kirchen *können*, sondern ob sie es *wollen*. Denn es ist meine Überzeugung, dass sie es *müssen*.

Ein zweites, vielleicht noch handfesteres Beispiel: Im Frühjahr dieses Jahres bin ich einem polnischen Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen, der in Berlin arbeitet, und einer russischen Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen, die im Konzentrationslager Dachau arbeitet, begegnet. Ich habe dabei gedacht: „Da fängt etwas Neues an.“ Wenn so viele junge Leute, wie im Lauf der Geschichte von Deutschland nach Polen gegangen sind und Versöhnungsarbeit geleistet haben, von Polen nach Deutschland kommen würden, dann wäre ein riesiger Schritt getan. Wir würden aus einem Versöhnungsprozess, der von der Bitte um Vergebung und dem Gewähren von Vergebung geprägt war, übergehen in einen Prozess der Versöhnung, der vom Willen der jungen Ge-

neration zur Verständigung geprägt ist. Die Internationale Jugendbegegnungs- und Gedenkstätte Kreisau, von der in einem solchen Zusammenhang unbedingt die Rede sein muss, wird später noch zur Sprache kommen.

Wenn genauso viele junge Deutsche Polnisch lernen würden, wie Menschen in Polen in bewundernswerter Weise Deutsch sprechen, dann wäre das ein weiterer riesiger Schritt. Auch im Blick auf solche Vorschläge beschäftigt mich nicht die Frage, was die Kirchen können, sondern ob wir Derartiges miteinander in Gang setzen wollen, also beispielsweise den Ansatz der Aktion Sühnezeichen in einer Weise weiterentwickeln, die für das 21. Jahrhundert und das gemeinsame Europa taugt.

Vorhin ist der Gedanke ins Gespräch gekommen, dass offenbar bei vielen Menschen in Polen das Einklemmtsein zwischen Russland und Deutschland eine große Rolle spielt. Die evangelische Kirche und die anderen nicht-katholischen Minderheitskirchen in Polen haben angefangen, eine gemeinsame Initiative zu ergreifen. Sie beginnen, Aktivitäten zu entwickeln, die auch jenseits der Ostgrenze von Polen eine Rolle spielen, weil sie auch Kirchen aus der Ukraine und Weißrussland einbeziehen. Vielleicht kommen wir eines Tages so weit, dass dabei auch Russland nicht nur als Angstfaktor, sondern als Partner für eine gemeinsame Zukunft in den Blick tritt. Vielleicht können die Kirchen auf ihre Weise dazu beitragen. Denn die Tatsache, dass es in all diesen Ländern Christen gibt, müsste doch wichtiger sein als die Frage nach ihren verschiedenen Nationalitäten.

Insofern glaube ich, und das wollte ich an diesen drei kleinen Beispielen illustrieren, dass es in der jetzigen Situation wichtige, ja wunderbare Aufgaben gibt. Wir sollten uns nicht mit der Frage beschäftigen, ob wir es *können*, sondern wir sollten uns mit der Frage beschäftigen, ob wir es *wollen*.

Ein letzter Gedanke dazu: Wir sollten dabei nicht ins Lamentieren über den Werteverlust einstimmen und sollten der Theorie

nicht folgen, die jetzige Zeit sei einem allgemeinen Relativismus verfallen. Selbst wenn der Papst es sagt, ist das kein faires Urteil über all die Menschen, die sich gegenwärtig um wertorientiertes Handeln bemühen; vor allem ist es kein faires Urteil über die junge Generation. Man muss sich klar machen – ich teile die vorhin geäußerte Auffassung –, dass wir in ein neues Verhältnis zu den orthodoxen Kirchen eintreten müssen. Aber um dieses gute, neue Verhältnis zu erreichen, sollten wir nicht den anti-aufklärerischen Affekt der orthodoxen Kirchen übernehmen und uns nicht einbilden, dass eine Zukunft des Christentums in Europa darin besteht, dass wir in eine Situation vor der Aufklärung zurückkehren.

Adam Krzemiński:

Recht herzlichen Dank. Sie sprechen mir aus dem Herzen, weil wir tatsächlich in einem europäischen Kulturkampf um die Aufklärung stehen. Es gibt starke Tendenzen, diese Aufklärung eigentlich zu verteufeln – unter den Chiffren Hiroshima, Gulag oder Auschwitz. Und es gibt Stimmen, die sagen, man müsse sozusagen zurück vor die Aufklärung gehen.

Herr Professor Winkler, wie weit ist der Weg nach Osten für Deutschland – jetzt? Ich habe Ihr wunderbares Buch „Der lange Weg nach Westen“⁶² so verstanden, dass dieser Weg über die Entdeckung der republikanischen Traditionen, Gepflogenheiten und Formen in Deutschland führte – das ist der Westen, wie ich es verstehe. Aber jetzt gibt es diese große Aufmerksamkeit für den Osten, den ökumenischen Dialog und Trialog, aber auch handfeste wirtschaftliche und energiepolitische Interessen. Wie ist dieser Weg nach Osten zu beurteilen? Wie wird er weitergehen?

⁶² Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*. Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000.



Prof. Dr. Heinrich August Winkler und Adam Krzemiński

Wo sind Deutsche und Polen Partner und wo sind sie in einer Konfliktsituation, weil es in wirtschaftlicher und kultureller Sicht Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten gibt?

Heinrich August Winkler:

Polen ist zwar geographisch östlich von Deutschland gelegen, aber bestimmt nicht „der Osten“, schon gar nicht der Osten, den man etwa mit der Vorstellung der orthodoxen Kirche verbindet. Und da ist man bei einem Thema, das Erhard Eppler heute unter Hinweis auf Richard Löwenthal angesprochen hat, bei der Betonung dieser enorm lang nachwirkenden Prägungen der unterschiedlichen Traditionen in Europa. Auf der einen Seite sehen wir den westkirchlichen, lateinischen Bereich, der eine ganz frühzeitige Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt, von fürstlicher und ständischer Gewalt erlebt hat, und auf der anderen Seite sehen wir den orthodoxen Bereich, der diese Tradition nicht

erleben konnte, auch wegen osmanischer und tartarischer Fremdherrschaft nicht. In diesem Sinne, glaube ich, war der Beitritt Polens zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 wie auch der Beitritt der anderen sieben ostmitteleuropäischen Staaten, die bis zur Epochenwende von 1989/91 kommunistisch regiert worden sind, ein Stück Wiedervereinigung des Westens, Wiedervereinigung des alten Okzidents, der durch eine weithin gemeinsame Rechtstradition verbunden ist. Da ist ein Fundus an Gemeinsamkeiten, an den man anknüpfen kann und der deutlich macht, wie stark Deutsche und Polen zusammengehören.

Der deutsche Weg nach *Westen* war nun dadurch erschwert, dass Deutschland zwar zu diesem alten Okzident gehörte, aber seine politischen Eliten große Vorbehalte gegen die politischen Ideen des Westens, gegen die politischen Konsequenzen der Aufklärung hatten: Im Ersten Weltkrieg standen die „Ideen von 1914“ gegen die „Ideen von 1789“. Das war geradezu ein politischer Kulturkampf, geführt von Intellektuellen. In Polen hat es so etwas nie gegeben. Polen hat sich, was die Eliten angeht, immer zum Westen gerechnet, und insoweit würde ich den Begriff Osten nicht anwenden, wenn es um das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen geht. Den langen Weg nach Westen, den hat Richard von Weizsäcker in einem Satz am 3. Oktober 1990 in seiner Rede zur Wiedervereinigung zusammengefasst: „Der Tag ist gekommen, an dem zum ersten Mal in der Geschichte das ganze Deutschland seinen dauerhaften Platz im Kreis der westlichen Demokratien findet.“ Vier Jahre vorher hatte Jürgen Habermas formuliert – und damit sozusagen eine Art posthume Adenauersche Linke begründet: „Die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit, auf die gerade meine Generation stolz sein könnte.“ Das ist der Weg nach Westen, und in diesem Sinne kann es einen Weg nach Osten nicht geben.

In der Weimarer Zeit gab es allerdings die Vorstellung, Deutsche und Russen sollten sich gegen die Polen verbünden. Da hat nicht nur ein Reaktionär wie der Chef der Heeresleitung, der General von Seeckt, davon geträumt (und nicht nur geträumt), wie man zusammen mit Russland den als illegitim geltenden polnischen Nationalstaat auf Null reduzieren könne, um eine gemeinsame deutsch-russische Grenze zu schaffen; nein, auch der katholische Reichskanzler Josef Wirth hat ausdrücklich diese Position unterstützt. Das war sozusagen ein Weg nach Osten mit antiwestlichen Vorzeichen – ein Weg, der bis in die politische Mitte hinein als gangbar angesehen wurde.

Ich kenne in der Gegenwart keinen deutschen Politiker, dem ich nachsagen würde, so etwas auch nur im Hinterkopf zu haben. Und dennoch: Es ist natürlich wichtig, dass wir uns in die Interessen und die Befindlichkeiten unserer unmittelbaren östlichen Nachbarn viel mehr hineindenken – seitdem sie Mitglied der EU sind, noch mehr als zuvor. Es kann nicht im deutschen Interesse liegen, dass in Warschau, in Vilnius, in Riga oder Tallinn der Eindruck entsteht, es gebe so etwas wie eine exklusive deutsch-russische Sonderbeziehung. Das kann nicht unser Interesse sein. Man kann gelegentlich in Warschau zwischenlanden, wenn man nach Moskau fliegt. Häufigere Besuche bei unseren unmittelbaren nächsten Nachbarn würden nicht nur der politischen Klimapflege dienen, sondern einfach der Tatsache Rechnung tragen, dass wir aus der Europäischen Union doch eine politische Union und eine Wertegemeinschaft machen wollen. Deshalb darf man nicht die deutsch-russischen Beziehungen in einen Gegensatz geraten lassen zur Pflege unserer Beziehungen zu Polen. Das muss im politischen Bewusstsein unserer politischen Klasse verankert bleiben.

Ich würde in diesem Zusammenhang noch gerne eine Bemerkung zum „Zentrum gegen Vertreibungen“ hinzufügen. Was mich an dieser Initiative von Anfang an besonders irritiert hat,

ist die Tatsache, dass dieses „Zentrum“ unter der Ägide des Bundes der Vertriebenen entstehen sollte. Der Bund der Vertriebenen hat sicherlich einmal eine wichtige Funktion gehabt – die Heimatvertriebenen brauchten eine Interessenorganisation –, aber als eines ist der Bund der Vertriebenen gewiss nie hervorgetreten: als Vorkämpfer der deutsch-polnischen Verständigung oder als Anwalt eines selbstkritischen Umgangs der Deutschen mit ihrer Geschichte. Vielleicht sollte man noch einmal zitieren, wie der Bund der Vertriebenen die Denkschrift der EKD damals 1965 kommentiert hat: „Die Empfehlungen beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.“ Man zitiert zwar zum Ausgleich gelegentlich den berühmten Satz aus der Charta der Vertriebenen von 1950: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung.“ Aber dem folgt ein Satz, den man ganz genau lesen muss, und der heißt: „Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.“ „*Das letzte Jahrzehnt*“, nicht: „der Nationalsozialismus“, nicht: „das nationalsozialistische Deutschland“, sondern ganz anonym: „das letzte Jahrzehnt“. Das nenne ich keinen kritischen Umgang mit der deutschen Vergangenheit, und da hat sich leider in den vielen Jahren, die seitdem vergangen sind, zu wenig geändert. Deswegen fand ich es sehr irritierend, dass dieses Projekt – parteiübergreifend – zeitweilig Unterstützung gefunden hat. Insofern kann man der evangelischen und der katholischen Kirche nur dankbar sein, dass sie andere, und zwar die richtigen Akzente gesetzt haben.

Adam Krzemiński:

Frau Professor, Sie wollten sich auch noch zur Frage des „Zentrums“ äußern.



Adam Krzemiński und Frau Prof. Dr. Irena Lipowicz

Irena Lipowicz:

Man könnte zu den von Herrn Winkler zitierten Sätzen natürlich sagen: Na ja, das ist doch lange her, seitdem sind viele Jahre vergangen. Mein Problem ist jedoch, dass ich in dem Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ einen Paradigmenwechsel für die deutsch-polnischen Beziehungen sehe. Ein Paradigmenwechsel von einer schlechten Realität zu einer guten Realität, etwas, das uns wirklich eine bessere Zukunft gebracht hat und für beide Völker unglaublich wichtig gewesen ist, das war die EKD-Denkschrift, das war der Brief der polnischen Bischöfe. Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ wird in eine andere Richtung wirken.

Wenn dieses Projekt realisiert wird, dann werden in Berlin vor allem zwei Ereignisse aus dem Zweiten Weltkrieg im Blickfeld stehen. Eines ist der Holocaust, dessen Mahnmal über jeden Zweifel erhaben ist. Aber das andere ist die Vertreibung. Was ge-

schah dazwischen? Ich würde die Idee von Bischof Huber sehr unterstützen, dass wir jetzt endlich eine monumentale, eine deutsch-polnische Geschichte des Zweiten Weltkrieges schreiben. Wie die Tätigkeit von Professor Ziemer in Warschau zeigt, sind unsere Historiker schon so weit – natürlich nach langen Debatten, aber es besteht die Grundlage dafür –, solch ein monumentales Standardwerk entstehen zu lassen. Das wäre wirklich ein Zeichen, das beste Monument und ein passendes Denkmal.

Im Bezug auf das „Zentrum gegen Vertreibungen“ möchte ich zwei Dinge ansprechen. Erstens: Wer macht das? Ich hatte ein langes Gespräch mit Frau Gabriele Lesser, einer bekannten Journalistin, die einen Prozess mit Frau Steinbach vom Bund der Vertriebenen hatte. Ich dachte, es ging um jenen Satz von Frau Steinbach, die sinngemäß gesagt hatte, man müsse heutzutage keine Bomber mehr nach Polen schicken, um den Polen klar zu machen, welche die westlichen Werte seien. Ich dachte natürlich, sie hat gegen Frau Lesser geklagt, weil Frau Steinbach sich *falsch* verstanden fühlte. Doch Frau Lesser sagte, nein, es ging nur darum, dass sie sich *ungenau* zitiert fühlte. Frau Steinbach meinte, sie habe das Wort „Kampfflugzeuge“ benutzt und nicht „die Bomber“.⁶³ Aber wenn es nun tatsächlich so ist, dass man als Urheber und Organisator dieses „Zentrums“ sagt, man muss nicht wieder Kampfflugzeuge zu uns schicken, um uns die westliche Welt beizubringen, dann verstehen Sie, dass die Reaktion in Polen so negativ ist. Man weiß schließlich, wann zum letzten Mal Kampfflugzeuge in dieser Funktion bei uns gewesen sind, zu Zeiten Adolf Hitlers. Ich habe Ähnliches nur einmal von einem

⁶³ Der Originalsatz Steinbachs aus der Süddeutschen Zeitung vom 26.8.1999 lautete: „Es bedarf keiner Kampfflugzeuge. Ein schlichtes ‚Veto‘ zur Aufnahme uneinsichtiger Kandidaten ist ausreichend.“ Vgl. Presseerklärung von Gabriele Lesser zum Urteil des Landgerichts Hamburg zum Klageverfahren des Bundes der Vertriebenen gegen die Journalistin Gabriele Lesser, 28.6.2004, URL:<<http://www.hagalil.com/archiv/2004/06/lesser.htm>> [März 2006].

Anhänger der FPÖ während einer öffentlichen Diskussion in Österreich gehört, als der mir sagte, die Wehrmachtssoldaten hätten auf den Schlachtfeldern Polens erfolgreich um ein vereinigtes Europa gekämpft. Das war kein Politiker, sondern ein Mensch, der einmal dort gekämpft hatte; er war invalide und er suchte irgendwie – auf diese verrückte Weise – einen Sinn seines Lebens und Leidens zu finden. Ich hatte eigentlich Mitleid mit ihm.

Man kann natürlich sagen, es handelt sich bei dem Ausspruch von Frau Steinbach nur um einen Satz. Aber dieser Satz steht nicht allein. Der Hauptgutachter für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist Professor Eckart Klein.⁶⁴ Wenn Sie sein Gutachten aufschlagen, dann finden Sie dort die Formulierung, dass Polen einen Genozid gegenüber Deutschland geplant haben soll. Irgendwie bekommt man Angst, wenn man denkt, dass solche Projekte in ganzer Majestät des Bundestages und als offizielles Projekt vorgestellt werden könnten. (Man muss allerdings bedenken, dass der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse sich von diesem Gutachten distanziert hat.)

Warum fürchtet man ein Museum des Zweiten Weltkrieges? Warum sollte man nur die Schlussetappe dieses Krieges darstellen? Ich befürchte, dass wir eben einen Paradigmenwechsel vor uns haben. In den Zeiten des Briefwechsels zwischen den Bischöfen war es ein Prozess auf beiden Seiten – „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ –, niemand versuchte, das Geschehen der Vertreibungen aus dem Kontext des Zweiten Weltkrieges herauszureißen. Das „Zentrum“ bedeutete dagegen

⁶⁴ Gutachten zur Rechtslage des im heutigen Polen entzogenen Privateigentums Deutscher, erstellt im Auftrag des Deutschen Bundestages von Univ.-Prof. Dr. Eckart Klein, Potsdam, 15. Februar / 4. April 2005; vgl. Jerzy Kranz, Polen und Deutschland: getrennte oder gemeinsame Wege der Geschichtsbe-wältigung? Juristisch-politische Bemerkungen aus polnischer Sicht, Bonn 2005, S. 27 f.; auch unter URL: <<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/02971.pdf>> [März 2006].

einen Bruch. Es entspricht nicht der Linie von Helmut Kohl. Es entspricht nicht der Linie von Willy Brandt. Es entspricht nicht der Linie von Hans-Dietrich Genscher oder der Grünen. Diese große Linie der Versöhnung, die alle deutschen Parteien, groß und klein, mit Vorbehalten, mit Kritik, aber doch die ganzen vierzig Jahre über, nachdem sie die Idee des Briefwechsels aufgegriffen hatten, fortgesetzt haben, wird plötzlich durch etwas ganz Neues abgelöst. Ich glaube, man unterschätzt hier die Gefahr.

Und wie wird die Reaktion sein? Ich bin jetzt zehn Monate lang unterwegs in Deutschland und in Polen, ich spreche viel mit den Menschen, ich war vier Jahre lang als Botschafterin in Österreich und konnte dabei nicht nur die Sensibilitäten dieses Landes, sondern auch seiner Nachbarn kennen lernen. Es kann die Zeit kommen, dass man ganz viele Tempel des Leidens, nicht Zentren der Versöhnung, sondern Tempel des eigenen Leidens baut. Wenn in Deutschland ein solches „Zentrum“ entsteht, dann werden die Polen sagen, wir haben auch gelitten und müssen auch unser Leiden dokumentieren. Dann kommen unsere slawischen Nachbarn. Weißrussland hat 30 Prozent der Bevölkerung verloren. Ich befürchte, dass wir auf diese Weise ein allgemeines „Amselfeld-Syndrom“ heraufbeschwören.

Bei allem Respekt für eine souveräne Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland, die wir natürlich zu achten haben, möchte ich doch – angesichts der Gemeinschaft zwischen Deutschland und Polen, im Rahmen einer demokratischen Debatte, mit allen Gefühlen, die ich für Deutschland habe – sagen können: Das „Zentrum“ ist ein Irrtum. Bitte tun Sie das nicht. Gehen wir lieber weiter den Weg, den uns die Kirchen 1965 eröffnet haben. Wenn man heute versucht, von diesem Weg abzugehen, ist das nur ein Anfang. Auch die Russen haben furchtbar gelitten, und auch sie haben so ein Zentrum des eigenen Leidens noch nicht gebaut. Es wird entstehen, darauf können wir wetten. Wenn man einmal eine Spirale zu drehen beginnt, kommt es zu

Entwicklungen in Europa, die wir heute noch gar nicht erahnen können.

Adam Krzemiński:

Ich erinnere mich an einen Satz in dem Brief der polnischen Bischöfe, an den man sich heutzutage nicht gerne erinnert, weil wir heute wider das Vergessen argumentieren, weil wir fordern, man solle mit Blick auf die Vergangenheit leben und die Erinnerung pflegen, der aber auch dort steht: „Versuchen wir zu vergessen.“ Frau Franke, Sie sind Leiterin der Gedenkstätte in Kreisau [Krzyżowa], deren Programm vor allem auf Jugendliche ausgerichtet ist. Wie ist das mit der jungen Generation, die zu Ihnen kommt, bei der es sich ja schon um die dritte Generation handelt, nicht einmal mehr um die Enkel, sondern um die Urenkel? Vergessen sie oder „wühlen“ sie in der Vergangenheit? Und die zweite Frage an Sie: Wer kommt zu Ihnen? Sind das die sowieso schon Überzeugten, die in diesem deutsch-polnischen Dialog und mit der „Liturgie der Verständigung“ schon vertraut sind, während die Masse gar nicht erfasst wird? Merken Sie auch bei dieser jüngeren Generation Rückfälle in die Sprache der Großeltern oder der Generation der 1960er-Jahre?

Annemarie Franke:

Zunächst möchte ich mich bei den Veranstaltern sehr bedanken, dass ich in dieser erlauchten Runde die Gelegenheit habe, die Stiftung Kreisau zu vertreten, denn ich sehe das als eine Wertschätzung dessen, was wir machen. Wir machen im Grunde genommen „Graswurzel“-Arbeit. Wir arbeiten mit jungen Menschen und können noch gar nicht absehen, in welche Richtung das gehen wird. Aber unsere Hauptaufgabe sehen wir genau darin, Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei sind wir natürlich einer bestimmten Tradition verpflichtet, und das ist genau die Tradition, von der heute die Rede war. Wir versuchen Rahmen-

bedingungen zu schaffen, in denen junge Menschen sich treffen und sich ihre eigene Meinung bilden können und damit gewissermaßen immun werden gegen Populismus und gegen Instrumentalisierung von Geschichte,



Frau Annemarie Franke

wie wir das so oft antreffen in tagespolitischen Diskussionen. Das würde mir eigentlich schon ausreichen: Wenn junge Menschen dadurch, dass sie nach Kreisau kommen, dadurch, dass sie Kontakt haben mit Jugendlichen aus Polen, Deutschland, der Ukraine, Litauen, Frankreich oder Norwegen – das ist ganz international, nicht nur deutsch-polnisch –, wenn sie nach Hause fahren und dieses Land Polen

oder Mitteleuropa für sie nicht mehr nur ein weißer Fleck ist, sondern an die Stelle der weit verbreiteten Ignoranz eine eigene Anschauung, Gefühle, Emotionen getreten sind und die Kontakte eine Selbstverständlichkeit werden.

Und solche Entwicklungen, würde ich sagen, beobachten wir auch tatsächlich. Natürlich ist Kreisau eine Insel. Zu uns kommen Menschen, die schon offen sind, die Interesse haben. Kreisau hat vor allem in Polen einen guten Ruf, und vor allem jedem jungen polnischen Schüler oder vielleicht auch besonders den Lehrer/innen ist das Bild von der Begegnung Helmut Kohls und Tadeusz Mazowieckis im November 1989 vor Augen. Das ist ein starkes Symbol, und da stimmt das, was Herr Bahr heute Morgen gesagt hat, durchaus, dass sich die Wahrnehmung etwas verzerrt, was die Reihenfolge der Ereignisse im Aussöhnungsprozess angeht. Aber ungeachtet dessen: Kreisau ist positiv belegt, und jede

polnische Schulklasse möchte da gerne hin. Auf deutscher Seite ist das eher so, dass die Lehrerinnen und Lehrer sich für ihre Schüler/innen wünschen, sie mögen doch ihren Horizont erweitern in Richtung Mittel- und Osteuropa. Und es sind eher die Lehrer/innen, die die Schüler/innen überzeugen müssen: Lasst uns mal nach Polen fahren. Wenn aber dann die Schüler/innen einmal in Polen waren, dann sind sie begeistert. Dann wollen sie wiederkommen. Davor steht die Unwissenheit, davor stehen vor allem Vorurteile, die immer noch stark sind, aber in dem Moment, wo es den direkten Kontakt gibt, wo eben Peter Magdalena kennen lernt und Polen nicht mehr irgendwo weit weg, sondern mit konkreten Namen und Gesichtern verbunden ist, da entsteht eine Selbstverständlichkeit. Da wird genau diese Nähe spürbar, von der die Rede war. Was dabei entsteht, ist aber nicht nur eine Selbstverständlichkeit der Kontakte, die Jugendlichen entwickeln auch gemeinsame Projekte. Die kommen ja nicht nur einmal, sondern es gibt eine Fortsetzung. Und damit bauen sie im Grunde genommen Grundfesten einer Zivilgesellschaft, für die die Grenzen gar nicht mehr so wichtig sind.

Wir haben jetzt beispielsweise gerade in Kreisau eine große Veranstaltung „Simulation des Europäischen Parlaments“ gehabt, mit 160 Jugendlichen aus zehn Ländern, die sich in erster Linie über Englisch miteinander verständigt haben. Ich musste mich um die Betreuer, die Lehrerinnen und Lehrer, kümmern. Die kamen aus Österreich, Deutschland, den Niederlanden, Lettland und Polen. Und es hieß also, wir sprechen Englisch. Also habe ich mein Englisch hervorgeholt und habe ihnen auf Englisch etwas zu Kreisau und unseren Aufgaben erklärt und wollte dann eine Diskussion einleiten. Doch das war sehr mühsam, weil niemand so recht auf Englisch einsteigen wollte. Da habe ich dann gesagt, gut, wir beenden den offiziellen Teil, trinken Kaffee, und wer noch Fragen hat, bleibt. Daraufhin hat jeder in seiner eigenen Sprache gesprochen, auf Deutsch und auf Polnisch oder auf

Englisch im Falle der lettischen und holländischen Gäste. Und wir waren mittendrin in einer Diskussion um die auch heute besprochenen Themen: die Vertreibung, den Unterschied zwischen Österreich und Deutschland, die Milieus der Schlesier oder Sudeten et cetera. Anders die Jugendlichen: Für die ist vieles völlig selbstverständlich. Da kamen zwei zu mir und sprachen mich auf Englisch an, obwohl sie ja sahen, dass ich einen deutschen Namen habe und sicherlich wussten, ich bin Deutsche. Aber die waren schon so gewohnt an ihr Englisch und das Internationale, dass es gar keine Rolle mehr spielte. Da merkt man die Unterschiede in der Leichtigkeit, wie Kontakte entstehen und wie an Themen herangegangen wird. Und da ist in der Tat die Vergangenheit erst einmal oberflächlich keine Belastung.

Aber meine Sorge ist immer, dass im Moment der Krise, wenn die politischen Beziehungen schlechter werden, die Jugendlichen wieder Empfänger der Urteile ihrer Großeltern, ihrer Eltern oder eben dessen werden, was in den Medien gesprochen wird. Etwas tiefer gelegen gibt es diese Vorurteile noch. Und deshalb haben deutsch-polnische Initiativen immer noch ihre Berechtigung, auch für junge Menschen. Da steckt noch ganz viel Spannung drin. Deshalb, obwohl ich Ihre, Frau Botschafterin, Interessen verstehe, das Gespräch zu erweitern, in Weimar, in Richtung Ukraine, finde ich, dass man nicht unterschätzen darf, wie viel Verständigungsbedarf es noch im deutsch-polnischen Verhältnis gibt. Die jungen Menschen, die Jugendlichen, kommen zu uns, haben fünf Tage eine Begegnung, alles sieht rosig aus, gute Stimmung, sie wollen wiederkommen. Aber was passiert dann weiter damit? Im Moment der Krise? Das ist für mich immer die Frage. Und da spielt dann schon das gesamtpolitische und das gesellschaftliche Klima eine wesentliche Rolle. Insofern: Wir leisten diese Grundlagenarbeit und versuchen natürlich auch Nachhaltigkeit zu erreichen, aber sehr viel mehr als das Interesse, die Neugierde zu wecken und Beziehungen zu schaffen, können wir

erstmal nicht leisten. Deshalb ist es für uns sehr wichtig, was sich gesamtgesellschaftlich und politisch abspielt.

Zu Ihrer Frage: „Wer kommt nach Kreisau?“ Natürlich kommen sehr stark nationalkatholische Gruppen nicht unbedingt zu uns, um sich mit Deutschen zu treffen. Rechtsextreme Gruppen aus Deutschland kommen auch nicht zu uns. Ich bin mir dessen bewusst, dass es auch immer eine gewisse Minderheit ist, die wir erreichen. Aber wenn man diese Minderheit stärkt in ihrem Bewusstsein und ihren Überzeugungen, dann kann sie ausstrahlen. Und das, denke ich, gelingt recht gut. Ein Ort wie Kreisau ist wichtig, um Energien zu bündeln, anzuziehen und etwas daraus wachsen zu lassen.

Vielleicht noch eine Ergänzung zu dem Stichwort „Zentrum gegen Vertreibungen“. Als Stiftung Kreisau stehen wir auch gegen diese Idee des „Zentrums“ und sind für das Projekt eines internationalen „Netzwerks Erinnerung und Solidarität“. Dazu muss ich anmerken: Bei uns direkt in der Umgebung, in Niederschlesien, fallen mir direkt 20 Institutionen ein, mit denen wir zusammenarbeiten und die in diesem deutsch-polnischen oder internationalen Kontext tätig sind. Das ist bereits unser Alltag, dass wir mit denen gemeinsame Projekte entwickeln, dass wir gemeinsame Veranstaltungen machen. Darüber ist zu wenig bekannt, und man sollte diese bereits existierenden Initiativen weiter stärken.

Adam Krzemiński:

Meine Damen und Herren im Publikum, wenn Sie sich einschalten wollen, dann haben Sie jetzt die Chance. Zunächst Herr Bahr, Sie wollten auch etwas zu den deutsch-russisch-polnischen Beziehungen sagen?

Egon Bahr:

Es ist eigentlich alles gesagt. Ich hätte nur eine kleine Bemerkung zu den Ausführungen von Frau Lipowicz. Und zwar mit der herz-

lichen Bitte um Verständnis. Ich bin kein Freund von Frau Steinbach. Und ich finde das, was sie macht, schrecklich und überhaupt nicht zu verstehen. Aber ich habe natürlich manchmal auch die Sorge, dass das Echo, das sie auslöst, sie größer macht. Ich habe den Wunsch, dass man sie klein hält. Und nicht über jedes Stöckchen springt, was sie hinhält, damit sie größer wird. Das ist Punkt eins.

Und der zweite ist: Ich bitte auch um Verständnis dafür, dass die Deutschen normal werden, nämlich in dem Sinne, dass wir, wenn man so will, wie jedes andere Volk ein Naturrecht darauf haben, Verrückte zu haben – auch auf der rechten Seite. Damit müssen wir leben. Und damit müssen wir fertig werden. Ich meine, wir sind ja noch nicht so weit wie die Österreicher oder die Franzosen. Aber mit einem gewissen Anteil von – bitte, bitte, bitte – unter fünf Prozent Rechten muss eine wehrhafte, normale starke Demokratie umgehen können, auch die deutsche. Also: nicht zu sehr ängstigen.

Ein Teilnehmer:

Der polnische Bischof Jež hat vorhin auf dem Podium gesagt: Schön und gut mit den Institutionen und der Verständigung, Kirchen und Politik. Entscheidend sind aber die persönlichen Kontakte. Die bilden Vertrauen, und vor allen Dingen muss man mehr die Emotionen sehen und weniger den Intellekt. Dazu ein persönliches Beispiel: die Urgroßväter meiner Enkel, von denen der eine in der deutschen Wehrmacht, der andere in der polnischen Armee war. Die haben im September 1939 im gleichen Abschnitt gekämpft und versucht, sich nicht gegenseitig zu töten. Meine Enkel sind inzwischen Deutsch-Polen, in Deutschland sind es Deutsche, in Polen sind es Polen. Was ist dazwischen passiert? Mein Sohn hat über Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nach dem Abitur ein Soziales Jahr in Frankreich gemacht und geistig behinderte Erwachsene betreut und dort eine mit gleichem Enga-

gement tätige Polin kennen und lieben gelernt. Inzwischen sind sie verheiratet und haben vier Kinder. Das ist die Vergangenheit.

Was machen sie in der Gegenwart und in der Zukunft? Mein Sohn wurde genau wie seine Frau Diplom-Psychologe, und sie wohnen in Frankfurt/Oder und in Poznań, in Polen wie in Deutschland. Sie bringen deutsche und polnische Firmen auf Messen zusammen, und mein Sohn macht Seminare, auf denen die eine Hälfte Polen und die andere Hälfte Deutsche sind. Und die vier Kinder, die Enkel dieser Urgroßväter, die aufeinander geschossen haben, sprechen jetzt fließend beide Sprachen. Das ist Verständigung, Vertrauen für Gegenwart und Zukunft – und ein Beispiel für gelebte deutsch-polnische Aussöhnung. Danke.

Roland Langner:

Mein Name ist Langner. Ich bin Senior aus Potsdam. Wir unternehmen öfters Fahrten nach Polen, nach Schlesien, die auch der Verständigung dienen – zwischen den älteren deutschen und polnischen Bürgern. Wir waren auch in Lubowitz [Lubowice] und haben dort die Gedenkstätte von Eichendorff kennen gelernt. Ich möchte Bischof Jež nochmals bitten, dem Priester dort recht herzlich Dank zu sagen, weil er sich so um die Gedenkstätte bemüht hat.

Wir haben auch eine Fahrt gemacht nach Szczecin, nach Stargard und Umgebung, und waren auch in der Gemeinde Marwitz [Marwice]. Das Gebiet war, das hat uns auch ein polnischer Bürger gesagt, 700 Jahre lang in der Tradition deutscher Bürger, die man doch nicht so einfach wegstecken kann. Die Bürger, die von Lemberg [ukr. Lwiw, poln. Lwów] nach Breslau gekommen sind, die sind aber auch durcheinander gemischt und von ihren historischen Wurzeln losgerissen worden.

Man sollte die ehemaligen deutschen Bürger mit den anderen besser zusammenbringen. Und das, was wir ja in Deutschland haben und zwar im Lausitzer Gebiet, wo die Sorben wohnen,

sollte man auch dort machen, dass man praktisch bei den Orten, die zufälligerweise polnische Namen bekommen haben, die im Grunde genommen historisch gar nicht bedingt sind, dass man da unten drunter dann auch den deutschen Namen schreibt. Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen müsste doch so gestaltet werden, dass man auch weiß, wo man hergekommen ist. Vielleicht fühlen sich die Deutschen dann auch noch mehr hingezogen nach Polen und wollen mit den neuen Bürgern, den polnischen Bürgern, Kontakt aufnehmen. Ich habe viele kennen gelernt, die diese Kontakte auch gesucht haben.

Manfred Karow:

Mein Name ist Karow. Ich komme aus Hannover und bin Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Ich möchte ein aktuelles Beispiel dafür angeben, wie man Vertreibung auch aufarbeiten kann. Man hat in Rinteln die Idee gehabt, dass man die Vertriebenen aus einem bestimmten Ort in Oberschlesien mit den jetzt dort wohnenden Polen zusammenbringt, die auch vertrieben worden sind. Man hat neun Familien zu einer Zusammenarbeit bringen können; die haben alle etwas für eine Ausstellung zur Verfügung gestellt, etwas, was für sie eine hohe Bedeutung hatte, etwas ganz Persönliches. Und diese Ausstellung ist dann ein Vierteljahr in Rinteln und anschließend in Polen drüben gelaufen. Die beteiligten neun Familien haben die gemeinsame schmerzhaftige Geschichte auf diese Art wunderbar aufgearbeitet, und es ist eine gegenseitige Freundschaft entstanden, wie man sie sich nur wünschen kann. Das passiert also auch.

Reinhard Hanke:

Mein Name ist Hanke, ein schöner schlesischer Name, weil mein Vater aus Schlesien kommt, aus Sagan, Żagań, wie meine Mutter aus Westpreußen, aus Deutsch Krone, polnisch Wałcz.

Es ist natürlich immer sehr misslich, wenn über Menschen gesprochen wird, die nicht anwesend sind. Das war ja heute Nachmittag oftmals der Fall, wenn etwas über die CDU/CSU und über den Bund der Vertriebenen gesagt wurde. Ich weiß, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung der Sozialdemokratischen Partei nahe steht, aber nicht die Sozialdemokratische Partei selber ist. Also würde ich doch anregen, vielleicht in der Richtung der Vertriebenen das Feld etwas ausgewogener zu gestalten. Sie haben, Frau Lipowicz, ein Gutachten des Völkerrechtlers Klein aus Potsdam erwähnt. Wenn ich mich recht erinnere, ist es von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU in Auftrag gegeben worden. Das hat nichts mit dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ des Bundes der Vertriebenen zu tun. Ich verstehe nicht, warum Sie diesen Zusammenhang herstellen. Und es ist wohl auch nicht falsch, in diesem Haus an Peter Glotz zu erinnern, der wegen der Ignoranz der Tschechen zum „Zentrum gegen Vertreibungen“ gestoßen ist und ein Mitkämpfer von Frau Steinbach war, bis er nun leider kürzlich verstorben ist. Das sollte man auch sehen.

Vor einem Jahr hat in der französischen Kirche am Gendarmenmarkt in Berlin eine Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen stattgefunden: „Empathie für den Warschauer Aufstand“. Ich war bei dieser Veranstaltung und habe Ralph Giordano erlebt, der nun wirklich über Jahrzehnte lang kein Freund der Vertriebenen war. Ich kann mich erinnern, als Student mal in der *tageszeitung (taz)* einen Artikel von ihm über diese Charta der Heimatvertriebenen gelesen zu haben, wo er auch das mangelnde Verständnis gegenüber den polnischen Opfern beklagt hat. Im vorigen Jahr hat er aber, trotz allen Drucks, der von verschiedensten Seiten auf ihn ausgeübt worden ist, Frau Steinbach gesagt, sie ist auf dem richtigen Wege. Sie kann nicht so gut schauspielern, dass er nicht erkennen würde, dass sie was Falsches bezwecken würde. Und das sollte man auch berücksichtigen.

Vor zwei Jahren habe ich im Schloss von Fulda an einer Veranstaltung teilgenommen, wo der Bund der Vertriebenen und Frau Steinbach Gemeinden ausgezeichnet haben, die pro Einwohner ihrer Gemeinden einen bestimmten Beitrag für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ leisten. Es waren sehr viele sozialdemokratische Bürgermeister dabei. Auch das sollten Sie sehen. Morgen wird bei einer Veranstaltung des Westpreußischen Bildungswerkes die ehemalige Korrespondentin der *ZEIT* in Warschau sprechen. Auch sie unterstützt das „Zentrum gegen Vertreibungen“, und auch sie wurde oftmals unter Druck gesetzt.

Ich glaube, Sie sehen das wirklich zu schwarz. Und ich finde, Sie sollten auch berücksichtigen, dass die Vertriebenen, auch die Deutschen, ein Recht haben, ihre Geschichte darzustellen. Und es gibt gar kein Problem damit, dass auch andere ihr Leid darstellen. Es gibt auch kein Problem damit, Frau Franke, dass ein „Netzwerk“ entsteht, überhaupt nicht. Da muss man offen sein in der Diskussion und nicht so enge Rahmen setzen, wie Sie es hier jetzt gemacht haben. Ich finde das schade. Vertriebene gerade sind es gewesen, die über Jahrzehnte nach Polen gefahren sind, die in der schlechten Zeit Anfang der 1980er-Jahre Hilfe geleistet haben und auch heute Hilfe leisten. Ich fahre jedes Jahr mehrmals nach Polen, und viele Landsleute tun das auch. Das sind gerade die Vertriebenen im Bund der Vertriebenen, die das machen. Ich würde begrüßen, wenn Sie das weniger scharf sehen, als Sie das hier dargelegt haben. Darum bitte ich. Dass wir im Gespräch bleiben, aber nicht so. Bitte.

Herr Büschel:

Mein Name ist Büschel. Ich habe im Familienkreis eine alte Dame gehabt, die aus Breslau kam – deshalb die direkte Beziehung zur Vertreibung auf der einen Seite. Auf der anderen Seite habe ich seit 1970 Verbindung mit Polen; ich habe Elektrotechnik studiert in Dresden und als Diplom-Ingenieur sehr gut zu-

sammengearbeitet mit polnischen Ingenieuren von 1970 bis 1975. Ich war 2003 das erste Mal wieder in Warschau und habe jetzt das Schloss besichtigen können und möchte besonders den polnischen Wiederaufbau loben. Jeder weiß eigentlich, dass die Deutschen das waren, dass im September 1939 deutsche Verbände Warschau total bombardiert haben. Aber davon spricht heutzutage keiner. Ich brauche mir nur die Literatur anzuschauen, die hier ausliegt: Es geht nur um Vertreibungen. Da spricht keiner von den polnischen Opfern.

Ich möchte nur sagen, es gibt sicherlich sehr gute Bemühungen. Aber ich möchte auch von einem Erlebnis berichten, was ich selber hatte in diesem Jahr. Ich bin zur Kur gefahren zur Halbinsel Hela [Półwysep Helski] von Oldenburg aus. Das erste, was ich sah, als ich ankam, war, dass da drei Heimatkarten hingen. Die erste Heimatkarte war von Schlesien, die zweite Heimatkarte war von Pommern, und die dritte war von Westpreußen. Ich sage mal leichtsinnig, das sind die nächsten drei neuen Bundesländer, jede Vereinigung muss ja ein Ziel haben. Mit welchem Ziel gehen solche Vereine an ihre Arbeit?

Wir sind auch gereist: Wir waren in Danzig [Gdańsk], wir waren auf der Westerplatte, wir waren auf der Marienburg, und wo wir waren, es wird immer nur auf die deutsche Vergangenheit zurückgegriffen, aber nie davon erzählt, was in der Zeit von '39 bis '45 passiert ist. Und das, muss ich sagen, ist ein großer Mangel. Wir wissen nicht, welche gegenteiligen Stimmen sich im „Untergrund“ sammeln. Da sehe ich eine große Gefahr und eine Gegenbewegung zu der Arbeit, die Sie hier verrichten.

Adam Krzemiński:

Vielen Dank. Wir haben nur noch wenig Zeit, um das zu bündeln und ganz kurz auf die Wortmeldungen zu reagieren. Ich habe noch einen Gedanken dazu. Vor vierzig Jahren als Student habe ich auch sehr viel mit meinen damaligen Kommilitonen über die

Vergangenheit diskutiert, nach 1989 wiederum. Sind wir über die Vergangenheit aneinander gebunden? Wir sind fast so etwas wie deutsch-polnische Kettenkugeln, die nur über die Geschichte, Vergangenheit, Vertreibungen, Krieg kommunizieren, weil wir zu unbeholfen sind, die modernen, aktuellen, zukunftsweisenden Fragen miteinander zu besprechen. Ist die Vergangenheit wirklich so eine Last, dass wir aus diesem Teufelskreis nicht heraus können? Wie ist Ihre Meinung dazu?

Annemarie Franke:

Also, ich fand die Beiträge sehr eindrucksvoll. Man merkt, es gibt immer wieder das Bedürfnis, Geschichten zu erzählen und aus seinem Leben zu berichten. Und da gebe ich hier der kritischen Stimme von Herrn Hanke völlig Recht, dass man beide Seiten hören muss und dass es ausgesprochen werden muss. Und dazu muss immer wieder Raum geschaffen werden. Man merkt eben, wenn die Sachen nicht ausgesprochen und offen diskutiert werden, dann bleibt etwas zurück. Und das schlägt zurück wie ein Bumerang. Trotz der 40 Jahre, die schon zurückliegen, ist vieles immer noch nicht ausgesprochen.

Für die junge Generation sehe ich nur die Schwierigkeit, dass – wie gesagt – in ihren Kontakten, in Schule, Studium, Berufsleben diese Themen eigentlich keine Rolle spielen. Und das ist genau immer unsere Aufgabe in Kreisau: trotzdem ein bestimmtes Geschichtsbewusstsein, eine Empathie für Geschichte zu vermitteln und dadurch auch innerhalb der eigenen Familie Gespräche anzuregen und ein Nachdenken, wie man bezogen auf die Zukunft kluge Lehren aus der Vergangenheit ziehen kann. Das ist doch immer die Aufgabe, und deshalb sprechen wir über Geschichte.

Heinrich August Winkler:

Vergangenheit sollte man nicht gegen die Zukunft ausspielen. Ich stimme Ihnen völlig zu. Man muss wissen, woher man kommt,

wenn man wissen will, wo man steht und wo man hingehen will.

Es ist ganz ohne Zweifel so, dass wir in Sachen Erweiterung Europas viel weiter gekommen sind als in Sachen Vertiefung. Da bleibt sehr viel zu tun, und wir haben heute nur über einen Aspekt, vor allem den deutsch-polnischen Beitrag zu einer europäischen Verständigung, gesprochen. Vertiefung kann aber nicht nur bestehen in institutionellen Reformen, zur Vertiefung gehört auch ein klares Bewusstsein dessen, was uns verbindet und was uns in der Vergangenheit getrennt hat. Und ich denke, das, was uns verbindet, ist so stark, dass man darauf ein gemeinsames Wirken in Richtung Zukunft aufbauen kann. Das ist der eigentliche Sinn der Vertiefung der Europäischen Union. Das Ziel muss so etwas sein wie ein Wir-Gefühl derer, die sich in der Europäischen Union zusammenfinden. Sonst wird dieses Europa auch nach außen keine konstruktive Rolle spielen können. Das sollte uns sehr viel mehr als bisher beschäftigen. Das ist nicht nur ein Appell an die politische Klasse. Ich glaube, das ist vor allem – und das ist auch in dieser Diskussion deutlich geworden – eine Verantwortlichkeit der Zivilgesellschaft, also von uns allen!

Adam Krzemiński:

Besten Dank. Herr Bischof, sind wir Gefangene der Geschichte?

Wolfgang Huber:

Im Umgang mit der Geschichte neigen wir immer wieder dazu, zwischen Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit hin und her zu pendeln. Die Normalität im Verhältnis zur Geschichte, von der Egon Bahr gesprochen hat, ist deshalb nicht leicht zu erreichen. Das Gute an den deutsch-polnischen Beziehungen ist aber, dass es eine Zukunft unter Ausklammerung der Geschichte nicht geben wird. Wir stehen nicht vor der Alternative, entweder diese Geschichte einzubeziehen oder es bleiben zu



V.l.n.r.: Prof. Dr. Dieter Dowe, Bischof Dr. Wolfgang Huber, Prof. Dr. Friedhelm Boll

lassen. Wir wissen genau: Sie ist einbezogen. Und das in einer Form, in der die Unternehmungslust der jungen Generation nicht gelähmt wird und man sich an so etwas, wie Sie es aus Kreisau beschreiben, erfreut und nicht jedes Mal den moralischen Zeigefinger in die Höhe reckt und sagt: „Jetzt müsst ihr aber erst einmal über die Schuld der Vergangenheit reden.“ Diese Art von Unbefangenheit zu erreichen, ist ein hohes Gut.

Ich bin im Zusammenhang der Erinnerung an die kirchlichen Versöhnungsinitiativen gefragt worden, ob ich mir vorstellen könne, dass es noch einmal eine Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland gibt. Meine Antwort war schlicht und kurz: Ganz bestimmt nicht. Und hinzugefügt habe ich: Gott sei Dank nicht, weil wir in der Zukunft nicht mehr *übereinander* reden werden, sondern *miteinander*, und weil wir das Aufarbeiten unserer Geschichte und das Bahnen von Wegen zur Versöhnung miteinander gestalten werden.

Ich bitte jetzt meinerseits Herrn Hanke nochmals um Verständnis dafür, wenn ich sage: Die Probe aufs Exempel ist die Frage, wie wir mit dem Vertreibungsgeschehen umgehen. Die Probe aufs Exempel ist die Frage, ob wir von vornherein ein gemeinsames Projekt entwickeln. Es kann nicht sein, dass wir zunächst einmal sagen, wir in Deutschland wüssten, wie wir es machen, und dann erklären, dass wir natürlich offen dafür sind, das von uns schon festgelegte Projekt in ein „Netzwerk der Erinnerung und Solidarität“ einzufügen. Nein, wir müssen über die Kriterien und Verknüpfungen dieses europäischen Vertreibungsgeschehens miteinander nachdenken. Es gibt keine Nation, die den europäischen Charakter dieses Geschehens nachdrücklicher erlebt hat als die polnische, mit einer Westverschiebung des gesamten polnischen Staates, mit Vertreibung und Umsiedlung, mit einer „Gesamtverschiebung“ der Nation. Deswegen ergeht hier mein dringender Rat: Gerade bei diesem Thema dürfen wir dem schwereren Weg, der Blockaden zu überwinden versucht, nicht ausweichen und denken, es sei bequemer, den scheinbar einfacheren Weg zu gehen. Das ist mein Appell. Im Übrigen bin ich zuversichtlich. Wir werden es nicht übertreiben. Dafür wird die nachwachsende Generation sorgen. Aber wir werden dieses Thema unserer Geschichte immer mit im Fokus behalten müssen.

Adam Krzemiński:

Frau Botschafterin, was muss sich an unserem Paradigma deutsch-polnischer Beziehungen ändern?

Irena Lipowicz:

Ich möchte nur empfehlen, eben dieses Paradigma nicht zu ändern, sondern das, was in den 1960er-Jahren geschah und dessen Zeuge Herr Bischof Jeż war, zu bewahren. Es war klug und es bringt uns weitere Früchte. Der deutsche Botschafter in Warschau und ich haben uns einmal daran erinnert, welche Rolle dieser

Briefwechsel und die EKD-Denkschrift in unserem eigenen Leben gespielt haben. Es zeigte sich, dass wir beide als brave und gute Schüler damals, nach den kirchlichen Versöhnungsinitiativen und der antikirchlichen Kampagne des polnischen Regimes, absolut „korrekte“ Aufsätze geschrieben haben. Er hat geschrieben oder eine Rede in seiner Schule darüber gehalten, welche Unverschämtheit die Denkschrift und der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe doch gewesen sei. Und ich habe auch ganz brav geschrieben, wie schrecklich die ganze Sache war. Das war der Tag, wo mir zum ersten Mal in meinem Leben meine Mutter eine heftige Szene gemacht und sofort einen Crashkurs in deutsch-polnischer Geschichte gegeben hat. Jedenfalls hat uns beide das lebenslang geformt. Und dass wir unser Leben der deutsch-polnischen Verständigung gewidmet haben, das haben wir den Bischöfen zu verdanken.

Wenn ich in unserer Diskussion so prinzipiell geworden bin, bei ganzem Respekt und Verständnis Ihnen gegenüber, und wenn Sie deswegen meinen, ich verstehe die Gefühle der deutschen Vertriebenen nicht, dann kann ich Ihnen sagen: Meine Großeltern mussten in einer Winternacht 1940 in einer halben Stunde ihren Bauernhof verlassen, weil eine wolgadeutsche Familie (auch nicht gerade freiwillig) schon da war, und meine Großmutter durfte mit einer kleinen Tochter im Schweinestall des eigenen Hofes überwintern. Also ich weiß, wie das in der Familiengeschichte funktioniert.

Und wenn ich gerade so prinzipiell bin, dann möchte ich Ihnen sagen: Als ich meine Funktion vor zehn Monaten übernommen habe, war ich nicht der Meinung, das „Zentrum gegen Vertreibungen“ müsse unbedingt verhindert werden. Ich dachte, wir finden schon eine Kompromisslösung. Aber inzwischen, bei ganzem Respekt für die Menschen, die gute Intentionen haben, glaube ich daran, was ich heute zum „Zentrum“ gesagt habe, und es ist mein gutes Recht, das in einer öffentlichen Debatte Ihnen zu sagen.

Es sind aber auch gute Veränderungen im Gange. In Stettin hat man eine Umfrage gemacht: Wer war der beste Stettiner aller Zeiten? Gewonnen hat der deutsche Bürgermeister, der einmal die urbanistische Idee von Stettin hatte. Letzte Woche war ich in Gleiwitz, wo es nicht nur eine Horst-Bienek-Straße gibt, sondern jetzt auch ein Horst-Bienek-Preis verliehen wird, gestiftet von der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, vor deutschem und polnischem Publikum. In Breslau bereitet man ein Programm „Hundert Breslauer – Polen und Deutsche. Wie waren ihre Schicksale, wie waren ihre Familiengeschichten?“ vor. Günter Grass, Siegfried Lenz und Horst Bienek sind auch unsere „Nationalheiligen“ der Literatur. Die nächsten Generationen sind unglaublich an diesen früheren deutschen Wurzeln interessiert. Die Sensation der letzten Tage ist, dass eine polnische Gemeinde plötzlich entdeckt hat, dass sie einen Bismarck-Gedenkstein hat. Man hat sofort gesagt: Na ja, den darf man nicht behalten nach allem, was Bismarck uns angetan hat (z.B. im Kulturkampf). Man kann nicht in eine polnische Gemeinde einen großen Bismarck-Gedenkstein stellen. Doch man hat schließlich beschlossen: Nein, wir sind eine Demokratie, machen wir ein Referendum in diesem polnischen Dorf. Das Bismarck-Denkmal hat das Referendum „gewonnen“. Das ist die Wirklichkeit. Die Wirklichkeit, das sind auch die vielen Deutsch-Polnischen Gesellschaften, die Unglaubliches geleistet haben.

Wir haben viel erreicht. Die Kirchen haben uns damals vor 40 Jahren unter Protesten von allen Seiten einen Schatz geschenkt. Und jetzt, glaube ich, sollten wir nicht versuchen, klüger zu sein als sie, sondern weiter das pflegen, was wir damals bekommen haben.

Heute ist es so Mode, dass man immer eine Zugabe haben muss. Ich habe also zwei Anekdoten. Ein Mann erzählt seiner Frau in Danzig: „Weißt du, gestern hatten wir Besuch. Es kam jemand, der hier vor dem Krieg in der Wohnung gelebt hat. Du

warst weg.“ „Und was hast du gemacht?“ Er sagt: „Nun ja, ich wollte Tee und Kaffee anbieten. Diese Deutschen trinken keinen Tee, also habe ich Kaffee gemacht und war nett. Ich wollte Ihnen unbedingt etwas geben, aus dieser alten Wohnung. Dann bin ich auf die Idee gekommen“, erzählt er ganz stolz, „dass unten im Schrank noch eine alte Suppenterrine steht. Und die habe ich feierlich als Geschenk an die früheren Bewohner verschenkt“, sagt er und wartet auf ein Lob seitens seiner Frau. Doch die Frau sagt nur: „Du Trottel. Das war die einzige Sache, die meine Großmutter aus Lemberg mitgebracht hat.“ Ich glaube, das zeigt unsere gemeinsame Geschichte am besten.

Die zweite Anekdote stammt von Lord Weidenfeld. Lord Weidenfeld ist ein berühmter britischer Wissenschaftler jüdischer Abstammung und hat mir einmal Folgendes erzählt: In Marokko gab es einmal einen internationalen Kongress. Er traf dort seinen Freund, der auch ein jüdischer Professor war und zu diesem Zeitpunkt in Washington lebte. Sie stiegen gemeinsam in ein Taxi, wo sie natürlich schon nach kurzer Zeit Polnisch sprachen. Der Taxifahrer wollte unbedingt wissen, was für eine Sprache die beiden benutzten. Und die beiden Professoren erklärten: „Polnisch.“ – „Polen, wo liegt das?“ Ein bisschen schwierig. Schließlich sagt Weidenfeld: „Wissen Sie, es ist ein Land zwischen Russland und Deutschland.“ „Ach!“, sagt der Taxifahrer, „Phantastisch, unglaublich. Was für eine Chance.“

Und das Fazit dieser Anekdote ist? Sehen Sie, wir haben gelacht. Ich habe diese Anekdote meinen Studenten erzählt. Dann kam eine Stille, und die Studenten fragten: „Na und? Was ist die Pointe? Natürlich ist es eine Chance, zwischen Deutschland und Russland zu sein.“

Vielen Dank.

Robert Leicht
Schlusswort

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Richard Schröder fängt seine Doktorarbeit, die noch in der DDR entstanden ist, mit dem Satz an: „Wir müssen unsere Vergangenheit vor uns stellen, sonst holt sie uns hinterrücks ein.“ Was wir in den Gesprächen über die gemeinsame Vergangenheit immer wieder neu lernen, ist: Geschichte ist nicht eine Materie mit einer gewissen Halbwertszeit, die zwar langsam aber immer abnehmend verklingt, sondern sie kommt in immer neuen Kontexten und immer neuer Beleuchtung auf uns zu. Wir werden ihr nicht ausweichen.

Am Ende dieser Begegnung, denke ich, sollte zunächst einmal der Dank stehen. Der Dank an die Friedrich-Ebert-Stiftung, dass sie uns, die Katholische Akademie, das Deutsche Historische Institut in Warschau und die Evangelische Akademie, eingeladen hat, diese Veranstaltung gemeinsam durchzuführen. Das war ein schöner Auftakt und sollte nicht ein einziges Erlebnis bleiben. Der Dank richtet sich auch an die drei Experten und die beiden Podien, die uns viele Aspekte aufgezeigt haben. Mich hat besonders berührt, dass Bischof Jež unter uns ist, der letzte Überlebende der Unterzeichnung des Briefes der polnischen Bischöfe, und jemand, der eben weiß, was Vergebung heißt.

Man lebt Geschichte immer aus Anschauung. Ich hatte in diesem Frühjahr den Versuch gemacht, meine 81-jährige Stiefmutter, die in Breslau und in Glatz [Kłodzko] aufgewachsen ist, zum ersten Mal seit damals in ihre Heimat zurück zu begleiten. Ich habe sie lange überredet, aber als das nun vor uns stand, dachte ich, es

könnte ja auch schief gehen. Wie reagiert die alte Dame auf eine erstmalige Wiederbegegnung mit der Heimat? Ich bin dann aber auf den glücklichen Einfall verfallen festzustellen, dass wir ja alle kein Polnisch können, und habe eine junge polnische Studentin, die ein hinreißendes Deutsch sprach wie fast kein junger Deutscher, gebeten, uns diese Tage zu begleiten. Und: Die jüngste Dame und die älteste Dame in dieser Reisegruppe haben quasi eine *love affair* angefangen. So, glaube ich, muss das Gespräch verlaufen, nicht einfach nur immer die Veteranen untereinander, sondern über die Generationen hinweg.

Eine der Besonderheiten des deutschen Diskurses über die Vergangenheit ist diese komische Idee, man müsse jetzt endlich auch einmal über die deutschen Opfer reden dürfen. Herr Hanke, ich war damals Chefredakteur in der *ZEIT*, als wir uns von einer Kollegin trennten, weil sie genau dies uns einreden wollte. Und wir haben ihr gesagt: „Das stimmt nicht.“ So kann man nur sprechen, wenn man zum Beispiel die „Dokumentation der Vertreibung“ aus den 1950er- und 1960er-Jahren nie gesehen hat. Es gab keinen Grund für die Forderung: „Jetzt muss man endlich auch einmal darüber sprechen dürfen.“ Schon diese Rede war in sich eine Geschichtsverzerrung. Was richtig ist, ist: Man muss immer noch darüber reden, aber der Punkt ist, man muss dies jetzt *gemeinsam* tun. Es liegt in der Verweigerung des *gemeinsamen* Gesprächs die Verletzung, nicht in dem Gespräch über die Tatsachen. Unter diesem Gesichtspunkt gelesen, muss man eben auch sagen, dass die EKD-Denkschrift ihre Ableitung zunächst einmal aus der Perspektive der deutschen Vertreibungsopfer entwickelt hat. Das war der Einstieg in die Debatte. Es ist deshalb legitim zu sagen, dass man die deutschen Opfer nicht wirklich vergessen hat. Aber es hat natürlich – und da haben Sie Recht, Herr Hanke – eine Phase gegeben, in der das Gespräch in Deutschland zwischen Regierenden und Vertriebenen abgebrochen ist. Aber nicht nur

wegen „der Anderen“, sondern wegen bestimmter Töne aus dem Lager der Funktionäre der Vertriebenen, die ein innerdeutsches Gespräch erschwert haben.



Prof. Dr. h.c. Robert Leicht

Die DDR ist nun ein ganz anderes Kapitel. Die Denkschrift der evangelischen Kirche ist ja zu einer Zeit abgefasst worden, als die beiden Kirchenbünde noch nicht förmlich getrennt waren. Es war aber damals schon schwierig, die Denkschrift mit den Schwestern und Brüdern im Osten Deutschlands gemeinsam zu vertreten, weil sie unter dem Druck der dortigen Verhältnisse standen.

Das heute oft genannte „Zentrum gegen Vertreibungen“ beschwert uns sicherlich. Bei allem Respekt, Frau Botschafterin Lipowicz, ich habe Ihre Einwände sorgfältig gehört und kann Ihre Besorgnis sehr gut verstehen. Nichts von dem, was bedenklich ist, soll unter den Tisch fallen. Aber ich würde gerne einen Konnex zu der gesamten deutschen Erinnerungskultur herstellen. Ich finde es viel faszinierender, dass wir die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht in vielen deutschen Städten gesehen haben und dass die Korrektur der Erstfassung dieser Ausstellung, die notwendig war, uns durch polnische Historiker sachlich nahe gelegt wurde. Das war schon ein Beitrag zur gemeinsamen Erinnerungskultur. Es ist – bei allem, was unzureichend sein mag – nicht so, dass wir Deutschen in unserer Breite eine einseitige Erinnerung kultivieren.

Herr Bahr hat gesagt, man müsse auch mit Verrückten leben können. Das gilt im ganzen Land und sogar in einzelnen Redaktionen. Aber die entscheidende Frage ist natürlich die, ob sich eine amtliche Regierung Verrücktheiten zu Eigen macht. Und nun würde ich doch sagen: Es gibt auch historisch segensreiche Zufälle. Die Tatsache, dass wir die nächsten vier Jahre von einer Großen Koalition regiert werden, deren einer Partner sich definitiv für das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ als Alternative zum „Zentrum“ ausgesprochen hat, hat ja auch in dieser Beziehung eine Garantiefunktion – was immer sonst gegen diese Regierung und ihre Partner einzuwenden sein mag.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist die Frage an die Kirchen: Was könnten sie ihrerseits beitragen? Die Kirchen können nicht immer den Lückenbüßer der Zivilgesellschaft spielen. Aber sie können dann etwas beitragen, wenn sie Herrn Faulenbach *nicht* Recht geben, der vorhin – sicher versehentlich – in einer Nebenbemerkung gesagt hat, dass die theologische Begründung der Denkschrift ruhig ein bisschen beiseite gelassen werden kann. Die sei nicht wesentlich gewesen. Nein. Christen können in solchen Prozessen *nur wegen ihrer Theologie* dazu etwas Spezifisches sagen. Damals, 1965, war die evangelische Kirche insofern in einer bevorzugten Situation, als sie mit ihrem eigenen Volk zu reden hatte. In der Zukunft wird die katholische Kirche vielleicht einen größeren Beitrag leisten können, weil sie viel mehr katholische Ansprechpartner in Polen hat. Aber das entlastet die evangelische Kirche natürlich nicht davon, das Ihre zu tun. Nur: Die Kirchen müssen es mit dem theologischen Mandat machen. Politik können auch alle machen.

Da ich Protestant bin, darf ich mir folgende kleine Vermutung gestatten: Es könnte ja auch historisch von Vorteil sein – was immer man über das Amt des Papstes denkt als Protestant –, dass ein polnischer und ein deutscher Papst sich die Hand von Amt zu Amt geben. Es könnte sein, dass dies in den Kulturen beider Länder wichtige Spuren hinterlassen hat: Erst haben wir gelernt, dass ein polnischer Papst auch keine Katastrophe ist, jetzt lernen die Polen, dass ein deutscher Papst keine Katastrophe sein muss, obwohl manche Deutschen das befürchten. Es sind hier doch Entwicklungen möglich an einer Stelle, wo man sie so gar nicht vermutet hat.

Ein letztes Kapitel noch. Niemand wird die traumatische und schreckliche, verbrecherische Geschichte des Zweiten Weltkrieges, erst recht nicht des Holocausts, unterschätzen. Ich glaube, auch da haben wir gemeinsam mit ganz unterschiedlichen

Proportionen ein Thema aufzuarbeiten. Aber das ist heute Abend auch angeklungen: Wir würden die Zukunft des deutsch-polnischen Verhältnisses nicht fruchtbar gestalten, wenn wir uns allein auf die Jahre 1933 bis 1945 konzentrierten und vergäßen, dass das, was wir heute bei der Bildung Großer Koalitionen in Deutschland verlangen, nämlich das Gespräch auf Augenhöhe, mit der polnischen Nation nie zuvor wirklich stattgefunden hat – und zwar vor der Teilung schon nicht. Das heißt, der wirkliche Ansatz muss über unser natürliches Interesse für unsere Nachbarn führen. Deswegen bin ich übrigens skeptisch, dieses im Weimarer Dreieck zu organisieren. Das ist an sich eine schöne Geschichte. Aber wir müssen uns zunächst einmal für die *polnische* Geschichte, eine polnische Gesellschaft, eine polnische Kultur interessieren und nicht so tun, als habe das vor allem etwas mit unserem Verhältnis zu Frankreich zu tun. Die negativen Einschätzungen der Deutschen gegenüber den Polen, von Ernst Moritz Arndt über Max Webers schreckliche Antrittsvorlesung bis zur verachtungsvollen Äußerung des offenbar auch in Polen punktuell beliebten Bismarck, ja unser totales Desinteresse für diese im Grunde doch uns in der Aufklärung und in der Frühentwicklung bürgerlicher Gesellschaft vorausgegangene Nation bedarf einer gründlichen Korrektur. Wer dumm ist, kann nicht Zukunft gestalten.

Ich habe sehr aufmerksam gehört, was Erhard Eppler zur Beruhigung unserer polnischen Gesprächspartner über die Notwendigkeit eines moralisch timbrierten Gesprächs gegenüber Russland gesagt hat. Diese Notwendigkeit ist nicht zu bestreiten, hat aber nichts zu tun mit den gegenwärtigen polnischen Ängsten. Ich vermute einmal, dass der gegenwärtig nicht mehr amtierende Bundeskanzler auch den polnischen Staatspräsidenten duzen würde, wenn dort Erdgas läge. Deswegen denke ich, dass man das Verhältnis zwischen beiden Nationen nicht nur über die Ver-

gangenheit oder die gleichgewichtige Verhandlung von Vergangenheit bestimmen sollte, sondern auch über Fairness in der Zukunft und in der Wahrnehmung der realen Interessen. Und ich möchte meine Nation in ihrer Außenpolitik nicht als unterwürfig gegenüber Rohstoffbesitzern erleben, weder im Mittleren Osten noch im europäischen Osten.

Wir haben im Irak-Krieg erlebt, dass die polnische Nation aus verständlichen Gründen seit ihren Freiheitskriegen in den 1830er-Jahren sagt: Wenn uns jemand hilft, sind es die Amerikaner. Und die Polen haben gesehen, wie wir Deutschen zur gleichen Zeit gesagt haben: Wenn uns jemand gegen die Amerikaner hilft, sind es die Russen. Es wäre sehr viel schöner gewesen, die beiden Nationen hätten gesagt, wir Polen und Deutschen helfen einander, gegen russische Ambitionen und gegen amerikanische Weltmachtambitionen. In einem Artikel in der *ZEIT* äußert Gerhard Schröder gegen Ende seiner Amtszeit die Ansicht, dass es die neuen kleineren Beitrittsstaaten sind, die für die Zukunft der Europäischen Union besondere Beiträge leisten.⁶⁵ Das hätte auch am Anfang seiner Amtszeit stehen können. Aber: Es ist nie zu spät.

„Die Vergangenheit“, hat Richard Schröder geschrieben, „die Vergangenheit müssen wir vor uns stellen, sonst holt sie uns hinterrücks ein.“ Man darf auch Folgendes sagen: Wir müssen die Zukunft vor uns stellen, sonst verspäten wir uns. Ich danke Ihnen sehr für alle Beiträge.

⁶⁵ Gerhard Schröder, Auf die Kleinen ist Verlass. Gerhard Schröder über Europas Wettbewerbsfähigkeit, den Türkei-Beitritt – und darüber, warum er nicht mehr zwischen alten und neuen Europäern unterscheidet. Ein Vermächtnis, DIE ZEIT Nr. 43 vom 20.10.2005, vgl. URL: <<http://www.zeit.de/2005/43/ZukunftEuropa?page=all>> [März 2006].

Zu den Referentinnen und Referenten

Prof. Egon Bahr, Bundesminister a.D.

Prof. Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde, em. Professor für öffentliches Recht, Verfassungs- und Rechtsgeschichte sowie Rechtsphilosophie, Richter am Bundesverfassungsgericht a.D.

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Schriftleiter des Archivs für Sozialgeschichte, Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Warschau

Prof. Dr. Peter Brandt, Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der FernUniversität Hagen und Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Erhard Eppler, Bundesminister a.D. und ehem. Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, stellv. Direktor des Forschungsinstitutes Arbeit, Bildung, Partizipation und Professor an der Ruhr-Universität Bochum

Annemarie Franke, Leiterin der Gedenkstätte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

Bischof (em.) Dr. Josef Homeyer, ehem. Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Alt-Bischof von Hildesheim

Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, Bischof der Evangelischen Kirche für Berlin–Brandenburg–schlesische Oberlausitz, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bischof (em.) Ignacy Jeż, Alt-Bischof der Diözese Koszalin-Kołobrzeg/Köslin-Kolberg

Adam Krzemiński, Publizist und Redakteur der Zeitschrift *Polityka*

Prof. Dr. h.c. Robert Leicht, Politischer Korrespondent der Wochenzeitung *DIE ZEIT*, seit 1999 Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin

Prof. Dr. Irena Lipowicz, Professorin der Kardinal Wyszyński-Universität in Warschau, Sonderbeauftragte Botschafterin des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten für Deutsch-Polnische Beziehungen (a.D.)

Dr. Hansjakob Stehle, Publizist, ehem. Osteuropa-, Italien- und Vatikan korrespondent für die *FAZ*, den Westdeutschen Rundfunk und *DIE ZEIT*

Dr. Gerburg Thunig-Nittner, Leiterin des Forums für Ost-Mitteleuropa der Katholischen Akademie in Berlin

Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin